

Pleschen

Abdruck 8.11.96

J. Kautz

Abdruck 8.11.96

— **Vierzehnter Jahrgang.** —

Nr. 45.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

45. Woche für die Zeit vom 3. bis 9. November 1905.

Posen, den 14. November 1905.

B e r i c h t

**über den Verlauf der am 5. November 1905
im Hotel Victoria in Pleschen abgehaltenen
polnischen Kreis-Wählerversammlung.**

Die von etwa 300 Personen besuchte Versammlung wurde Nachmittags 4 Uhr von deren Einberußer, Vorsitzenden des Kreis-Wahlkomitees **Dr. Kubacki-Pleschen**, mit folgender Ansprache eröffnet:

Zu der heutigen Versammlung sei der Abgeordnete Dr. Chlapowski-Posen erschienen, um über die Tätigkeit der polnischen Abgeordneten im Reichstage und Abgeordnetenhaus Bericht zu erstatten. Von diesem würden die Versammelten von den Kämpfen hören, welche in Berlin mit den Vertretern der Regierung ausgefochten worden seien. Wie es den Polen im Großherzogtum Posen ginge, sei den Anwesenden bekannt. Hoffentlich werde sich ihr Los mit der Zeit bessern. In dieser Hinsicht könne man auf Oberschlesien hinweisen, wo das polnische Volk Jahrhunderte lang geschlafen habe, ehe es zum Nationalbewußtsein gelangt sei. Wer hätte gedacht, daß es dort einen solchen Sieg, wie ihn die Wahl eines polnischen Abgeordneten im Wahlkreise Ratowiz-Zabrze darstelle, erringen werde! Auch auf Rußland weise er hin! Nach vielem Blutvergießen, Knechtschaft und Sklaverei habe das Volk dort eine Konstitution errungen, welche nicht nur auf dem Papiere stehe, denn schon sei Amnestie für alle diejenigen verkündet worden, die in den Gefängnissen schmachteten und nun zur Freiheit wieder gelangten. Wenn auch die Polen im preußischen Anteil ebenfalls in einem Verfassungsstaate lebten, so erginge es ihnen doch nicht gerade glänzend. Es seien ihnen früher zwar bestimmte Rechte zugesichert worden, die letzten Jahrzehnte hätten aber gezeigt, daß die Regierung diese Rechte überall schmälere. Er wolle hierbei nur auf das Schulsystem, die Ansiedelungstätigkeit und darauf hinweisen, daß kein Pole zu Ämtern zugelassen werde. Trotz alledem dürften sie die Hoffnung nicht verlieren, vielmehr fest an eine bessere Zukunft glauben. Es werde den Polen immer vorgehalten, gerade dieser Glaube sei der Grund für ihre Bedrängungen. Hiergegen könne er konstatieren, daß wohl kein Volk ruhiger sei als die Polen, die sich allem Unrecht still fügten. Ihr Nationalstolz lasse es aber nicht zu, in geistigen Verfall zu geraten und sich gänzlich unterdrücken zu lassen. An einen Aufstand denke kein Pole, denn es wäre doch geradezu unsinnig, sich den preußischen Bajonetten entgegenwerfen zu wollen. Nur an einen geistigen Aufstand denke das polnische Volk, von dem man hoffen könne, daß er bald

überall ausbrechen werde. Erfreulicherweise könne man schon jetzt fast überall das Ausflodern des polnischen Geistes sehen. Dieser dringe in die entlegensten Bauernhöfen, ihn müsse man überall bewahren! Dort, in den polnischen Häusern sei die Schwelle, über welche kein preußischer Landrat oder Gendarm eindringen und die nationalen Heiligtümer antasten könne. Dort sei das richtige Feld für die Tätigkeit der polnischen Mütter und Eltern. Der erschienene Abgeordnete werde die Kämpfe mit der preußischen Regierung des Näheren schildern. Eine schwere Arbeit hätten die polnischen Abgeordneten zu verrichten, denn sowohl im Reichstage wie im Landtage wehe für die Polen ein böser Geist; der deutsche Fanatismus greife immer mehr um sich. Die Reichen, deren Losungswort „Gerechtigkeit“ gewesen sei, lüchelten sich heut immer mehr. Welch' schwerer Kampf! Die Abgeordneten hätten zwar den besten Willen, etwas für ihre Nation zu erreichen und doch ließe sich nichts durchführen. Er heiße den Abgeordneten Dr. von Chlapowski im Namen der Versammlung herzlich willkommen.

Zum Schriftführer wird hierauf **Rafimir Smierkowski-Pleschen**, zu Beisitzern **Dr. Sikowski-Pleschen**, **Franz Wolanski-Pleschen**, **Glowacki-Grodzisko**, **Lorenz Swedel-Rokutow** und **Josef Garstka-Zawidowiz** gewählt.

Das Wort erhielt nunmehr der Abgeordnete, Arzt Dr. Chlapowski-Posen: Er begrüßte die Anwesenden mit dem altpolnischen Gruße „niech będzie pochwalony Jezus Christus“. („Gelobt sei Jesus Christus“) in der Hoffnung, daß die Polen immer an dem Guten und Althergebrachten festhalten, die alten Sitten und Gebräuche stets achten würden. Viel Neues werde er nicht vorbringen können, denn die Tätigkeit der polnischen Abgeordneten sei öffentlich und daher den Erschienenen wahrscheinlich aus den Zeitungen bereits bekannt. Ihre Arbeit sei schwer, weil sie von vornherein wüßten, daß sie fruchtlos sei. Und doch seien polnische Abgeordnete notwendig, denn manches Wort der Wahrheit müsse sich die preußische Regierung von ihnen anhören. Mancher Deutscher erfahre erst von diesen, wie man mit den Polen umgehe. Redner schildert alsdann die Zusammensetzung der polnischen Fraktion und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien. Wenn eine Abkühlung in dem Verhältnis zu früher befreundeten Parteien, insbesondere dem Zentrum sich in letzter Zeit bemerkbar mache, so sei diese Erscheinung vielleicht darauf zurückzuführen, daß ein polnischer Abgeordneter aus Oberschlesien gegen den Willen des Zentrums in die polnische Fraktion aufgenommen worden sei. Die Fraktion habe aber garnicht anders handeln können, nachdem dieser erklärt habe, daß er

ein guter Pole sei. Korfanty habe auch im Plenum nie die katholische Kirche oder die Geistlichkeit angegriffen. Leider befinde sich das Zentrum auf dem besten Wege, eine Regierungspartei zu werden. Bei dieser Annäherung an die Regierung ständen ihnen die Polen im Wege, daher die Abkühlung. Trotzdem habe das Zentrum gegen alle gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze gestimmt. Das Verhältnis der polnischen Fraktion zu den anderen Parteien sei ganz gleichgültig. Die Fraktion habe sich stets der Schwächeren angenommen; so habe sie für den Schutz der Bergarbeiter, für das Berggesetz, die Abänderung des Alters- und Invalidengesetzes, für die Militärinvalidenpensionen usw. gestimmt. Eine lebhafte Diskussion sei beim Militärstatut entstanden. Schon seit längerer Zeit könne man bemerken, daß der Wurm in der polnischen Gesamtheit, welcher alles, was polnisch ist, am liebsten vernichten möchte, der Hafatismus, sich auch immer mehr in das Militär einschleiche. Wo polnische Garnisonen beständen, da könne man einen Boykott der polnischen Geschäfte wahrnehmen. Auch in die Beichte der polnischen Soldaten habe der Hafatismus sich einzuschleichen getrachtet. Würden die polnischen Abgeordneten zu alledem schweigen, so würden sicher noch mehr solcher Übergriffe vorkommen. Redner kommt alsdann auf die Debatten gelegentlich des Postetats, die Adressierung von Briefen, Zulagen für Postbeamte im Osten u. zu sprechen. Die Ausführungen waren von keinem besonderen Interesse. Er fuhr hierauf fort: Die polnische Fraktion nehme demnach an allen sozialen und nationalen Fragen im Reichstage regen Anteil. Von polnischer Seite habe man versucht, auch das Ansiedelungsgesetz im Reichstag zur Sprache zu bringen, der Landwirtschaftsminister habe aber darauf nicht geantwortet, weil diese Beratungen angeblich allein in das Abgeordnetenhaus gehörten. Auf dem Gebiete der Ansiedelungstätigkeit herrschten himmelschreiende Zustände. Redner wolle nur einen Fall zur Illustration anführen: Ein polnischer Bauer habe vor 7 Jahren um die Genehmigung nachgesucht, ein Haus auf seinem Grundstück zu errichten. Diese Genehmigung sei ihm damals erteilt worden, er habe aber infolge Geldmangels nicht bauen können. Als er jetzt nun zu bauen habe anfangen wollen, sei ihm dies verboten worden.

Im Landtage habe die polnische Fraktion gleichfalls harte Kämpfe mit den Regierungsvertretern zu bestehen gehabt. Auf dem Schulgebiet insbesondere geschehe den Polen viel Unrecht. Man unterrichte die eben erst in die Schule eingetretenen polnischen Kinder gleich in einer ihnen unverständlichen Sprache und zwar oft selbst beim Religionsunterricht. Die Zahl der Schulen, in denen noch in allen Klassen der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde, würde immer kleiner. Die Eltern müßten in dieser Hinsicht ihre Kinder verteidigen und sich in jedem Falle an die polnischen Abgeordneten wenden. Beim Etat des Finanzministeriums müßten die polnischen Abgeordneten mit besonderem Eifer auf der Hut der polnischen Rechte stehen. Dort würden ja die gegen die Polen gerichteten Fonds bewilligt, z. B. die Erziehungsbeihilfen für höhere Beamte, die Ostmarkenzulagen u. Letztere wirkten gradezu demoralisierend auf die Beamten, so lange es von der Regierung abhängt, ob sie einem Beamten die Zulage gewähren wolle oder nicht.

Die Beamten würden hinsichtlich ihrer Bürgerrechte dadurch einem Gewissenszwange unterworfen. Beim Etat des Justizministeriums habe die polnischen Abgeordneten die Erörterung über die Schreibweise von Namen bei den Standesämtern besonders interessiert. Redner geht des Näheren auf diesen Punkt ein und fordert am Schluß die Anwesenden auf, kein Protokoll beim Standesamt zu unterschreiben, wenn der Name

nicht polnisch eingetragen sei. Hierauf müßten nicht nur die Polen im Osten achten, sondern auch die Auswanderer nach Berlin, Westfalen u. Auch dort müssen sie die Forderung der Eintragung der polnischen Schreibweise stellen. Redner kommt ferner auf die Schreibweise der weiblichen Namen (ski — ska) sowie der Vornamen zu sprechen. Seine Ausführungen auf diesem Gebiete bewegten sich in den alten, immer wieder vorgebrachten Klagen. „Deutschtum bedeutet Freiheit, Kultur“ — so fuhr Dr. Chlapowski fort — wenn dies auch so heiße, so erfahre die Außenwelt insbesondere aber das Ausland durch die polnischen Abgeordneten, daß dem in Wirklichkeit nicht so sei. Das grausame Schlagen von polnischen Kindern in den Schulen, das Verbot der Errichtung von Wohnhäusern für polnische Arbeiter und Bauern zeuge von Kultur und Freiheit wenig. Für das Vieh dürften Stallungen gebaut werden, nicht aber Wohnungen für Menschen! Das Ausland erfahre auf diese Weise, wie die Kultur und Freiheit in Preußen für ruhige Leute aussehe, welche ihre Militärpflicht erfüllten, Steuern zahlten und an keinen Aufruhr dächten. Die Polen lebten eben unter Ausnahmegesetzen, sie könnten nicht machen, was ihren deutschen Mitbürgern erlaubt sei. Auf ihrer eigenen Haut verspürten sie, wie Deutschtum Freiheit, Kultur bedeute. Die Polen könnten darauf vorbereitet sein, daß es noch schlimmer kommen würde. Sollten sie aber angesichts dessen die Hände im Schooß falten? Nein! Sie dürften die Hoffnung niemals sinken lassen. Der russische Absolutismus, der bis vor kurzer Zeit allmächtig geschiene habe, bedeute z. B. nichts mehr. Wer habe dies herbeigeführt? nicht allein die Erfolge der Japaner, sondern die innere Arbeit des russischen Volkes. Auch im preussischen Anteil müßten die Polen eifrig und getrost weiter arbeiten, vor Allem an der heimatischen Scholle festhalten, diese nicht verschachern, sondern sie durch Ankäufe noch zu vermehren suchen. Würde jeder Pole auf diese Weise seine Pflicht tun, dann sei die Hoffnung immer vorhanden, daß die Zeiten sich einmal ändern können, wie es in dem russischen Nachbarreiche der Fall gewesen sei. Vor allem müßten auch die Kinder fortgebildet werden, Einigkeit herrschen und ein enger Zusammenschluß in Vereinen herbeigeführt werden. Geschehe Alles dies, dann könne man sagen, eine Nation, die solche Bürger besitzt, werde nicht untergehen, werde polnisch bleiben. „Hoch also das Herz und die Hoffnung nicht verlieren! arbeitet in sozialer und nationaler Hinsicht, bleibet stets Polen, impfet euren Kindern, Brüdern und Nachbarn überall polnischen Geist ein, dann werdet ihr nicht untergehen, sondern das bleiben, als was Gott euch geschaffen hat!“ Mit diesen Worten schloß Redner seinen Vortrag.

Bei der hierauf eröffneten Diskussion bemerkte Martin Weichmann-Pleschen, daß auch auf dem Standesamt in Pleschen die Eintragung der polnischen Schreibweise verweigert werde. Einem Bekannten sei erst vor kurzem dort gesagt worden: „Hier wird nur deutsch gesprochen und deutsch geschrieben.“

Das Wort erhielt nunmehr Propst Niesiołowski-Pleschen:

Bei den Beratungen über die Novelle zum Ansiedelungsgesetz habe der Minister, als er von polnischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß das neue Gesetz der Verfassung zuwiderlaufe, erwidert, die Novelle richte sich ja nicht allein gegen die Polen. Er bitte den Anwesenden Abgeordneten den Herrn Minister in der nächsten Landtagsession befragen zu wollen, wieviel Polen denn bisher die Ansiedelungs-Genehmigung erhalten hätten. Ebenso bitte er den Abgeordneten Ma-

terial dafür in die Hände zu geben, daß selbst Deutschen die Ansiedlungserlaubnis nur dann erteilt werde, wenn sie sich verpflichteten, eine hypothekarisch einzutragende Konventionalstrafe an den Fiskus für den Fall zu zahlen, daß sie das Grundstück an einen Polen weiter verkaufen sollten.

Dr. Kubacki bemerkt hierzu, daß ein gewisser Paprocki ein Wohnhaus habe wieder aufbauen wollen. Er habe die Genehmigung hierzu nicht erhalten. Der Herr Regierungspräsident in Posen habe ihn gleich falls ablehnend beschieden. Erst auf wiederholte Eingaben hin habe dieser nach etwa einem Jahre die Genehmigung erteilt. Er bitte um alle Schriftstücke in dieser und ähnlichen Angelegenheiten, damit er sie den polnischen Abgeordneten einreichen könne.

Dr. Chlapowski erwähnt hierauf, er sei im Besitze eines Originalschreibens, durch welches die Genehmigung zum Bau eines Hauses dem Eigentümer nur unter der Bedingung erteilt werde, daß er 2000 Mk. an den Fiskus, vertreten durch den Landrat, als Konventionalstrafe für den Fall zu zahlen habe, daß er das Haus an einen Polen weiterverkaufe. Er bitte um mehr derartiges Material, weil diese Angelegenheit von einem polnischen Abgeordneten in der nächsten Landtagsession eingehend zur Sprache gebracht werden würde. Auch in dieser Hinsicht wolle man das Ausland über preussische Zustände informieren, auf das Deutschland namentlich in letzter Zeit ja sehr aufmerksam achte.

Der Vorsitzende erteilte hierauf nochmals dem Propst Niesiolowski-Pleschen das Wort. Dieser führte folgendes aus: Die Polen in Preußen befänden sich in einer sehr schwierigen Lage. Sie müssen alle Kräfte anspannen, um nicht zu unterliegen. Die Hoffnung brauchten sie trotzdem nicht verlieren, nicht fürchten, daß sie untergehen würden, denn sie besäßen eine mehrtausendjährige Kultur, umfaßten zusammen 20 Millionen und vermehrten sich immer mehr. Habe ja selbst ein preussischer Minister sie in dieser Hinsicht sogar mit den Karnickeln verglichen. Keine Macht der Erde werde den Polen ihre Lebensfähigkeit rauben können. Es werde ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie die Angreifer seien. Das sei geradezu lächerlich. Wie könnten die Polen das mächtige deutsche Reich wohl angreifen! Man solle den Polen nur ihre Rechte geben! Für diese müsse jeder Pole mit allen Mitteln eintreten. Eins dieser Mittel seien die Wahlen polnischer Abgeordneten sowohl für den Reichs- und Landtag, als auch für die städtischen Körperschaften. Solche Wahlen kosteten aber Geld. Geld sei aber auch erforderlich, um die Polen in den anderen Landesteilen zu wecken. Um die erforderlichen Mittel zu diesen Zwecken zusammenzubringen, sei beschlossen worden, Wahlvereine zu begründen. In Pleschen-Stadt bestehe ein solcher Verein bereits, nun solle aber auch ein Kreis-Wahlverein begründet werden. Redner verliest hierauf die bekannten Statuten dieser Vereine und bittet ohne Diskussion einen solchen Verein für den Kreis Pleschen zu begründen. Dieser Verein müsse 400 Mk. jährlich an die Kasse des Zentral-Wahlkomitees in Posen abführen, trotzdem würde ihm, wenn jeder Pole im Kreise seine Pflicht erfülle, auch noch zu anderen Zwecken, z. B. zu den Stadtverordnetenwahlen Geld genug übrig bleiben.

Der Vorsitzende Dr. Kubacki dankt dem Vorredner und eröffnet über diesen Gegenstand die Diskussion. Da sich niemand zum Worte meldet, wird der Kreis-Wahlverein als begründet angesehen. Dr. Kubacki bemerkt hierzu: Das preussische Gesetz verbiete Geldsammlungen ohne behördliche Genehmigung. Deshalb werde das erforderliche Geld von dem Verein gesammelt werden. Er schlägt ferner vor, daß der

Wahlverein der Stadt Pleschen in einer demnächst anzuberaumenden Generalversammlung beschließen möge, dem Kreis-Wahlverein beizutreten und in diesem aufzugehen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

In den Vorstand des neuen Kreis-Wahlvereins werden alsdann folgende Personen gewählt: Josef Plecinski-Bogwidze, Thadäus Plecinski-Gzerminek, Propst Glowinski-Nzegocin, Generalbevollmächtigter Szuman-Goluchow, Dr. Kubacki und Franz Gdeczik-Pleschen.

Die Revisionskommission bilden nachstehende Personen:

Dr. Litowski-Pleschen, Propst Dziejdecki-Gzerminek, und Kasimir Lipski-Gurzno.

Propst Niesiolowski führte hierauf noch Folgendes aus:

Eine äußere Macht könne und werde die polnische Nation nie vernichten. Wenn die Polen gute polnische Bürger blieben, würden sie alle Stürme überdauern, wie solche die anderen slawischen Nationen ebenfalls erfolgreich überdauert hätten. Es müsse zugegeben werden, daß, wie die Vorfahren gesündigt hätten, auch heut noch die Polen viele Untugenden besäßen. Der derzeitige Kampf zwischen Polen und Deutschen tobe hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete. Deshalb sei vor Allem Enthaltbarkeit und Sparsamkeit den Polen anzurufen. Alle neuen Ausnahmegeetze täten ihnen nichts, wenn sie sich nur nicht selbst untergruben. Jeder Pole müsse Pole bleiben, sein Vaterland lieben und sich im Großen und Ganzen so verhalten, wie es das Wohl seiner Familie und das der allgemeinen großen Familie, des Vaterlandes erfordere. Dann könne man dem Fatalismus ins Gesicht lachen, über alle Geetze, über Ostmarkenzulagen usw. die Achsel zucken. Die Polen würden daran sicher nicht zu Grunde gehen!

Fabrikbesitzer Samulski-Pleschen erhielt hierauf zu einem fast einstündigen Vortrage das Wort, in welchem er die Einwirkung des Christentums auf die Entwicklung der Kultur und der Wissenschaften schilderte. Nach einem Hinweis auf die unkultivierten Wilden, die Chinesen und Rußland kam er u. a. auch auf Deutschland zu sprechen. Es gäbe, so fuhr Redner fort, auch Staaten auf christlicher Grundlage, welche Alles, was ihnen eigentümlich sei, als das einzig Richtige und Hervorragende hielten, von dem Grundsatz ausgehend, „Macht geht vor Recht.“ Eine solche Kultur herrsche in Preußen. Dort empfinde der Schwächere auf Schritt und Tritt die eiserne Faust des Stärkeren. Eine solche Kultur achte nicht die Rechte Anderer, nicht deren Sprache, Sitten und Gebräuche. Sie möchte am liebsten den Schwächeren ausrotten. Die christlichen Grundsätze: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ seien einer solchen Kultur unbekannt. Ihr Lösungswort laute vielmehr: „Bedrücke den Schwächeren.“ Gegen dieses Vorgehen helfe nur geschlossenes Zusammenhalten, Solidarität, Festhalten an der Erde, Selbsthilfe, Nichtverlassen auf die Schule bei Ausbildung der Kinder etc. Diese müssen vielmehr in jedem Hause polnisch lesen und schreiben gelehrt werden.

Redner kommt hierauf in längeren Ausführungen auf den Wohlstand der polnischen Nation zu sprechen. Was zunächst die Landwirtschaft anbetreffe, so sei auf diesem Gebiet unbestreitbar ein großer Fortschritt bei den Polen gegen den Zustand vor 25 Jahren bemerkbar. Nicht nur könne fast überall bessere Ackerbestellung, bessere Wirtschaftsgebäude und besseres Inventar erblickt, sondern auch im Allgemeinen bessere Kleidung, bessere Gespanne usw. Der polnische Bauer mache nicht mehr den erbarmungsvollen Eindruck von früher. Das komme daher, weil es weniger Säuer unter der Landbevölkerung gebe wie früher. Was habe nun diesen Aufschwung der polnischen Landwirtschaft bewirkt?

1. Die allgemeine Hebung der Aufklärung und Bildung durch Zeitungen, Bücher, Versammlungen usw.
2. Die „Kółka rolnicze“ (bäuerliche Vereine).
3. Die polnischen Bankinstitute (durch Gewährung billigen Kredits usw.)

Vor allem aber die Enthaltensamkeit und Sparsamkeit der polnischen Bauern und Landwirte.

Langsam hebe sich auch der polnische Kaufmannsstand und die polnische Industrie. Ersterer prosperiere besser wie die Industrie. Das komme daher, weil das polnische Handwerk mit der Zeit nicht fortgeschritten sei. Auffallend sei es, daß einige Zweige des polnischen Handwerks überfüllt, während andere garnicht vertreten seien. Empfehlenswert wäre es, wenn junge polnische Leute sich dem Wollereigewerbe zuwenden würden. Die polnischen Kaufleute müßten sich mehr dem Getreidehandel widmen; junge Leute fehlten beim Brunnenaugewerbe, dem Brauereibetriebe, dem Handschuhmacher- und Hutmacherhandwerk usw.

Ebenso könnten polnische Seifen-, Dichter-, Papier-, Stahlfederfabriken etc. begründet werden. So gebe es noch viel Berufe, denen sich die jungen Polen widmen könnten. Sie brauchten dann nicht nach Sachsen etc. zu gehen, wo sie unter schlechten Verhältnissen, ohne Religion und ohne Kirche leben müßten. Sollte ein wirklicher wirtschaftlicher Aufschwung herbeigeführt werden, so müsse jeder Pole es als seine erste und heiligste Pflicht ansehen, nur bei seinen Landsleuten zu kaufen. Komme dann hinzu, daß jeder polnische Vater und jede polnische Mutter ihre Kinder polnisch beten, lesen und schreiben lehren würde, so würden die Polen ihre Nationalität nie verlieren, niemals untergehen.

Dr. Rubacki dankte dem Vorredner für seine Fingerzeige hinsichtlich der „geistigen Wiedergeburt“ der Polen. Möge jeder sich diese Worte wohl merken und in Zukunft auch beherzigen.

Redner ermahnt die Versammelten alsdann bei den in den einzelnen Gemeinden bevorstehenden Wahlen von Wahlmännern zwecks Wahl eines Deputierten zum Provinziallandtage nur einen Polen zu wählen. Es bedürfe diesmal umso größerer Anspannung der Kräfte, als die vielen deutschen Ansiedler sicher alles aufbieten würden, um einen Deutschen durchzubringen. Ebenso ermahnt Dr. Rubacki die Pleschner Bürger, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ihre Pflicht als Polen zu erfüllen und Mann für Mann an die Wahlurne zu treten.

Er schließt hierauf die Versammlung mit folgenden Worten:

„Ihr habt heut viel Weisungen erhalten, wie Ihr Euch im Leben zu verhalten habt. Beherzigt diese stets und richtet Euch nach diesen. Ich bitte nicht zu vergessen, daß, wie Ihr Polen seid, auch der polnische Geist in jede auch die entlegendste Hütte eindringen möge. Lehret Eure Kinder polnisch beten, schreiben und lesen, weist sie auf die nationalen Heiligtümer, auf die polnische Geschichte und Vergangenheit hin, dann wird sich der nationale Geist überall so entwickeln, wie es zum besten des Vaterlandes, Polens erforderlich ist. Wir werden dann nicht untergehen.“

Schluß der Versammlung 7 Uhr Abends.

Posen, den 7. November 1905.

A u g u s t i n i, Polizeiaffessor.

Aus Nr. 254 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 7. November 1905:

Ausruf der Nationalliga.

Landsleute!

Die Streiks in Petersburg und Moskau, die Unruhen in einzelnen Provinzialstädten und vor allem die Einstellung des Verkehrs auf den wichtigsten Bahnlinien haben in Rußland wiederum einen revolutionären Zustand und Verwirrung in der Staatsmaschine hervorgerufen. Es ist dies nicht der erste derartige Moment und es wird nicht der letzte sein. Zahlreiche Elemente der russischen Nation hassen die Autokratie und Bureaukratie, sie wollen den Umsturz der heutigen Regierung, protestieren gegen sie und werden dagegen protestieren; aber der Mangel an Kräften in der russischen Volksgesamtheit für einen Umsturz im großen und der Mangel an Fähigkeit, eine neue Ordnung der Dinge zu schaffen, gestattet es der heutigen Regierung, sich zu halten, und läßt wenig Hoffnung auf ihren endlichen Sturz. Infolgedessen verbreitet sich bei jedem Ausbruch das Gerücht, das sei schon in Wirklichkeit die Revolution und die Regierung werde gestürzt werden, während wir nach einigen Tagen erfahren, daß Beruhigung eintritt und daß die Regierung an ihrer Stelle verblieben sei.

Solcher revolutionärer Ausbrüche wird es auch in Zukunft nicht wenige geben. Sie können keinen Erfolg haben, sie können eine zeitweilige Reaktion herbeiführen, sie werden aber im allgemeinen die Regierung nicht zwingen, neue Wege zu größeren staatlichen Reformen zu suchen.

Für uns sind diese Ausbrüche in Rußland erwünscht, und wir können uns ihrer nur freuen. Indem sie der Regierung ihre Stellung erschweren und sie zu Reformen zwingen, erleichtern sie uns den Kampf um unsere Rechte, den Kampf, dessen Ziel die Erringung der nationalen Selbständigkeit ist.

Aber bedeutet das, daß wir diese Unruhen und Streiks unausgesetzt auf unseren Boden übertragen, daß wir unter das Kommando der russischen Bewegung uns begeben sollen?

Wir haben doch einen anderen Kampf als Rußland. Jene kämpfen gegen ihre Regierung, wir gegen eine fremde. Jene brauchen allgemeine bürgerliche Rechte, wir politische Selbständigkeit, bei der wir bürgerliche Rechte uns selbst festsetzen werden. Jene wollen die autokratische und bureaukratische Regierung ändern, — für uns ist das nicht genug. Wir wollen das moskowitzische Regiment aus unserm Lande loswerden. Jene richten momentan ihr eigenes Land zu Grunde, um damit auch die Regierung zu vernichten, denn die Regierung basiert auf Rußlands Wohlstand; — wir dürfen unser Land nicht ruinieren, denn die fremde Regierung tat und tut das unausgesetzt, und je mehr wir das Land zu Grunde richten und unserer eigenen Volksgesamtheit die Kraft nehmen werden, desto weniger werden wir fähig sein, von den Änderungen in Rußland Gebrauch zu machen und die politische Selbständigkeit wieder zu gewinnen. Jene, die niemals als Nation selbständig gearbeitet haben, da die Regierung alles für sie getan hat, die da von Diebstahl und Ruinieren gelebt haben, wissen heut, wo sie mit dieser Regierung unzufrieden sind, nur ringsumher zu ruinieren und von der Regierung zu verlangen, daß sie abtrete; uns, einer zivilisierten Nation ziemt es, jede Gelegenheit zu benützen, um zu empfangen, was unser ist, zu nehmen, was uns gebührt und jede Reform durch eigene Arbeit zum nationalen Nutzen zu gestalten. Nicht Streiks, nicht Unruhen, nicht Hemmung des sozialen Lebens, nicht das Bringen des Volkes an

den Bettelstab und das Ruinieren unseres gemeinsamen Gutes, sondern solidarisches Handeln, das Hinauswerfen des Moskowitertums, dem die Moskowiter selbst folgen müssen, überall, — das ist unsere Aufgabe.

Indem wir gesetzliche Autonomie fordern, müssen wir vor Allem beweisen, daß wir für sie geeignet sind, müssen wir die Autonomie unseres Lebens, unserer Handlungen, unserer Politik bewahren.

Indes wollen bei jedem Beben in Rußland sozialistische Elemente die gleiche Bewegung zu uns hinübertragen. Wie die Versöhnungsparteier der Regierung helfen, unser Land zu einem moskowitischen Gouvernement zu machen, so suchen die Sozialisten uns zu einem Teil Moskaus in der revolutionären Bewegung zu machen. Die Einen und die Anderen graben ein Loch, in welchem sie unsere selbständige Existenz, unsere nationale Zukunft begraben wollen.

Und viele von euch, die ihr euch für Polen haltet, die ihr behauptet, daß ihr Polen wiedergewinnen wollt, schenken ihnen Gehör und binden gemeinsam mit ihnen dieses Polen an Moskau. Ihr sagt, Polen solle alles mit Moskau teilen, euch verblenden die Phrasen von der Solidarität mit Rußland, das nach Freiheit strebt. Nein! wir haben unsere Bestrebungen, uns ist unsere polnische Freiheit nötig und wir müssen auf unsern Wegen ihr zustreben.

Landsleute! Man sagt euch beständig, Rußland werde wiedergeboren, morgen werde es frei sein und es wird uns auch in dem freien Rußland wohl sein, und darauf läßt man uns alles bauen. Wenn Rußland in der Tat wiedergeboren werden wird, so werden wir ohne Streiks und Unruhen davon stets Nutzen haben. Und wenn dies Rußland untergehen wird, wenn die gemeine, verfaulte Regierung einerseits und die untaugliche, zu allen großen Werken unfähige Opposition und Revolution Rußland sich nicht werden so einrichten lassen, wie freie Nationen leben, wenn es in beständigen Unruhen, Streiks, Empörungen allmählich zugrunde gehen wird, sollen wir dann mit ihm zusammen untergehen? Dahin werden es in ihrer Verblendung diejenigen bringen, welche zu Streiks und Unruhen aufstehen.

Und ihr hört auf sie, obgleich ihr oft seht, daß diese Auftritte unnötig sind, daß sie unserm Lande Schaden bringen. Ihr seht, daß diese Verwirrung im gesellschaftlichen Leben, die Stockung in der Arbeit und in dem Verkehr im Lande die Not nur steigert und die ganze Volksgesamtheit ruiniert. Ungachtet dessen schenkt ihr dem ersten besten Halbwüchsigen Gehör, der euch von einer unbekannten Behörde Befehle übermittelt.

Entschuldigt euch nicht damit, daß ihr euch vor Messer und Revolver jener Befehlenden fürchtet, denn Furcht ist das erbärmlichste Gefühl. Übrigens rettet Furcht niemanden. Wer sich vor einer kleinen Gefahr fürchtet, der wird durch eine größere untergehen. Wer heute auf den ersten besten Befehl hin die Arbeit hinstellt, wer für jene unsinnige Revolution Geld hergibt, deswegen, weil ihm gedroht worden ist, der bereitet sich selbst und dem Vaterland das Verderben.

Möge Rußland streifen, möge dort das Blut in Strömen fließen, — für uns ist es besser, wenn wir uns das zunutze machen. Und wehe dem, der die moskowitische Anarchie auf polnischen Boden bringt.

Alle, die sich als Polen ansehen, alle, die der Nation eine bessere Zukunft wünschen, die diese Zukunft in der nationalen Selbständigkeit erblicken, sie alle müssen Schulter an Schulter stehen mit Mannesmut und sich diesen unsinnigen Proben widersetzen. Der Unruhmüßiger Zahl ist klein, — ihre Kraft ist nicht die eigene Zahl, sondern die Feigheit der Gesamtheit. Die Nationalliga im Verein mit dem nationalen Arbeiter-

verband kündigt diesen Unruhmüßigern den Kampf an, um die innere Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens, unsere nationale Selbständigkeit aufrecht zu erhalten. Zu diesem Kampfe rufen wir euch alle, Landsleute, auf. Unterstützt ihn aus allen Kräften und vor allem, erfülle ein Jeder die erste Pflicht des Widerstands gegen das revolutionäre Moskowitertum!

Diese Pflicht ist:

1. nirgends die Arbeit aufgeben, auf keine Auforderungen und Drohungen hin;
2. dort zur Arbeit zurückkehren, wo man sie unterbrochen hat;
3. kein Geld für revolutionäre Parteien hergeben.

Wer in Gefahr sein wird, der wende sich an uns, wir werden ihm zu Hilfe eilen.

Wollt ihr der nationalen Sache dienen, dann habt ihr heut einen Weg: Erringt die nationalen Rechte, beseitigt das Moskowitertum überall, wo es beseitigt werden kann, selbst im Verkehr mit der Regierung. Damit werdet ihr den Weg zur Erringung des polnischen Regiments im Lande bahnen. Und das ist unser Hauptziel, das Ziel, in dem alles enthalten ist.

Das Landeskomitee der Nationalliga
im Königreich Polen.

Warschau, 27. Oktober 1905.

Aus Nr. 250 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 1. November 1905:

Bedrohliche Gerüchte.

Nicht nur in der polnischen Presse, sondern ebenso in der französischen und englischen, werden Stimmen laut über ein beabsichtigtes Einrücken preussischen Militärs nach Kongreßpolen für den Fall, daß dort die Revolution ausbrechen sollte. Man versteigt sich sogar zu der Behauptung, es sei möglich, daß die Deutschen das Königreich Polen besetzen könnten.

Es ist das ein altes Lied, dem man schwer Glauben schenken kann, wenngleich der alles voraussehende Dziennik Poznański es aufgeschrieben hat und es wiederholt. Die Hartnäckigkeit jedoch, mit der es immer wieder auftaucht und die journalistische Pflicht zwingen uns, uns kurz mit obiger Frage zu befassen.

Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß die, wenn auch nur augenblickliche (und wir wissen, was dieser Ausdruck in der Politik bedeutet) Besetzung des Königreiches Polen durch die Deutschen eine Niederlage für die allgemeine polnische Sache wäre, eine Niederlage in jeder Hinsicht; in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung. Es wäre ein Unglück besonders jetzt, wo für unsere Landsleute im russischen Landesteil die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufleuchtet, wo der fallende Autokratismus uns gewisse Rechte gegeben hat, die wir noch vor zwei Jahren nicht haben erhoffen können, jetzt, wo das zum Leben erwachende konstitutionelle Rußland unsere Freiheitsbewegung freundlich willkommen heißt, wo alle Aussichten dafür vorhanden sind, daß dort unsere Nation schon in aller nächster Zeit die unerläßlichsten Bedingungen für seine Fortentwicklung erhalten wird. Diese Aussichten wachsen heut angesichts der Nachricht aus Petersburg, daß die Kompetenz der Duma bedeutend werde erweitert werden.

Seien wir aber dessen eingedenk, daß nicht eine russische Partei heut den Polen weniger bietet, als nationale Gleichberechtigung in des Wortes voller Bedeutung, also polnische Schulen, die polnische Sprache in Amt und Verwaltung, lokale oder landschaft-

liche Selbstverwaltung und natürlich die Aufhebung aller Ausnahmegeetze. Das ist das Minimum der von seiten der russischen Nation zu Gunsten der Polen zuzugestehenden Rechte; denn die Semstwo und die konstitutionelle Demokratie sind doch mit der Autonomie Polens einverstanden, und die russischen Sozialisten gestehen uns das absolute Recht zu, über uns zu bestimmen.

Nach dem gräßlichen Joch unerhörter Bedrückung, die ohne Unterbrechung 40 Jahre dauerte, in dem Moment, wo diese Bedrückung der Vergangenheit anzugehören beginnt, sollte also der größte Bruchteil unserer Nation — wenn auch nur „momentan“ — unter die preußischen Gesetze und unter die preußische Ordnung gelangen?

Auch das Königreich sollte die Arena für Produktionen der preußischen „Kultur“, des Kakatismus und einer ununterbrochenen Reihe von Ausnahmegeetzen werden?

Noch vor 2 Jahren, als für unsere Landsleute im russischen Landesteil noch keine Änderungen zum Besseren in Aussicht standen, war dort die preußische Intervention als Etwas angesehen worden, wovon man ohne Grauen sogar nicht sprechen wollte. Der frühe Einfluß des Breschener Urteils befestigte und verstärkte dies Grauen.

Man sagt, daß das größte Unglück des Menschen und zugleich einer Nation der Mangel an Hoffnung sei. Die Hoffnung auf eine Änderung zum Besseren leuchtet unserer Nation im russischen Anteil in seinem Kampfe um das Recht auf Entwicklung und Leben voran. Und bei uns im preußischen Anteil? Wir haben diese Hoffnung nicht. Indem wir gegen die Germanisierung ankämpfen, erfüllen wir nur unsere nationale und allgemein menschliche Pflicht, da wir die für jede Nation teuersten Schätze: Glauben und Nationalität verteidigen. Doch hier leuchtet uns nicht die Hoffnung auf eine Änderung zum Besseren. Der Kampf mit der germanischen Hochflut ist unser tägliches Brot. Wir haben nicht wie unsere Landsleute unter dem Moskowiter breitere Aussichten und weitere Horizonte für unsere nationale Entwicklung.

Eine Niederlage, dreimal eine Niederlage, wäre also das Einrücken der Preußen ins Königreich.

Wir wollen nicht annehmen, daß es anders sein sollte, als einzelne Blätter schreiben, daß nämlich das konzentrieren zweier Divisionen preußischen Militärs an der Grenze von Kongresspolen einzig den Zweck habe, den preußischen Bürgern die Sicherheit an der Grenze zu garantieren.

Es gibt jedoch zwei Möglichkeiten: entweder wird Preußen selbst, von niemandem gebeten, in Kongresspolen einrücken unter dem Vorwande der Beruhigung des Landes (wie dies schon mit Schlesien zu Friedrichs Zeiten geschehen ist) oder aber die Dynastie der Romanows hat sich an den deutschen Kaiser mit der Bitte um Beistand in der Erstickung der revolutionären Bewegung gewandt.

Die erste Möglichkeit würde als Anlaß zum Kriege gelten, und bei den heutigen Verhältnissen der Weltpolitik und der aus diesen Verhältnissen resultierenden Isolierung Deutschlands wäre ein solcher Schritt für letzteres überaus gefährlich, indem es Deutschland in einen Konflikt mit England und Frankreich verwickeln würde.

Die zweite Möglichkeit, daß Preußen, von Rußland darum gebeten, sein Heer zum Ersticken der Revolution schicken sollte, unterliegt gleichfalls einer ernststen Kritik. Sollte Nikolaus II. der historischen Warnungen vergessen haben und sich freiwillig der Gefahr aussetzen?

Das Pariser „Journal de Debats“ schreibt, indem es diese Mitteilung als Gerücht verzeichnet: „Ein beachtenswertes Gerücht in Petersburg behauptet, Kaiser Wilhelm habe dem Zaren militärischen Beistand zur Niederdrückung der Revolution angeboten.“

Es ist schwer zu erfahren, welche Pläne die Diplomatie hinter den Kulissen schmiedet. Sollte sich das Gerücht bewahrheiten, daß zwischen den Kaisern eine Verständigung erfolgt sei, dann wäre Frankreich für den Fall des Einrückens preußischer Heere ins Königreich Polen bereit, sich passiv zu verhalten, England aber würde sich vielleicht auf Drohungen beschränken, da es für sich allein es wohl mit Deutschland nicht aufnehmen möchte.

Schließlich bemerken wir, daß bisher von irgendwelchen außergewöhnlichen Bewegungen der preußischen Heere beachtenswertere Mitteilungen nicht vorliegen. Möglich, daß alle einschlägigen Kombinationen gewöhnliche Zeitungsenten sind. Man teilt uns zwar aus Hohenalza mit, daß die Militärbehörde den Besitzer des Hotels Bast gefragt habe, ob er daselbe verpachten wolle und zu welchem Preise. Antwort wurde binnen 48 Stunden gefordert. Die Möbel sollen dortbleiben mit Ausnahme der Betten. Doch kann man dieser Mitteilung größere Bedeutung nicht beimessen; denn ein Lazaret kann in Hohenalza nötig sein nicht in Voraussicht irgendwelcher ungewöhnlicher Vorgänge.

Aus Nr. 45 der Praca (Posen)

vom 5. November 1905:

Das Posener Priesterseminar soll aufgehoben werden.

Ein solches Gerücht herrscht seit einiger Zeit. Der Postemp berichtet, daß das Seminar der hiesigen Akademie angegliedert und die gegenwärtigen Professoren am Seminar als Theologie-Professoren an der Akademie angestellt werden sollen. Es wäre dies der erste Schritt zur Umwandlung der Akademie in eine Universität. Dies nimmt die Ostdeutsche Korrespondenz auf, indem sie gleichzeitig berichtet, daß der Fonds zum Bau eines entsprechenden Gebäudes, welches einen Saal für 1000 bis 1200 Personen enthalten soll, schon ausgesetzt wäre. In Regierungskreisen beschäftigt man sich mit dieser Angelegenheit und nur die Befürchtung, daß eine Universität am Ende eine für die Polen erwünschte und nützliche Sache wäre, hält die Regierung bis jetzt von einem entscheidenden Schritte zurück.

Wie dem auch immer sein möge, uns kommt es vor, als ob die Gründung einer Universität in Posen nur eine Frage der Zeit wäre. Indem sie die Akademie ins Leben rief, machte die Regierung den ersten Schritt in dieser Richtung. Die Akademie ist etwas Halbes und sie ist jeden größeren Werts beraubt.

Aus dem Einschreibegeld und den Kolleggeldern erzielt die Akademie eine sehr unbedeutende Summe. Wenn man alles berücksichtigt, so steht die Regierung vor der Alternative, entweder die Akademie zu schließen, oder sie in eine Universität umzugestalten. Wir sind davon überzeugt, daß sie zur Lösung dieser Frage den zweiten Weg wählen wird und dann werden wir in Posen eine Universität haben.

Was die Aufhebung des Priesterseminars anbelangt, so empfehlen die Zeitungen, diese Sache der Entscheidung des Vatikans zu überlassen. Jedenfalls wird die geistliche Behörde alles mögliche tun, um es nicht dazu kommen zu lassen. Sie hat deshalb im vergangenen Jahre den Kurier Poznanski geopfert. Der Herr Oberpräsident hat seinen Einfluß auf die geistliche Be-

hörde dahin ausgeübt, daß sie diesen Zeitungsverlag aufgab, da sie andernfalls die Schließung des Seminars fürchtete. Hieraus kann man sehen, daß die Regierung sich mit diesem Gedanken trägt. Und daß sie ihn verwirklichen wird, daran ist nicht zu zweifeln.

Abdruck z. A. poln. Konvikts

Aus Nr. 249 des Lech (Gnesen)

vom 29. Oktober 1905:

Welchen Nutzen haben wir von den Konvikten?

Schon manchmal haben wir die Aufmerksamkeit auf unsere Konvikte gelenkt, welche uns unsere zukünftigen Geistlichen erziehen sollen, denn das ist ihr Hauptzweck. Für die Unterhaltung dieser Konvikte gibt ihr Geld mittelbar oder unmittelbar unsere ganze Gesamtheit; deshalb hat sie auch das Recht, zu erfahren, was in diesen Konvikten geschieht und wie in ihnen die zukünftigen Geistlichen erzogen werden. Es ist dies in den heutigen Zeiten eine ungeheuer wichtige Sache, und deshalb kehren wir nach langem Schweigen wieder zu ihr zurück.

Das erste Mal lenkten wir die Aufmerksamkeit auf die Konvikte, als zum Leiter des Ostrowoer Konvikts der Pfarrer Kliche ernannt wurde, der sich als ein tüchtiger Germanisator erwies. Daß ein solcher Mensch nicht Leute erziehen kann, welche in Zukunft für unsere arme Gesamtheit arbeiten sollen, ist klar, und deshalb lenkten wir die Aufmerksamkeit der Gesamtheit auf diese Tatsache. Bei dieser Gelegenheit besprachen wir die Verhältnisse, welche in dem Gnesener Konvikte herrschen und zeigten, daß in nationaler Beziehung die Jugend dieser Anstalten verkümmern müsse.

Vom allgemeinen menschlichen Standpunkte kann man über die Konvikte verschiedene Ansichten haben. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß sie Charaktere nicht erziehen, daß sie keine Leute erziehen, welche erfolgreich mit dem Leben kämpfen könnten, — welche mit Vorteil für die Gesamtheit arbeiten würden, der sie entstammen und die ihr Witwenjerschlein für ihre Erziehung hergibt.

Wenn man unter normalen Verhältnissen über die Einrichtung der Konvikte verschiedener Ansicht sein kann, so stellt sich die Sache bei weitem schlimmer in unseren Verhältnissen dar, wo sich das uns feindliche System bemüht, aus den Konvikten in nationaler Beziehung, wenn auch nicht gerade germanisatorische, so doch zum mindesten Stützpunkte des Indifferenzismus und der Gleichgültigkeit zu machen.

Diese Betrachtungen drängen sich uns auf aus Anlaß der Vorkommnisse im hiesigen Konvikte, welche die öffentliche Meinung unserer Stadt immer mehr beschäftigen. Vor kurzem wurden 7 Gymnasiasten aus dem Konvikte entlassen und 5 verließen gutwillig diese Erziehungsanstalt. Unter den Entlassenen befinden sich 6 Polen, und zwar vorwiegend ältere Knaben, denen man in sittlicher Beziehung keinen Vorwurf machen kann. Der einzige „Deutsche“ dagegen mußte für verschiedene Ausschreitungen entlassen werden. Unter denen, die das Konvikte freiwillig verlassen haben, befindet sich ebenfalls ein Deutscher. Gegenwärtig befinden sich im Konvikte 32 Knaben, darunter 4 Deutsche. Unter den Polen befinden sich 11 Lehrersöhne und ein Beamtensohn. Für denjenigen, welcher die Sache mit offenen Augen betrachtet, ist dies das beste Material für die späteren Karrierenreiter. Das kann man auch von dem Reste der Zöglinge sagen. Nach unseren eingehenden Informationen gibt es im Konvikte nicht

einen einzigen Knaben, der nationales Selbstbewußtsein besitzt, und daß er solches bei dem gegenwärtig im Konvikte geübten System auch nicht haben wird, ist mehr wie sicher. Interessant aber ist dieses System und seine Folgen! Wie wir bereits geschrieben, ist es im Konvikte nicht erlaubt, an Dienstagen und Freitagen polnisch zu sprechen. Eine Übertretung dieser Vorschrift wird mit einer halben Woche Arrest bestraft, was häufig genug geschieht. Die Knaben haben sich infolgedessen so an das Deutschtum gewöhnt, daß sie unter sich auch ohne Zwang deutsch sprechen. Und ein polnisches Buch! Dieses würde man kaum mit einem Lichte im Konvikte finden. Dafür besitzt jeder Knabe seine eigenen deutschen Bücher, Werke deutscher Dichter usw., und saugt den deutschen Patriotismus in sich ein. Soll denn die Gesamtheit solchen Anstalten geneigt sein? Das überlassen wir der Schätzung der öffentlichen Meinung. Wir bemerken noch, daß allgemein die Schuld dem Pfarrer Czynzak beigemessen wird, daß im hiesigen Konvikte solch unerträgliche Verhältnisse eingekerkert sind. Pfarrer Czynzak ist der Sohn eines Lehrers und seit etwa einem Jahre Unterpräfekt des Konvikts.

Wie wir erfahren, ordnete der hochwürdige Erzbischof an, daß Lehrersöhne so wenig wie möglich in die Konvikte aufgenommen würden, weil die Lehrer heute so gestellt sind, daß sie es nicht nötig haben, von einer Einrichtung Gebrauch zu machen, welche für Unbemittelte da ist. Wir begrüßen diese Anordnung mit wahrhafter Freude und sind dem hochwürdigen Erzbischofe dafür dankbar. Von unserem Standpunkte aus dürften Söhne von Lehrern in den Konvikten kein Unterkommen finden, weil aus den Federn der Lehrer die eingehendsten Berichte über die Tätigkeit unserer patriotischen Geistlichkeit fließen. Möge den Lehrern die Regierung helfen und nicht unsere arme Gesamtheit.

Aus Nr. 248 des Lech (Gnesen)

vom 28. Oktober 1905:

Unter der Spitzmarke „Daicz katholische Geistliche — Pfarrer Mittelstadt“ schreibt der Lech folgendes: Vor kurzem schrieben die Blätter, daß Pfarrer Grzynski infolge des „Indianergeheul“ aus Czarnikau verjagt worden sei und dessen Stelle Mittelstadt-Fraustadt übernommen habe. Von diesem Pfarrer Mittelstadt will ich nun etwas mitteilen, was ich von seinen Seminarcollegen in Posen vernommen habe. Dieser Geistliche stammt aus Schneidemühl. Sein Vater ist ein Deutscher; seine verstorbene Mutter war Polin. Bis zu seinem 9. Lebensjahre betete M. das Vaterunser polnisch. Nach dem Tode der Mutter wurde es dann allerdings anders. M. fing an, nur deutsch zu beten. Im ersten Jahre seines Seminarbesuches war M. bezüglich seiner Nationalität unentschieden, später zog ihn die Partei der „Denker und Philosophen“ an sich, an deren Spitze der berühmte Pfarrer Mazanke stand, der bereits neun Jahre Medizin in Würzburg vergeblich studiert hatte und plötzlich das Bedürfnis fühlte, Geistlicher zu werden und der, obwohl er in polnischen Parochien tätig ist, dennoch kein Wort polnisch versteht. Pfarrer Mittelstadt machte in der Kultur so rasche Fortschritte, daß er im Seminar im Jahre 1898, als die Polen einige Reichstags- und Landtagsmandate verloren hatten, die denkwürdigen Worte sprach: „Die Hoffart der Polen ist endlich gedämpft.“ So einen Menschen gebar eine polnische Mutter, die ihn auch polnisch das Vaterunser beten lehrte! Solche Personen haben die großen Aussichten, das Violett der Domherren zu tragen oder die Würde

eines Bischofs in Gnesen oder Posen zu bekleiden, allerdings aber nur in den unparigen Monaten des Jahres.

Aus Nr. 255 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 4. November 1905:

Zu der am 31. Oktober 05 in Hohenjalza abgehaltenen Versammlung des Vereins deutscher Katholiken in Hohenjalza schreibt der Dziennik Kujawski u. a. folgendes: Den Vorsitz führte Rektor Matschewsky. In dieser Versammlung gelangten verschiedene Anträge zur Besprechung, die in der am 7. Januar 1906 in Krotoschin abzuhaltenden Versammlungsversammlung beraten werden sollen. Die deutschen Katholiken in Hohenjalza stellten den Antrag, daß der Verband nunmehr folgenden Namen führen solle: „Verband der deutschen Katholiken in der Ostmark.“ Daraus ist zu ersehen, daß diese Vereine eher politische, vor allem antipolnische, als religiöse Zwecke verfolgen. Die Religion der deutschen Glaubensgenossen wird von der polnisch-katholischen Mehrheit durchaus nicht bedroht, und ihre Rationalität wird von der Regierung mehr als nötig geschützt. Was bezwecken denn diese Vereine? Dasselbe, was die Hakatisten bezwecken. Der katholische Hakatismus ist aber um so gefährlicher, als er sich in die Gotteshäuser hineindrängt, um von dort die geliebte polnische Sprache zu verdrängen und die polnische Geistlichkeit auf Schritt und Tritt zu belauern. Solche Wölfe in Schafskleidern sind stets sehr gefährlich. Die Leser werden daher eindringlich gebeten, nicht nur die Kirche während des deutschen Gottesdienstes zu meiden, sondern auch die weniger Aufgeklärten über diese Unsitte zu belehren und dafür zu sorgen, daß sich kein einziger Pole während des deutschen Gottesdienstes in der Kirche befände. Nur ein ganz dummer Mensch erblickt darin keine Gefahr für das Polentum, wenn die Polen deutsche Gottesdienste und Predigten besuchen. Man muß die Landsleute nach dieser Richtung hin beizeiten aufklären, damit es den Hakatisten nicht gelingt, die polnische Sprache aus der Kirche ganz zu verdrängen, für deren Bau sie doch keinen Pfennig beigetragen haben. Jedes den Deutschen bewiesene Entgegenkommen auf sprachlichem Gebiete bedeutet eine Schädigung des Polentums.

Aus Nr. 251 des Orędownik (Posen)
vom 3. November 1905:

Auf dem Frauentage in Krakau

hat auch Frau Sierpinska aus Posen gesprochen und zwar in antikerischem Sinne, d. h. gegen den hervorragenden Einfluß der Geistlichen im preussischen Anteil.

Frau Sierpinska ist seit längerer Zeit in Posen als Masseuse ansässig. Unsere Verhältnisse sind ihr völlig unbekannt, erst hier am Orte selbst hat sie sich mit ihnen bekannt gemacht.

Was das Maß ihrer Geistesgaben anbetrifft, die jeder doch mit auf die Welt bringt, so muß sie sich jenen Personen anreihen, von denen man zu sagen pflegt, daß sie ein harmloses Gemüt haben.

Es ist schwierig, mit ihr über die einfachsten sozialen Fragen eine Diskussion zu führen, da sie — das harmlose Gemüt — überhaupt nichts von dem versteht, was man mit ihr bespricht.

Trotzdem ist es dieser Masseuse gelungen, sich an die hiesigen Frauen heranzumachen, ja sogar mit einem Vortrag hervorzutreten.

Vor dem Frauentage in Krakau trug sie das Programm des Frauentages in die hiesigen Redaktionen, um es veröffentlichen zu lassen.

Und diese Masseuse trat gegen den Klerus im preussischen Anteil auf. Wenn sie es noch verstanden hätte, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen der überwiegende Einfluß der Geistlichen die tatsächlichen nationalen Interessen paralytisieren kann. Aber das macht ihr keine Sorge.

Frau Sierpinska spielte sich hier auf, als ob sie Auftrag hätte, in Posen einen sozialistischen Posten einzunehmen und den jüngeren Frauen allmählich sozialistische Anschauungen einzupflanzen.

Sie ließ sich hier als Masseuse nach der Frau Gulinska nieder, die sich wieder als Dentistin etabliert hatte. Es ist eine bekannte Tatsache bei den Sozialisten, die auch hier in Posen ausgeführt worden ist, daß sie ihre Emissäre als Zigarrenhändler, Buchhändler, Restaurateure oder andere Gewerbetreibende ansiedeln.

Der Beruf einer Dentistin und Masseuse bei diesen zwei Damen ist nur die Kulisse, die ihre politische Mission verdecken soll. Eine solche Mission übt in unsern Handwerker- und Arbeitervereinen in Posen Herr Sremski, der ehemals von den Sozialisten gegen Brejski aufgestellte Kandidat, aus.

In Oberschlesien bekleidet einen derartigen Posten die Jüdin Esther Golde.

Frau Gulinski, die übrigens eine kluge Person war, hat ihren Posten aufgegeben und es ist die Reihe an Frau Sierpinska gekommen.

Unsere Frauen, besonders die jüngeren, müßten gegenüber solchen Aposteln fortschrittlicher Anschauungen, besonders wenn sie solche nicht näher kennen, die nötige Vorsicht beobachten.

Manche Frauen entschuldigen sich damit, daß die Verhältnisse unserer Nation uns die Verpflichtung auferlegen, die Gemüter von vielen traditionellen, heute aber schon veralteten und deshalb schädlichen Anschauungen zu befreien und dafür neue Anschauungen zu verbreiten, die mit der Veränderung unserer nationalen Verhältnisse rechnen und die sich selbst unter dem Einfluß einer allgemeinen Kultur bilden.

Gegen derartige Bestrebungen dieser Damen wird kein Vernünftiger auftreten.

Mögen die wenigen Damen daran arbeiten, denn dies ist bei den Frauen und besonders bei der jüngeren Generation notwendig.

Mögen sie indessen nicht die Fingerzeige für diese Arbeit und gute Lehren von Warschauer und galizischen emanzipierten Frauen holen, die sich hauptsächlich nur durch den Einfluß sozialistischer und jüdischer Formeln über die sozialistischen Verhältnisse unterrichtet haben. Wenn diese wenigen Frauen in Posen, möglicherweise auch in der Provinz, das Bedürfnis fühlen, fortschrittliche, soziale Anschauungen zu verbreiten, dann mögen sie sich auf ihre eigene Geistesarbeit stützen, auf ihre eigene Kenntnis unserer sozialen Verhältnisse und Bedürfnisse und mögen sie diese Anschauungen in den Kreisen der jüngeren Frauen verbreiten, die jetzt bei uns, Gott sei gedankt, nach größerer Aufklärung, nach Fortschritt streben.

Aber mögen sie sich nicht bei ihren edlen Bestrebungen solcher Schablonen bedienen, die sie zweifelhaften Elementen, Jüdinnen und Sozialistinnen abgesehen haben.

Der vorstehende Artikel war schon für die Sonntagsnummer fertiggestellt, wegen Platzmangel indessen zurückgehalten.

In der Sonntagsnummer des Dziennik Poznański veröffentlichte Fräulein Tulodziecka ein Schreiben, in welchem sie erklärte, daß sie:

1. nicht Repräsentantin der Provinz Posen auf dem Krakauer Frauentag gewesen wäre,
2. nicht zur Kommission des zukünftigen polnischen Frauentages gehöre,
3. die Versammlungen als Privatperson besucht habe.

Zum Schluß macht Fräulein S. T. der Krakauer und der hiesigen Presse den Vorwurf, daß sie es sich leicht gemacht habe; es wäre aber schmächtig, Verleumdungen gegen Angelegenheiten zu schleudern, die näher zu untersuchen sie sich nicht die Mühe gegeben hätten.

Zwischen den drei ersten Behauptungen und dem der Presse gemachten Vorwurf fehlt ein engerer Zusammenhang. Fräulein S. Tulodziecka hat sich in ihrem Schreiben ebenfalls keine Mühe gegeben, die „Verleumdungen“ der Presse zu erläutern oder zu vollständigen, nämlich:

1. ob der polnische Frauentag in Krakau einen ausgesprochen radikal-sozialistischen Charakter gehabt hat,
2. ob Fräulein Sophie Tulodziecka dem Vorstand des Frauentages angehört hat,
3. wenn sie ihm angehört hat, ob sie nur ihre eigene Person oder die Provinz Posen repräsentiert hat.

Die Entrüstung des Fräulein Sophie Tulodziecka erklären wir uns als Folge der Empfindlichkeit der weiblichen Natur. Indessen muß auch bei Frauen, die an nationalen Arbeiten persönlich Anteil nehmen, die Empfindlichkeit ihre Grenzen haben. Fräulein Sophie Tulodziecka nimmt seit vielen Jahren in unserer nationalen Tätigkeit eine solch' hervorragende Stellung ein, genießt in so hohem Maße die allgemeine Anerkennung ihrer Arbeit, die voll Aufopferung und Opferwilligkeit ist, daß absolut kein Grund zu einer derartigen Entrüstung, wie sie sie im Dziennik Poznański zum Ausdruck gebracht hatte, vorhanden war.

Fräulein Sophie Tulodziecka gibt in ihrem Briefe zu verstehen, daß während des Krakauer Frauentages wichtige Sachen verhandelt, von der Presse aber unterdrückt wären. Mit einer derartigen Auffassung können wir uns nicht einverstanden erklären. Der Krakauer Frauentag stand klar auf politisch-radikaler, ja sogar ausgesprochen sozialistischer Grundlage mit einer Tendenz, die gerichtet war gegen die nationale und religiöse Grundlage unserer Nation mit besonderer Berücksichtigung des preussischen Anteils. In den Beschlüssen und Resolutionen wurde das Zarat gestürzt, zur Vereinigung mit der revolutionären Bewegung im Königreich und in Rußland aufgefordert, das Schulsystem umgewälzt, der Religionsunterricht reformiert, ebenso die religiöse Erziehung der Kinder im offenen Gegensatz zur Kirche. Die Prostitution wurde geregelt, ebenso die Grundbestimmungen des Wahlrechts.

Wenn dort auch wichtige Fragen, die mit unserer nationalen Existenz eng zusammenhängen, berührt worden sind, so ist es doch völlig klar, daß sie zunächst in den Krakauer Beratungen den vorstehenden Aufgaben weichen mußten, und ferner daß sie infolge der bekannten Manöver der Juden und Sozialisten nur als Lockspeise vorgeworfen waren, um mit ihrer Hilfe auch die Polinnen zu angeln, die wohl für die allgemeine Sache arbeiten, dagegen in ihrer Seele Ekel vor jeder Gemeinschaft mit Juden und Sozialisten haben.

In Posen, in gewissen Kreisen der hiesigen Frauen, konnte es kein Geheimnis sein, daß der polnische Frauentag eine sozialistische Versammlung sein würde. Wenige Wochen vor dem Frauentage wurde von Zakopane nach Posen ein Formular mit Fragen über die Schulangelegenheit geschickt. Die Sozialisten hatten es hierher geschickt. Nach dem Formular hatte es den Anschein, als ob es sich nur darum handle, die öffentliche Meinung über die Schulfrage zu erforschen, über diese Frage, die jetzt Warschau so lebhaft beschäftigt, als ob es eine völlig nationale Sache wäre. In Nummer 3 eines solchen Formulars wird um Angabe der Ansicht darüber gebeten, ob man nicht aus praktischen Gründen die Religion Christi durch eine andere Art der religiösen Erziehung ersetzen könnte! Über dieses Formular wurde in gewissen Schichten der weiblichen Bevölkerung in Posen verhandelt. Der Goniec und der Postemp haben es sogar ohne alle Randbemerkungen veröffentlicht.

Dieser Punkt wurde von den Sozialisten auf die Tagesordnung des Krakauer Frauentages gebracht. In den betreffenden Kreisen der hiesigen Frauen konnte man sich also nicht der Täuschung hingeben, daß der Krakauer Frauentag in Wahrheit eine Versammlung „polnischer“ Frauen sein würde.

Wir haben ausführlich auf die Ausführung des Fräulein Sophie Tulodziecka geschrieben, um das Publikum genau darüber zu informieren, worum es sich beim Krakauer Frauentage gehandelt hat. Wir hoffen, vor allem von Fräulein Sophie Tulodziecka richtig verstanden zu werden.

* * *

Von dem Verein „Warta“ erhielten wir mit der Bitte um Veröffentlichung einen Protest, der von Fräulein Anielsa Tulodziecka unterschrieben und gegen die den Frauentag in Krakau betreffenden Artikel des Dziennik Poznański, Goniec und Drendownik gerichtet war.

Den übersandten Protest werden wir nicht veröffentlichen und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Protest vermengt ganz ungerechtfertigt in übertriebener Weise den Frauenverein „Warta“ mit dem sozialistischen Frauentage in Krakau, trotzdem wir in unsern Artikeln nichts über den Verein „Warta“ geschrieben haben.

2. Der Protest vermengt in übertriebener Weise unseren Artikel über den vorjährigen Frauentag in Posen mit unsern Artikeln über den sozialistischen Frauentag in Krakau, da wir in unsern Artikeln den Damen des Vereins Warta keinen Anlaß zu solchen Klagen gegeben hatten.

Aus dem übersandten Protest haben wir die Geistesart geschöpft, daß die Damen vom Verein „Warta“ unsere Zeitung garnicht kennen und lesen, was sie jedoch absolut nicht hindert, nach bekannten Mustern uns Proteste zu übersenden.

Mit den Damen vom Verein „Warta“ hatten wir und haben wir auch jetzt nichts zu tun, dies hätten sie auch selbst einsehen müssen, wenn sie sich ein wenig Mühe gegeben hätten, den Standpunkt unserer Zeitung kennen zu lernen.

Wenn jene Damen gerechten Anlaß zu Klagen und Beschwerden haben, daß man, anläßlich des vorjährigen Frauentages in Posen, ihnen in voreingenommener und tendenziöser Weise — wie sie im Protest schreiben — geheime Bestrebungen in sozialistischer Hinsicht vorgeworfen habe, dann mögen sie sich doch nicht an unserer Zeitung reiben, sondern sie mögen sich nur an jene Zeitungen wenden, die ihnen hierzu Anlaß gegeben haben.

Aber hierzu haben die Damen vom Verein „Warta“ weder vor einem Jahre, noch jetzt den Mut gehabt.

Sie erzeigen den bürgerlichen Mut, der in solchen Fällen auch den Frauen notwendig ist, durch Verwirrung der Begriffe und Verhältnisse.

Soviel als Antwort auf den übersandten Protest.

Aus Nr. 251 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. November 1905:

Die Frauenbewegung.

In dieser Angelegenheit haben wir heute drei Briefe erhalten und zwar von Anhängerinnen der Frauenbewegung in Posen, die jedoch leider anonym oder halbanonym uns zugegangen waren. Man kann aus der Heftigkeit, mit welcher die Briefe geschrieben sind, ersehen, daß in unserer Stadt diese Bewegung viel tiefere Wurzel geschlagen hat, als man hätte voraussetzen können. Um so eifriger wird man sie also bekämpfen müssen und auch wir werden uns im gegebenen Falle dieser Pflicht nicht entziehen. Die Verfasserinnen der Briefe bitten wir, uns umgehend die Einwilligung zur Unterzeichnung ihrer Namen zu übersenden, andernfalls alles in den Papierkorb wandern wird. Die Unterschriften sind auch notwendig, damit die Volksgesamtheit alle unsere wichtigen weiblichen Persönlichkeiten kennen lernt.

Wir haben ferner nachstehende Zeilen erhalten:

„Gegenüber dem in manchen Zeitungen verbreiteten Gerücht, daß die Posener Frauen eine Repräsentantin zu dem Frauentag in Krakau entsandt hätten, erklären wir, daß wir mit dem vorgenannten Frauentag in keinerlei Verbindung gestanden haben, auch eine Delegierte von uns nicht entsandt worden ist.

Die Frauenleseabteilung in Posen.

Bronislawa Au.

Therese Gantkowska.

Anna Honcia.

Maria Kucner.

Djumila Kusztelan.

Halina Lebinska.

Hedwig Niedzielewska.

Klara Paczkowska.

Marie Paledzka.

Hedwig Wrzesinska.

Aus Nr. 253 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 5. November 1905:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Geehrte Redaktion!

Im Namen der Unparteilichkeit bitte ich die geehrte Redaktion, meine nachstehende Antwort auf den vom Drendownik in Nr. 251 gegen mich gerichteten Angriff in Ihrem Blatte aufnehmen zu wollen:

Auf dem polnischen Frauenkongreß in Krakau war ich als Privatperson anwesend.

In die Kommission war ich gewählt worden, und ich habe diese Pflicht mit Freude und mit der moralischen Überzeugung von der Nützlichkeit dieser meiner Arbeit für meine Volksgesamtheit übernommen.

Der polnische Frauenkongreß in Krakau stand auf streng unparteiischem Boden — es ist mithin unwahr, daß ihn lediglich Sozialisten veranstaltet oder daß lediglich sozialistische Elemente an ihm teilgenommen hätten. Es waren dort Frauen aus allen Gegenden Polens, und zwar Frauen aller Volksschichten, Parteien, Anschauungen und idealen Schattierungen in Zahl

von über 400. Die vitalsten, stärksten und tiefsten Strömungen aus der Sphäre der fortschrittlich gesinnten Frauen hatten die Oberhand.

Es waren dort auch Jüdinnen in Zahl von kaum 7 vertreten. Lag es denn im nationalen Interesse der polnischen Gesamtheit, ihnen nicht die Hand entgegenzustrecken, wenn sie sich unter die polnische Standarte begeben und sich öffentlich Polinnen nennen?

Was die persönlichen, böswilligen Angriffe auf meine Person betrifft, die in den ziemlich oberflächlichen Aufsätzen enthalten waren, so können diese mich nicht treffen, ich erachte es auch nicht für angebracht, darauf zu antworten.

Was nun meine persönlichen Anschauungen und Grundsätze betrifft, so bin ich nie gewohnt, dieselben zu verhehlen oder abzuleugnen; die Redaktion des Drendownik hat mithin unnötigerweise, indem sie ihrer „gnädigst“ soviel Erwähnung tat, jener Bemerkung die Form einer ungewöhnlichen Entdeckung oder Offenbarung gegeben. Wie ich dieses so oft privatim tue, so erkläre ich auch bei dieser Gelegenheit gern offen und öffentlich: Wenngleich ich keiner Parteiorganisation angehöre, halte ich doch die sozialistische Idee für die ehrenvollste und am meisten das Wohl und das Glück der Menschheit anstrebende, und es wird für mich ein Ruhm sein, die mir zugeschriebene Bezeichnung „Sozialistin“ zu verdienen.

Achtungsvoll
Marie Sierpinska.

Aus Nr. 251 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. November 1905:

Die Angelegenheit betreffend Zakopane.

Kornik, den 1. November.

Wir erhalten nachfolgendes Schreiben:

Geehrte Redaktion!

Ich bitte ergebenst um gefällige Veröffentlichung nachfolgender Erklärung, welche die angebliche Absicht Zakopane zu verkaufen, betrifft.

Da mein Name in die Erklärung des Herrn Biedermann, der sich mit dem Anschlag auf Zakopane beschäftigte, mit hineingezogen ist, so halte ich es für meine Pflicht, die Stimme zu ergreifen, um die polnische Volksgesamtheit durch die Zusicherung zu beruhigen, daß das vom Lemberger Slowo Polskie in Umlauf gesetzte Gerücht auch nicht ein Körnchen Wahrheit enthält. Die ganze Mitteilung des Slowo, sowohl von der Krankheit des Herrn Grafen Zamoycki, als auch von seiner Absicht, Zakopane dem Fürsten Hohenlohe zu verkaufen, ist eine böswillige oder geradezu niederträchtige Lüge, die aus bösem Willen, wider besseres Wissen ausgedacht und in die Welt gesetzt worden ist.

Wenn ich auch von dem journalistischen Anstand mancher galizischer Zeitungen keine besondere Vorstellung habe, so setze ich doch nicht voraus, daß das Slowo wider besseres Wissen, nur in der Absicht Herrn Grafen Zamoycki zuzusetzen, jenen Klatzsch ausgeheckt hat, aber es ist trogaledem leichtsinnig vorgegangen, als es die ihm angeblich aus Zakopane zugegangene Korrespondenz abgedruckt hat, von deren Richtigkeit es sich leicht an Ort und Stelle hätte überzeugen können.

Die Quelle, aus welcher dem Slowo jene Nachricht aus Zakopane zugegangen ist, kann sich jeder, der die Verhältnisse in Zakopane näher kennt, leicht denken. Es ist dies dieselbe Schmiede der Klatzschereien und Verleumdungen, in welcher unlängst das ungeheuerliche

Märchen von der Verführung des Karpathenvolkes zum Trinken durch den Besitzer von Zakopane geschmiedet wurde, das Märchen, das der Krafauer Glos Narodu so nachdrücklich gebrandmarkt hat.

Vor einigen Jahren schrieb der anderswo verehrte Kunstmalers Herr Wittkiewicz eine „Der Sumpf“ betitelte Broschüre, in welcher er, unzweifelhaft in bestem Glauben, aber von irrigen und trüben Quellen herrührenden Informationen beeinflusst, Herrn Dr. Chramiec und den ganzen Gemeindevorstand in einem äußerst ungünstigen Lichte darstellte.

Als Antwort auf „den Sumpf“ könnte man eine Broschüre unter dem Titel „Augiasstall“ schreiben, in welcher alle schmutzigen Klatschereien angeführt werden, die nicht nur gegen Herrn Dr. Chramiec ausgedacht worden sind, sondern auch gegen denjenigen, der Zakopane von dem Übergang in jüdische Hände gerettet hat, durch dessen Bemühungen hauptsächlich Zakopane eine Chausseeverbindung nach dem „Meeresauge“, eine Eisenbahn und die Zugehörigkeit des „Meeresauges“ zu Polen erlangt hat, der den örtlichen polnischen Handel durch Gründung einer Handelsgenossenschaft gehoben, die Zollnehmerstellen und Gasthäuser von den jüdischen Pächtern, die Demoralisation verbreitet haben, gesäubert hat und der in letzter Zeit zur Hebung der sanitären Verhältnisse in Zakopane in uneigennütziger Weise der Gemeinde den Mitgebrauch der mit bedeutenden Kosten erbauten Wasserleitung gestattet hat.

Bevor indessen Zakopane seinen Herkules erleben wird, der diesen Augiasstall reinigen und den Unrat herausjagen wird, halten sich diese Herren an den Wahlspruch:

„calumniare audacta, semper aliquid haerebit.“

Hochachtungsvoll

Dr. Sigismund Celichowski.

(N. B. Wir haben uns also mit Recht von der Veröffentlichung derartiger Gerüchte zurückgehalten. — Die Redaktion.)

Aus Nr. 253 des Lech (Gnesen)

vom 4. November 1905:

Unsere Wirte

sündigen leider immer noch sehr viel mit Beziehung auf die Losung „Jeder zu dem Seinen“. Aus Jdzichowo wird uns mitgeteilt, daß daselbst ein gewisser Wirt vor kurzem eine deutsche Hebamme genommen habe, welche augenscheinlich nach deutscher Kultur sein „Kaninehen“ zur Welt bringen sollte. Mit dieser Hebamme paradierte er sodann auf dem Wege zur Kirche und zurück. Herr Wirt, weißt du denn nicht, welches Unrecht uns heutzutage die Preußen zufügen?

Aus Nr. 250 des Lech (Gnesen)

vom 31. Oktober 1905:

Jeder zu dem Seinen! — und unsere bäuerlichen Wirte.

Aus der Stadt wird uns geschrieben: Unterstützen wir die eigene Industrie — gehen wir zu den Deutschen! So schrieb der Lech vor kurzem.

Diese Worte kann man anwenden auf die Herren Wirte aus Rozlowo, Szarytnik, Lulkowo, Janowko und Zerniki. Diese Wirte gerade, die in den polnischen Kreisen einen ehrenhaften Platz einnehmen, vergeben ihre Kiemerarbeiten einem Fremden und zwar einem solchen, der dem „Ostmarkenverein“ angehört, in dem

er sicher die Peitsche für das Fell der Bauern dreht. Noch etwas Schlimmeres: ein gewisser Bauer aus Szarytnik kaufte, trotzdem er einen Kiemer in Gnesen zum Schwager hat, seine besseren Geschirre bei einem „Kulturträger“. Vielleicht wissen diese Herren nicht, daß es bei uns gute polnische Kiemerwerkstätten gibt, in denen sie sicherlich besser oder doch wenigstens ebenso gut bedient worden wären, wie von den Fremden, denn sie besitzen große Auswahl in Geschirren gewöhnlicher und besserer Sorte.

(Die Namen der betreffenden Handwerker führen wir nicht an, weil dies im Inseratenteile geschieht. Die Red.)

Unser Volk läuft wie blind in die deutschen und jüdischen Geschäfte nach Koffern, als ob es nicht wüßte, daß es diese Sachen auch in den polnischen Geschäften kaufen kann. Wenn sich diese Herren Wirte als wahrhaftige Polen fühlen, dann mögen sie sich diese Korrespondenz durchlesen und sie im Gedächtnis behalten, um in Zukunft ihre Kiemerarbeiten polnischen Kiemern zu geben. Falls sie das etwa nicht tun sollten, dann werden ihre Namen in den Spalten unseres lieben Lech figurieren.

Ein Pole.

Aus Nr. 251 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. November 1905:

Torzeniec

wurde infolge der Bemühungen des Bundes der Landwirte (Związek Ziemian), wie wir von kompetenter und zuverlässiger Seite erfahren haben, für die Familie gerettet und wird auch weiterhin in den Händen des bisherigen Besitzers, Herrn Andreas von Refowski, bleiben.

Aus Nr. 247 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 29. Oktober 1905:

Betrifft Verhandlungen mit der Landbank.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Sch r i m m, den 28. Oktober 1905.

Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß der Gasthofsbesitzer Herr W. Weigt, Eigentümer des „Hotel de Rome“, wegen Verkaufs seiner Besitzung mit der „Landbank“ in Unterhandlung stehe.

Diese Besitzung, welche früher dem verstorbenen R. Radzidłowski gehörte, war eine längere Reihe von Jahren Eigentum dieser Familie. Hier hielten verschiedene polnische Vereine ihre Sitzungen ab. Hier versammelten wir uns, um unsere Abgeordneten zu ehren, um uns von solchen Polen zu verabschieden, welche ihren Wohnsitz nach anderen Orten verlegten, um unsere Gedanken an einem gemeinsamen Herde zu vereinigen.

Hier hörten wir auch die Vorträge der Abgeordneten Dr. von Miegolewski, Kantak, Wierzbinski, Glembozki und vieler anderer; hier sprachen in engerem Kreise solche Männer wie unser gegenwärtige Erzbischof, Prälat Wawrzyniak, Dr. Dzierobek und viele andere, welche unserem Volke zum Ruhme gereichen.

Sollte sich denn keine polnische Bank oder kein Pole finden, um dieses Besitztum von dem fremden Besitzer zu kaufen und nicht zuzulassen, daß es in fremde Hände überginge?

Diese Besitzung eignet sich zu einem jeglichen Unternehmen — das Haus ist sehr gut gebaut. Andre polnische Blätter werden gebeten, diese Nachricht im Interesse unserer Sache zu veröffentlichen.

Nus Nr. 251 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 29. Oktober 1905:

Die Gesamtheit gegenüber den Verkäufern.

Wie bekannt, tragen sich unsere Feinde mit dem Gedanken, den Polen die Erwerbung von Grund und Boden überhaupt zu verbieten. Wer sie und ihre Boyer-Kultur kennt, wird nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß man im preussischen Abgeordnetenhaus ein derartiges drakonisches Gesetz annehmen würde, sobald sich nur ein dahingehendes Projekt zeigen sollte. Die Deutschen scheuen vor keinen Taten zurück, die ihnen in zivilisierten Ländern den Namen Barbaren einbringen. Allen Nationen der Welt sind sie in dieser Beziehung wohl bekannt; deshalb sind die Deutschen allgemein gehaßt.

Es handelt sich uns hier auch nicht um sie, denn von diesem Wege der Verfolgungen und Gewalttaten uns gegenüber wird sie weder der beredteste Mund noch das beste Beispiel abbringen, sondern um das Verhalten der Polen ihnen gegenüber. Trotzdem wir fast alle ohne Ausnahme wissen, wonach unsere Bedrücker und Verfolger trachten, trotzdem heute das Notieren der immer größeren Schikane und Verfolgungen des polnischen Elements zur täglichen Kost unserer polnischen Zeitungen geworden ist, finden sich unter uns unverschämte, lumpenhafte Seelen, welche mit unserer Erde die mit dem Blute unserer Vorfahren getränkt und mit deren Gebeinen aufgelockert ist, Schacher treiben, wie die Juden mit billigem Trödelkram.

Daß sich hier und da Lumpen finden, die nicht wert sind, angepöckelt zu werden, daran ist zum Teil auch unsere Gesamtheit schuld, die es nicht versteht, sich selbst genügend zu achten. Manchmal lesen wir, daß ein solch gemeiner Verkäufer geradezu die öffentliche Meinung verspottet, indem er offen behauptet, wenn er nur Geld habe, dann mögen die Zeitungen immerhin schreiben von ihm, was ihnen beliebe. Die Zeitungen würden sich ja beruhigen und er werde reich sein. — Was ermächtigt (?) einen solchen Lumpen zu einer derartigen Behauptung? Der Umstand, daß es uns an zivilem Mute gebricht, um einen solchen Taugenichts hinter die Tür zu werfen, wenn er unsere Schwelle überschreitet; anstatt ihn mit den Hunden vom Hofe zu heken und ihm nicht die Hand zu reichen, wird er manchmal ins Haus gebeten und traktiert, und in öffentlichen Lokalen wird ihm Achtung entgegengebracht. Das geschieht bei uns bis jetzt noch in höheren und niederen Kreisen. Solange in dieser Beziehung nicht eine Änderung in unseren Überzeugungen und Gewohnheiten eintritt, wird alles öffentliche Brandmarken dieses Auswurfs der Gesellschaft in unserer Presse nichts nützen.

Landesverrat bestrafen die Gerichte bekanntlich mit dem Tode oder mit langjährigen Gefängnisstrafen oder, wie man bei uns auf deutsch sagt, mit Zuchthaus. Jeder Verkäufer, der in unseren polnischen Verhältnissen die polnische Erde an Deutsche veräußert, ist angesichts der polnischen Gesamtheit ein Landesverräter. Und die Landesverräter bestrafen die Gerichte entweder mit dem Tode oder mit einer längeren im Zuchthause zu verbüßenden Strafe.

Jeder Mensch, der sich selbst achtet, der ein gewisses Maß von Ehre besitzt, eigene Würde, gibt dem ersten besten Lumpenkerle oder einem Verbrecher, der aus der Strafanstalt entlassen ist, nicht die Hand, er achtet ihn nicht. Wenn sich also unsere Gesamtheit den Verrätern und Verkäufern gegenüber im öffentlichen und privaten Leben anders verhält, dann fehlt es ihr entweder an Patriotismus oder an eigener Würde, und diesem Umstande allein ist es auch zu danken,

daß die Verkäufer bei uns ungestraft der ganzen Gesamtheit spotten können.

Was würden die Tschechen oder Italiener mit solchen Verkäufern wohl tun? Diese würden bei diesen Völkern kaum ihres Lebens sicher sein.

Und auf welche Weise entstehen bei uns die Verkäufer? Entweder erstens durch die Dummheit, oder zweitens durch den gemeinen Materialismus, d. h. infolge der Liebe zum Gelde und infolge des Begehrens nach Reichtum, oder drittens infolge des kurzfristigen Egoismus.

Die Dummheit ist die Ursache bei den kleineren Bauern, die in der Finsternis dahinleben. Eine polnische Zeitung lesen sie nicht, denn sie kostet einige Silbergrößen, zu den Sitzungen eines landwirtschaftlichen Vereins gehen sie nicht, denn da „verstehen sie nichts“, auch haben sie „keine Zeit“. Kaum schleppen sie sich Sonntags zur Kirche; und das tun sie mehr aus Gewohnheit wie aus Frömmigkeit; Abends gehen sie dann manchmal in das Gasthaus, um „einen zu trinken“. Solche Kälber findet der Agent deutscher oder der privaten Institute der Deutschen am sichersten und mit Erfolg.

Zur zweiten Kategorie gehören solche, die sich einbilden, Herren zu sein und meinen, wenn sie sich durch das Veräußern des Landes mit Gold beladen, würden sie es nicht nötig haben, zu arbeiten, und die Welt werde sich vor ihnen demütigen. Diese Kategorie von Leuten ist der moralische Zerfall unseres Volkes. Solcher Dummköpfe gibt es bei uns am meisten. Ein solch beschränkter Kopf bildet sich ein, daß er, sobald er Geld haben wird, etwas Großes werden kann. Man soll einen solchen „Klugen“ nur hören, wie er die Bedeutung des Geldes rühmt, obgleich er solches nicht zu verdienen versteht, denn er hat es nicht gelernt, gehörig zu wirtschaften, denn nur die Ansiedelungskommission oder ein Deutscher haben ihm die Taschen mit Geld vollgefüllt. Solche Leute verbreiten am meisten das ansteckende Veräußerertum, das sind geborene Lumpen, welche bereit wären, für Gold die Gräber ihrer eigenen Väter zu verkaufen, wenn sie nur dabei Geld verdienen könnten.

Die letzte Kategorie das sind vollendete Schwächlinge, welche sich von ihren eigenen Frauen regieren lassen, die sich vor der Welt zeigen möchten, denen es aber an Geld gebricht. Ein solcher Mensch ist gewöhnlich ein Wirt von den sieben Übeln, nichts in der Welt interessiert ihn, nur die eigene Tasche und die Bedürfnisse der Familie. Infolge seiner Schwäche kann er zu nichts kommen, seine Frau mit der ganzen Familie auch nicht, weil sie der Müßiggang und der Leichtsinns daran hindern, trotzdem aber streben sie danach, ihren Kindern Vermögen zu hinterlassen. Sie suchen dasselbe nicht in ihrer eigenen Tüchtigkeit und Arbeit, sondern bei unseren Feinden, indem sie ihnen für Geld das Eigentum der Nation hingeben.

Das sind die drei Kategorien des gesellschaftlichen Auswurfs, welche unsere Nation mit der Schande des Veräußerertums bedecken. Für solche Lumpen dürfte es keinen Platz geben, weder in einer polnischen Familie noch in der polnischen Gesamtheit.

Nus Nr. 253 des Lech (Gnesen)

vom 4. November 1905:

Aus Mielzyn erhielten wir ein Schreiben, in welchem darüber geklagt wird, daß die „Bank Ziemiński“, welche an Polen Parzellen verkauft hat, bisher die rechtlichen Verhältnisse ihrer Ansiedler noch nicht reguliert habe und daß diese Parzellanten infolgedessen Verluste

zu erleiden hätten, weil sie den Konfenz zum Bauen nicht erlangen könnten usw. Es ist uns sehr um die Aufklärung dieser Sache zu tun, und deshalb bitten wir einen Intelligenten aus Mielzyn, uns diese Sache recht eingehend zu schildern. Vielleicht nimmt auch die „Bank Ziemski“ hierzu das Wort.

Aus Nr. 251 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. November 1905:

Welches ist die Ursache der Fleischtenerung?

Überall sind Klagen über die unerhörte Fleischtenerung zu hören, aber kein Mensch kennt die eigentliche Ursache der Fleischtenerung. Die hiesigen Fleischermeister behaupten — gewiß nicht ohne Grund — daß niemand anders als die deutschen Ansiedler, die aus Westdeutschland in die polnischen Lande hergeführt worden wären, die Fleischtenerung verursacht hätten. Die Herrn Fleischer sind folgender Ansicht: „Die polnischen Gehöfte gehen zurück, mit ihnen geht das polnische Volk zurück und in gleichem Maße geht die Schwarzbierzucht zurück, da die Ansiedler nur Hornvieh züchten. Manche von ihnen leiden geradezu Hunger und man hört, daß immer mehr zurück in ihr Heimatland ziehen. Da indessen gegenwärtig die Zahl der Ansiedler immer mehr wächst, wird die Anzahl der Schweine immer kleiner.“

Das ist auch eine Wohltat der Ansiedelung! Gestern empfang der Reichstanzler Fürst Bülow die Deputation des deutschen Städtetages, die ausführlich die Fleischnotfrage zum Vortrag brachte. Fürst Bülow gab eine ausweichende Antwort.

Aus Nr. 11 des Poradnik dla Spótek (Posen)
vom 1. November 1905:

Die emeritierten Lehrer und die Genossenschaften.

Wenn ich nicht irre, hat die Regierung einem emeritierten Lehrer gedroht, sie würde gegen ihn das Disziplinarverfahren einleiten, wenn er nicht aus der Genossenschaft austreten würde. Einen zweiten hat sie unter der gleichen Androhung aufgefordert, als Vorstandsmitglied auszuscheiden. Die Angelegenheit ist durch ein weiteres Verfahren bisher nicht aufgeklärt worden.

Die entsprechende gesetzliche Vorschrift vom 21. Juli 1852 lautet in ihrem § 2:

Ein Beamter, welcher

1. seine Pflichten verlegt, die ihm sein Amt auferlegt,
2. sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes.

Nach § 97 unterliegen auch die zur Disposition gestellten oder pensionierten Beamten den Vorschriften dieses Gesetzes.

Die Disziplinarstrafen sind folgende:

Ordnungsstrafen: Warnung, Verweis, Geldstrafe oder auch Entfernung aus dem Amte (§§ 14—15). Die letzte Strafe kann auch in Versetzung in ein anderes Amt bestehen, oder in Dienstentlassung mit Verlust des Titels und des Pensionsanspruchs. Auf die letztere Strafe muß dann erkannt werden, wenn der Betreffende schon vor Beendigung des Disziplinarverfahrens, jedoch nach Einleitung desselben, das Amt niedergelegt hat und aus diesem Grunde auf Dienst-

entlassung nicht mehr erkannt werden kann, also wenn sich das Verfahren gegen einen einstweilen in den Ruhestand versetzten Beamten richtet.

In minder schweren Fällen kann das Urteil auf Verlust eines Teils der Pension lauten.

Das Gesetz sagt indessen nichts davon, wann man durch ein Urteil und aus welchen Gründen man einem emeritierten Beamten seine Pension nehmen kann.

Im Interesse der vorgesetzten Behörden setzen wir voraus, daß man einen emeritierten Lehrer wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Genossenschaft, oder sogar zum Vorstand derselben, nicht mit dem Verlust der Pension bestrafen wird.

Im gegebenen Falle müßte man durch alle Instanzen gehen.

Geistlicher Wawrzyniak,
Kurator.

Aus Nr. 251 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. November 1905:

In Sachen der Subscription auf Aktien IV. Emission der Bank des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften

erfahren wir von kompetenter Seite, daß der Aufsichtsrat in seiner am 24. Oktober d. J. abgehaltenen Sitzung festgestellt hat, daß die Erhöhung des Grundkapitals um 2 Millionen Mark durch Zeichnung von 2000 Aktien zu je 1000 Mk. zu stande gekommen ist. Die Aktien wurden in der Art verteilt, daß

153 Genossenschaften	1639 Aktien,
Privatpersonen	361 Aktien

erhalten haben.

Sowohl die Genossenschaften als auch Privatpersonen, die sich nach dem 1. Oktober 1905 gemeldet hatten, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Es wurde weiter festgestellt, daß auf die

I. Rate.....	500 000 Mk.
II. Rate.....	203 750 „
III. Rate.....	194 750 „
IV. Rate.....	194 500 „

zusammen 1 093 000 Mk.

gezahlt worden sind, die der Vorstand in bar vorlegte.

Kraft dessen gaben der Vorstand und mit ihm der Aufsichtsrat vor Gericht die von Herrn Justizrat Eichowicz notariell beglaubigte Erklärung ab, daß die Erhöhung des Anlagekapitals erfolgt wäre und zwar infolge des Beschlusses des Aufsichtsrats und der Generalversammlung vom 25. Mai d. J.

Die Erhöhung ist unterm 28. Oktober d. J. in das Handelsregister eingetragen.

Das Stammkapital der Bank des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften beträgt gegenwärtig 3 Millionen Mark.

Aus Nr. 11 des Poradnik dla Spótek (Posen)
vom 1. November 1905:

In Sachen der Rolnik-Genossenschaften.

Der Unterzeichnete erhielt nachfolgendes Schreiben:

„Die Korporation der christlichen Kaufleute in Posen hat in ihrer Vierteljahrsitzung am 20. September 1905 in der Angelegenheit der Getreide-Ein- und Verkaufsgenossenschaften folgende Resolution angenommen:

- a) die Rolnik-Genossenschaften schädigen den Kaufmannsstand:

1. wenn sie in Städten eingerichtet werden, wo schon Getreidegeschäfte oder ähnliche Unternehmungen existieren;
2. wenn sie mit Artikeln handeln, die schon von den in der betreffenden Ortschaft existierenden Geschäften geführt werden, wie mit Düngemitteln, Kleie, Leintuchen, Kohlen, Kalk, Teer, Zement, Roheisen usw.;
3. wenn sie bei gleichen Preisen und gleichen Bedingungen nicht unsern Fabriken und Engrosgeschäften den Vorzug geben;
4. wenn sie sich der Hilfe von Vermittlern oder fremden Kapitals bedienen;
5. wenn sie der fremden Konkurrenz erlauben, den Handel und die Industrie der eigenen Landsleute zu verdrängen;
6. wenn sie an ihre Spitze Leute stellen, die nicht fachmännisch ausgebildet sind.

b) Die Korporation ist der Ansicht, daß die weitere Entwicklung der Rolniks von der Gründung einer Zentralstelle der Rolniks in Posen, die gleichzeitig für die Beachtung der vorerwähnten Fingerzeige sorgen müßte, abhängig sein dürfte.

Von anderer Seite wissen wir, daß auf dem Pöpliner Landtag die Delegierten des Gnesener kaufmännischen Tages erscheinen wollen, um die Ansicht des kaufmännischen Tages über diese Angelegenheit vorzutragen.

Auch manche landwirtschaftlichen Vereine nehmen sich der Rolniks an.

Die betreffenden Genossenschaften, von denen zwei dem Verbande angehören und zwar die in Mogilno und Schrimm — im ganzen sind im Großherzogtum bis jetzt 15 gegründet —, als auch die Männer aus den Gegenden, in denen man Rolniks zu gründen beabsichtigt, werden sich gewiß die vorher angeführten Punkte zu Herzen nehmen.

Die Entscheidung über die Genossenschaften kann allerdings nur von den Genossenschaften selbst abhängen.

Der Unterzeichnete hatte Gelegenheit, seine persönlichen Anschauungen auf dem Landtag, der in vorigem Jahr in Gnesen abgehalten worden war, vorzutragen. Der betreffende Rechenschaftsbericht sagt hierüber auf Seite 9 und 10 folgendes:

„Ich bin gezwungen hier auf Vorwürfe zu antworten, die mir besonders von Leuten gemacht worden sind, die nur eine ungenaue Kenntnis unserer Verhältnisse haben. Man wirft uns vor, daß wir zu wenig Kräfte anwenden, um Konsumgenossenschaften usw. zu gründen.

Den Herren ist es sehr wohl bekannt, daß zur Entwicklung von Genossenschaften entsprechende Leute und ausreichendes Kapital notwendig ist.

Bevor uns die Darlehns-genossenschaften nicht solche Leute ausgebildet haben, die das Genossenschaftsgesetz und die Organisation der Genossenschaften verstehen, auch keine Kapitalien angehäuft haben, mit denen man unter günstigen Bedingungen weiter arbeiten könnte, werden alle Proben mit Genossenschaften, wie z. B. der Schneider-, Schuhmachergenossenschaft, ein negatives Resultat ergeben.

Die Arbeit in dieser Hinsicht erfordert die größte Vorsicht. Wir dürfen nicht die Kaufleute durch die Konkurrenz der Genossenschaften schädigen, man muß auch zunächst die Angelegenheit gründlich erforschen, bevor man eine Genossenschaft gründet, deren Form überhaupt zur Erreichung des gesteckten Zieles weniger geeignet ist.

Deshalb hat auch das Kuratorium öfter zu einer Umänderung der Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft oder in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung geraten.

Meiner Ansicht nach müßten wir außerhalb der Darlehns-genossenschaften jenen Bucherern den Krieg erklären, die durch Vermittlung beim Kauf und Verkauf von Grund und Boden, also von zwei Seiten, übermäßig großen Profit erzielen. Solange derartige Vermittler beim Kauf von Wirtschaften notwendig sein werden, können die Genossenschaften dementsprechend sowohl die Verkäufer als auch besonders die Käufer gegen Ausbeutung und Vermögensverlust in Schutz nehmen.

Auf jedem Schritt wird auch bei der Besorgung wirtschaftlicher Bedürfnisse, wie z. B. Dünge- und Futtermittel, der Käufer bewuchert, bei welcher Gelegenheit der Landmann, sowohl was den Preis, als auch die geringe Qualität der Ware, auch beim Getreidehandel, anbetrifft, ausgebeutet, und durch den ungehörigen Preis der Verdienst unserer Landwirte verringert wird.

Gegen solche Verhältnisse werden wir, und zwar dort wo ein Bedürfnis vorliegt, durch Gründung von Genossenschaften unter der Firma „Rolnik“ ankämpfen und zwar nicht um den realen Kaufmann zu schädigen, sondern um unsern Landmann in Schutz zu nehmen, von dessen Wohlergehen auch das Gemeinwohl abhängt.

Ich erkenne offen an, daß ich es vorziehen würde, wenn diese Angelegenheiten reelle Kaufleute und nicht Genossenschaften durchführen würden und stelle ich mir die Sache so vor, daß dort, wo durch die Genossenschaften die Sache auf gute Bahnen gebracht worden ist, die Genossenschaften ihre Aufgabe für beendet ansehen, sich auflösen und das Geschäft einem geeigneten Kaufmann übergeben werden, der dem Landmann jegliche Garantie bietet, sowohl in Beziehung auf die Preise, als auch besonders in Bezug auf die Qualität der Waren.“

Ich bin überzeugt, daß die vorstehende in Gnesen zum Vortrag gebrachte Anschauung vom ganzen Kuratorium geteilt wird.

Die Angelegenheit selbst wird weiter verfolgt werden und wenn sie auf dem Pöpliner Landtag nicht wird besprochen werden können, dann wird sich eine andere Gelegenheit zur Verständigung mit den vorerwähnten Genossenschaften bieten darüber, was weiter zu tun ist. Alle Fingerzeige und Worte der Anerkennung oder der Warnung nehmen wir dankbar an, eine Entscheidung dagegen müssen wir uns selbst vorbehalten.

Einstweilen müssen wir vor allen Dingen die Jahresabschlüsse jener Genossenschaften abwarten, von denen manche ihre Tätigkeit kaum begonnen haben.

So viel bis heute in dieser Angelegenheit.

Der Kurator.

Aus Nr. 255 des Oredownik (Posen)

vom 8. November 1905:

Die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen.

Nach der Städteordnung finden jetzt im November in den Städten die Stadtverordnetenwahlen statt. Überall haben wir die Pflicht, eine Agitation zu organisieren, um in die Stadtverordnetenversammlungen möglichst viele Polen hineinzubringen. Aber sogar in Städten, wo infolge des Übergewichts der Deutschen und Juden an Einkommen und Zahl sogar in der III. Klasse keine Aussichten vorhanden sind, unsere Kandidaten durchzubringen, gilt es, eine Agitation zu organisieren und an der Abstimmung teilzunehmen, damit die polnischen Wähler nicht etwa jeder für sich gehen und gerade dadurch in Gleichgültigkeit gegenüber den nationalen Angelegenheiten verfallen. Auch in

solchen Städten sollten sich aufgeklärte und eifrige Bürger finden, ein Komitee bilden, Stadtverordneten-kandidaten aufstellen und zu agitieren, damit alle Wähler sich zur Wahl stellen.

In manchen Städten entstehen bei der Aufstellung der Kandidaten hartnäckige Streitigkeiten, sei es aus persönlicher Abneigung oder auch aus materiellen Beweggründen. Die Einen haben die Andern im Verdacht, daß sie als Stadtverordnete ihre Stellung im eigenen Erwerbsinteresse mißbrauchen würden. Diese Streitereien stellen unserm Bürgertum in den kleinen Städten — denn in größeren kommt es zu solchen Ärgernissen nicht — ein trauriges Zeugnis aus. In den Kleinstädten sollten die aufgeklärteren Bürger daran arbeiten, diesem Ärgernis ein Ziel zu setzen.

Aus den in der vorigen Nummer wiedergegebenen Einzelheiten ist zu ersehen, daß wir in einigen Städten, wo die Wahlen bereits stattgefunden haben, Niederlagen sogar in der III. Klasse erlitten haben, und das noch dazu in solchen Städten wie Jarotschin und Samter. Auch in den übrigen beiden Klassen sind Deutsche gewählt worden, obgleich man auf die Wahl eines Polen rechnen konnte, wie in Grätz und Grabow.

Man müßte die Sache aufklären, und zwar hauptsächlich hinsichtlich dessen, wie weit das hatatistische System dazu beiträgt, daß die Deutschen in den Stadtvertretungen die Oberhand gewinnen. Die Hatatisten haben vor zwei Jahren in einigen Städten eine Niederlage erlitten und sie haben angekündigt, sie müßten unsern Städten in den Stadtverordnetenversammlungen deutschen Charakter geben. Ihre Drohungen haben nichts zu besagen. In dieser Richtung kann das Regierungssystem etwas ausrichten. Es gibt Städte, in welche die Regierung viele Eisenbahn-, Landratsamts-, Steuer-, Postbeamte usw. versetzt. In manchen Städten entstehen deutsche Fabriken, welche die Verwalter und einen gewissen Teil der Arbeiter aus entfernteren Gegenden herholen. In diesen Städten braucht die polnische Bevölkerung nicht zu sinken, noch zu verarmen, es ändert sich aber ihr Zahlen- und Vermögensverhältnis gegenüber den Juden, was sich dann bei den Stadtverordnetenwahlen bemerkbar macht. Es ist uns eine größere Stadt bekannt, in welche mit großem Druck deutsches Element befördert wird, und dennoch heben sich dort die Polen in Handel und Gewerbe. Solche Verhältnisse sollten wir jedoch in den öffentlichen Blättern aufklären, damit wir genau unsre Lage kennen und wissen, weshalb wir bei den Stadtverordnetenwahlen unterliegen.

In Samter war bei den letzten Reichstagswahlen die Wahlbewegung eine sehr rege, und das dortige Bürgertum hat eine bedeutende Ausbildung und bürgerliche Selbstständigkeit an den Tag gelegt. Es gälte jetzt aufzuklären, was geschehen ist, daß wir sogar in der III. Klasse dem Übergewicht — und sogar einem bedeutenden — der Deutschen unterlegen sind. Im Goniec erklärt jemand unsre Niederlage in Samter damit, daß dort der verstorbene Adalbert v. Lubinski aus Kiontschin fehle, der für alle Trägen und Verschlagenen gearbeitet habe. Die Wahlen sind in dieser Zuschrift mit dem Strazverein in Verbindung gebracht und es ist darin ein Appell an den Vorsitzenden Herrn v. Koscielski und an den Starosten für den Kreis Samter enthalten. Man ruft nach Volksversammlungen, sogar nach der Gründung eines Rolnik.

Ist in der Tat das Samter'sche Bürgertum so tief gesunken, daß es aus eigenen Kräften keine Agitation für die Zeit der Stadtverordnetenwahlen organisieren kann? Was wird aus der bürgerlichen Entwicklung in unsern Mittelklassen werden, wenn wir bei solchen einfachen Aufgaben, zu denen unsre Stadtverordneten-

wahlen gehören, die Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees und sogar den Strazverein anrufen werden?

In Samter liest man unser Blatt. Möge einer der aufgeklärten Bürger die Gründe unserer Niederlage in der III. Klasse aufklären.

Aus Nr. 253 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 5. November 1905:

Samter, den 2. November.

Heute fanden die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Wir sind in der dritten Klasse, dank der Phalanx der Juden, durchgefallen. Das Herz krampfte sich verzweifelt zusammen, wenn man sah, wie das durch den blutigen Schweiß des armen Volkes, die Dummheit des Mittelstandes, den Reiz des Mitbruders, der dem andern nichts gönnt, reich gewordene Judentum sich zur Wahlurne drängte. Ihre Ideale und Lofungen haben sie fallen lassen, denn sie stimmten für einen Beamten vom Landratsamt, einen Konservativen, der im Grunde genommen Antisemit ist. Eine solche Verbissenheit malte sich auf ihren Gesichtern ab, daß es schien, als wären es dieselben, die mit Bezug auf Christum gerufen haben: „Kreuzige, kreuzige ihn!“

Alle zogen sie heran, die Kranken und Alten und Lahmen und Tauben, alle standen wie ein Mann gegen die Polen.

Diese jüdische Verbissenheit sollte allen denen, die sie gesehen haben, die Augen öffnen, und es würde Vergeltung genommen, wenn niemand, aber in des Wortes vollster Bedeutung „niemand“ ihnen etwas abkaufte, wenn wir die Tausende von Mark abhalten könnten, in ihre Taschen zu fließen, wenn wir fühlten, daß die polnische Gesamtheit mit ihrem Gelde sich von ihnen abwendet, — das wäre eine Rache, das wäre eine edle Verteidigung. Das Samter'sche Bürgertum sollte sich aufrichtig an die Veranstaltung einer Volksversammlung machen und in dieser Versammlung zu den Herzen dieses Volkes sprechen, sich solidarisch zusammen tun nach der Richtung hin, daß wir nur die Unfrigen unterstützen und das Vertrauen dieses Volkes mit allen Kräften zu gewinnen suchen werden. Es gilt, mit dem Volke und unter dem Volke zu verkehren, seine Gewohnheiten kennen zu lernen, durch Unartigkeit und schlechte Behandlung niemanden zu verletzen; denn es ist unwiderlegliche Wahrheit, daß das Volk, wenn es zu dem polnischen Kaufmanns- und Gewerbetreibendenstande Vertrauen gefaßt haben wird, dessen treuer Abnehmer bleiben wird.

Vor einiger Zeit war in einer Zuschrift aus Samter angeregt worden, daß die Kaufleute und Gewerbetreibenden sich gegenseitig unterstützen sollten; aber diese Anregung scheint keinen rechten Erfolg gehabt zu haben, denn wieder hat eine ganze Anzahl Damen Waren bei Juden und Deutschen gekauft. Wann werden wir uns bessern? Wann werden wir den Wurm beseitigen, der die polnische Gesamtheit anbohrt?

Und jetzt wende ich mich an die Herren, welche an der Spitze des „Strazvereins“ stehen, in erster Linie also an den Vorsitzenden Herrn von Koscielski, an den Vorsitzenden des Kreiskomitees, Herrn Grafen von Mielzynski-Galowo, mit der Frage, weshalb sie die Grundsätze des Strazvereins nicht in die Tat umsetzen? Wo sind die Parochialversammlungen, die jetzt stattfinden sollten? Wo soll das Volk die Anregung bekommen, die Landsleute zu unterstützen und sie national bewußt zu machen? Alle Kreise regen sich, der unsere aber schläft den Schlaf des Gerechten.

Es hat einen Mann gegeben, der alles für alle war, der für alle Trägen und Verschlafenen gearbeitet hat, vor dem sich unsere Feinde fürchteten und den sie dabei achteten. Dieser Mann war der verstorbene Adalbert von Lubieski auf Kiontschin, der uns überall fehlt. Denn fürwahr, der ganze Kreis verlangt nach Wahlversammlungen, nach der Organisation des Strazvereins in Bronke, Pinne, Obersikfo, Scharfenort und in den größeren Kirchdörfern. Jeder fragt: „Wann wird denn der Strazverein anfangen zu funktionieren?“ und dabei wird hier in dieser Angelegenheit nichts getan. Ihr Herren, legt daher lieber diese Würden in die Hände von Leuten der Tat, solcher Leute, wie die Herren Kulesza und Szydlarski in Samter, dann wird eine andere Bewegung herrschen und ein ganz anderes Leben unsern Kreis ergreifen.

Ich wende mich noch an die kompetenten Leute in Samter und Umgegend, daß sie an die Gründung einer Rolnitgenossenschaft denken. Werdet ihr Herren denn auch weiterhin ruhig mit ansehen, wie diese hunderte polnischer Bauern in den deutschen Genossenschaften ihre Einkäufe machen, wie die Juden diesen polnischen Bauern auf jedem Schritt ausbeuten?! Unsere Umgegend ist überwiegend polnisch. Solche Güter wie Lipnica, Galowo, Popowo, Myzkowo, Kobylnik hätten seit langem eine Genossenschaft zum Einkauf und Absatz ihrer Erzeugnisse gründen sollen. Dem Beispiel dieser größeren Besitzer würden auch die kleineren folgen. Die Tausende von Mark, welche in jüdische Taschen geflossen sind und mittelst deren man uns jetzt schlägt, würden unter uns bleiben. Solche Moses, Ephraim, Abraham, Salomone und so viele Lockenhaarige würden in den Stadtverordnetenversammlungen nicht nach Gutdünken schalten und walten; denn alle sind, bereichert an dem Getreide, dem Vieh und den Wäldern der polnischen Besitzer, heut Herren, der polnische Kaufmann aber muß heut gegen diese Krösche kämpfen, und wie schwer es ist, einen solchen Kampf zu führen, davon habt ihr Herren keine Ahnung. Macht euch, ihr Herren, daher aufrichtig an die soziale Arbeit, die denkenden Bürger werden euch unterstützen. Säumen wir nicht mit der Veranstaltung von Volksversammlungen, vielleicht retten wir noch so manchen polnischen Groschen. In kurzem ist das Weihnachtsfest, Eile, die größte Eile tut daher not. Der ganze Kreis wartet mit Sehnsucht auf Volksversammlungen und auf die Befehle des Starosten Herrn von Koscielski.

Aus Nr. 252 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 4. November 1905:

In Tremessen

Könnte sich ein Weißwarenhändler mit Aussicht auf gutes Fortkommen niederlassen, da der bisherige Besitzer des einzigen derartigen Geschäfts aufs Dorf verzieht, obgleich er hier gute Geschäfte gemacht hat. Ein fleißiger Weißwarenhändler kann in Tremessen auf Unterstützung rechnen, denn die Umgegend ist wohlhabend und überwiegend polnisch.

Schleunige Meldungen nehmen die unterzeichneten Bürger entgegen.

St. Litwieci.

L. Siuda.

Aus Nr. 11 des Sokol (Posen)

vom November 1905:

Aus dem Gau I und III hatte Kamerad Josef v. Koscielski vom 22. Oktober 1905 in seinen Park in Miłosław etwa 150 Sokols außer 100 anderen Gästen eingeladen. Man turnte fleißig trotz unaufhörlichen Regnens. Aus dem Gau I traten 20 und einige, aus dem Gau II 70 zu den Übungen an. Mit Fähnchen und Stäben turnten 9 Damen als Gäste aus Jarotschin. Die Ganturmwarte waren ebenfalls eingeladen worden, sie glänzten aber durch Abwesenheit. Wacker vertreten waren Tremessen, Schildberg und Jarotschin. Man bemerkte Mangel an Disziplin. Wenn das Kommando „Achtung“ ertönt war, herrschte in den Reihen ein Gemurmel wie auf den Jahrmärkten oder auf einem Höfermarkt. Die Übungen leitete Kamerad S. Wiatrolif aus Krotoschin. Der Verbandsvorstand war sehr zahlreich vertreten. Dem Kameraden J. v. Koscielski für seine Gastfreundschaft, für die Mühen und das musterhafte Auffassen der Sokolspflicht ein herzliches, donnerndes, dreifaches „Gut Heil!“

Aus Nr. 11 des Sokol (Posen)

vom November 1905:

In Bruin

beabsichtigen die Bürger den Sokol von neuem ins Leben zu rufen.

Aus Nr. 253 des Lech (Gnesen)

vom 4. November 1905:

Wieder eine Ordnungsstrafe für die ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache vor Gericht.

Der Amtsrichter Herr Dr. Steinhardt in Gnesen trat wieder mit einer Ordnungsstrafe auf für die Nichtkenntnis der deutschen Sprache. Am Sonnabend stand vor dem Gnesener Amtsgericht als Angeklagte die Händlerin Francuszkiewicz aus Gnesen. Sie war nicht imstande, sich in der deutschen Sprache gehörig auszudrücken, deshalb sagte sie durch Vermittelung des Dolmetschers aus. Als Zeuge trat der Polizist Behnelt auf, und der sagte aus, daß die Francuszkiewicz nach seiner Meinung die deutsche Sprache so weit beherrsche, daß sie deutsch aussagen könne. Das bestätigte auch der Polizist Drieze, welcher sich im Zuhörerraum befand.

Auf Grund dieser Befundungen bestrafte Herr Dr. Steinhardt die Francuszkiewicz mit 24 Stunden Arrest und nahm ihr den Dolmetscher. Die arme Frau mußte nun im weiteren Verlaufe der Verhandlung in deutscher Sprache aussagen, aber Gott bewahre einen jeden vor dem Anhören eines solchen Deutsch. Unserer Meinung nach hätte die Rücksicht auf die Beleidigung der Sprache den Herrn Dr. Steinhardt von einem derartigen Urteil zurückhalten müssen. Wir hoffen, daß die Verurteilte sich mit einer Beschwerde an das Oberlandesgericht in Posen wenden wird, welches vor einem Jahre ein ähnliches Urteil des Herrn Dr. Steinhardt kassiert hat, nämlich das in Sachen der Tekla Wojciechowska. Von weiteren Betrachtungen sehen wir vorläufig ab.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 132 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 4. November 1905:

In Sachen der polnischen Taufe in Danzig

schreibt uns ein Geistlicher:

Mein ehrenwerter und lieber Herr Alojzy Swiniarski, Achtung und Ehrerbietung vor Ihnen, daß Sie sich so eifrig das Ihnen zustehende Recht zu wahren versucht haben!

Leider wird in Danzig mit einem anderen Maße gemessen, aber ich will nicht gerade behaupten, daß man zur Belohnung dafür sogar Domherr wird.

Darauf rechnen manche deutsche Geistlichen, und deshalb bemühen sie sich, beizeiten den höheren Sphären zu gefallen, um sich eine fette Propstei und für das Alter ein ehrenvolles Amt zu sichern.

Deshalb wundern Sie sich und ärgern Sie sich nicht, Herr Swiniarski, daß es sogar in der Kirche mitunter ungerecht zugeht; die hl. Kirche ist aber daran nicht schuld, denn die hl. Kirche schreibt was anderes vor.

Herr Vikar Nabakowski wollte zwar Ihr Kind nicht polnisch taufen —, aber er ist verpflichtet, es zu tun, denn dafür gibt es in unserem „rituale“ ein besonderes Formular in polnischer Sprache; er wollte den Namen dieses Kindes nicht polnisch „Franzisek“*) eintragen —, aber er ist verpflichtet einer solchen berechtigten Forderung zu entsprechen, denn es gibt keine Vorschrift, daß die Vollziehung der Taufe nur in deutscher Sprache vermerkt werde, sondern, soviel wie ich in der Diözese gesehen habe, machen die Geistlichen die Eintragungen verschieden, am häufigsten in lateinischer Sprache, aber auch in polnischer und deutscher; und auf Verlangen hätte Vikar Nabakowski sogar in „französischer“ Sprache taufen, und in „französischer“ Sprache die Eintragung machen müssen, denn in unserer Kirche ist Gott sei Dank jede Sprache gleichberechtigt. Soviel als Antwort dem Vikar Nabakowski („mit dem urdeutschen Namen“) und anderen ähnlichen „Beamten“ im Talar.

Was die Sache selbst anlangt, so will ich als Geistlicher und Propst die Leute nicht gegen die Geistlichen hegen, aber was recht ist, ist recht — wir können es nicht gestatten, daß ein Geistlicher und Germanisator (das ist ein Geistlicher, der die Polen germanisiert) so wie eine wilde Gans in der Kirche straflos wirtschaften sollte, daß er unsere Bevölkerung durch die Einführung einer derartigen Kultur von der Kirche abwendig und sie im Glauben gleichgültig machen, und vielleicht gar in die Arme der „Sozialdemokraten“ stoßen sollte. Deshalb protestiere ich auf diesem Wege feierlichst gegen ein solches Verhalten eines Germanisators. Ich bitte hiermit unsere hochwürdige geistliche Behörde in Pielplin ehrerbietig, aber dringend und entschieden, daß sie den Vikar Nabakowski auf sein ungehöriges Verhalten gefälligst hinweisen und alle Geistlichen ein für alle Mal darauf aufmerksam machen möchte, daß in unserer Kirche auch die polnische Sprache ihr Recht hat.

Wir hoffen auch, daß wenn vielleicht jemand anders „Vertrauensmann“ in Danzig sein wird, die hochwürdige geistliche Behörde in Pielplin sich mit größerer Energie mit der polnischen Sprache in den Danziger Kirchen befassen wird. Darauf rechnen wir alle, sowohl die Geistlichen als auch die Gläubigen

der ganzen Diözese, besonders auch darauf, daß in Sachen der polnischen Sprache in allen Kirchen unserer Diözese derartige Verhältnisse eintreten werden, als wir sie zu verlangen haben.

Ich habe hierbei Oliva, Neufahrwasser, Zoppot, Prengowo, Karthaus, Graudenz, König, Starzewo und viele andere Parochien im Sinne.

Na, wenn wir polnischen Geistlichen nur ebenso verfahren sollten; sollte ich nur ein deutsches Kind nicht in deutscher Sprache taufen, oder trotz Verlangens polnisch in das Kirchenbuch eintragen, dann, lieben Leute, was wäre da für ein Lärm in der ganzen Diözese und Provinz, ja sogar im ganzen „Vaterlandzie“.

Schon nach einer Woche hätte ich von der Regierung ein scharfes „Wie heißt“, und von Pielplin eine „lange Nase“ Aber dem Germanisator, Vikar Nabakowski und ähnlichen ist es gestattet — „ja, Bauer, das ist was anderes“ — **du Pole aber leide!**

Herrn Alojzy Swiniarski und allen anderen rate ich aber, sich in solchen Fällen in einer höflichen Klageschrift an die hochwürdige geistliche Behörde zu wenden (an das hochwürdige bischöfliche Generalvikariat-Amt in Pielplin), oder direkt an den hochwürdigsten Herrn Bischof; sollte jemand nicht schreibgewandt genug sein, so rate ich, zum hochwürdigsten Herrn Bischof direkt hinzufahren, und ich bin überzeugt, daß unser wirklich gerechte und hochgeehrte Herr Bischof ihm helfen wird, denn schließlich müssen doch die Worte des Bischofs sowohl beim Vikar Nabakowski als auch bei ihm Ähnlichen noch etwas zu bedeuten und Erfolg haben.

Indem ich meine Ausführungen schließe, bemerke ich, daß ich weder die hochwürdige geistliche Behörde, noch die besonders erwähnten oder nicht erwähnten Geistlichen, noch sonst jemanden irgendwie beleidigen wollte, ich habe nur mit schmerz erfülltem Herzen geschrieben, um der Gerechtigkeit zu ihrem Recht zu verhelfen. Sollte ich aber jemanden unabsichtlich beleidigt haben, so leiste ich gleich hiermit höflichst Abbitte.

Geistlicher R.

Aus Nr. 134 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 9. November 1905:

Herr Vikar Nabakowski.

In der Angelegenheit der polnischen Taufe eines polnischen Kindes in Danzig erlaube ich mir den geehrten Lesern einige interessante Einzelheiten mitzuteilen, die sich auf den Helden der ganzen Angelegenheit, Herrn Vikar Emil Nabakowski an der St. Josefskirche, beziehen.

Es ist sehr merkwürdig, daß Vikar Nabakowski sich geweigert hat, ein polnisches Kind in polnischer Sprache zu taufen. Sein Vater, ein aus Stargard stammender Pole, kann nur soviel deutsch, als er gerade gebraucht. Seine Mutter, eine Polin Kassubin, aus dem Hause von Nabakowski aus Swiecin, Kreis Ruzig, ist eine Person, von der man dreist sagen kann, daß sie die deutsche Sprache höchstens in homöopathischer Dosis benutzt. Wenn sie aber deutsch spricht, dann wird auch ein wirklicher Deutscher kaum seine Sprache wiedererkennen. Der Vikar selbst kann auch gut polnisch, denn als er in Neustadt auf dem Gymnasium war, da hat er zusammen mit einer ihm bekannten Altersgenossin „**Boże coś Polskę**“ (Gott, der du Polen), „**Z dymem pożarów**“ (Mit dem Rauch der Feuerbrünste), „**Jeszcze P nie zginęła**“ (Noch ist

*) Es handelte sich nach der Nr. 127 der Gazeta Gdańska vom 24. 10. 05 um den Vornamen des Taufpaten; siehe Gesamtüberblick Nr. 43 S. 1148/9. — Red. d. Gef.-Ab.

Polen) nicht verloren), und verschiedene andere **polnische Vieder gesungen.**

Woher das kommt, daß Vikar N. im Laufe der Zeit ein deutsches Gewand angezogen hat, weiß ich nicht. Ich glaube, daß er ein spezielles Interesse daran hat, uns Polen in der Weise gegenüberzutreten, wie er mit dem Kinde des Herrn Swiniarski verfahren ist.

Ein Bekannter.

Dem Vikar Nabakowski stellen wir gleichzeitig einen anderen Priester gegenüber. Vikar Nabakowski germanisiert in der Kirche direkt gegen den Wunsch des Vaters und des Taufpaten, während ein polnischer Priester in Oberschlesien mit Namen Kotulinski im Katolik einen langen Artikel veröffentlicht, aus dem eine heiße Liebe zum geliebten polnischen Volke und zu den polnischen Kindern spricht. Dieser Artikel trägt die Überschrift „In welcher Sprache sollen polnische Kinder zu der ersten Beichte und hl. Kommunion vorbereitet werden?“

(Dann folgt eine inhaltliche Wiedergabe des Artikels, der in der vorliegenden Nummer des Gesamtüberblicks aus dem Katolik ungekürzt wiedergegeben ist.)

Ehre dem Geistlichen Kotulinski!

Aus Nr. 132 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. November 1905:

Aus Dirschau

wird uns geschrieben:

Fast in jeder Stadt werden „Straz“-Versammlungen, Versammlungen zur Gründung von Vereinen, Wahlversammlungen und Volksbankversammlungen abgehalten, nur in Dirschau, in dem Hauptsitz der Hakatisten, hört man nichts derartiges.

Wahrscheinlich ist man der Meinung, daß hier etwas ähnliches nicht erforderlich sei. Indessen sind hier Versammlungen sogar sehr erforderlich. Die Hakatisten arbeiten schon seit langer Zeit daran, um das Polentum zu vernichten und damit auch den Katholizismus. Und so ist es ihnen auch gelungen, die polnischen bzw. katholischen Kaufleute und Handwerker zu verdrängen. Die Beamten sind geradezu gezwungen, dem „Ostmarkenferayne“ beizutreten, da ihnen anderenfalls Dienstentlassung droht.

Es ist sogar beschlossen worden, Personen, deren Namen auf „ski“ auslautet, im Eisenbahndienst in Zukunft nicht mehr zu beschäftigen. Die polnischen Beamten werden nach Gegenden versetzt, die fast ausschließlich von einer evangelischen Bevölkerung bewohnt werden, wenn die Behörde erfährt, daß sie am polnischen Gottesdienst teilnehmen. Ist das nicht geradezu empörend? — Seine Hauptaufmerksamkeit wendet der „Ostmarkenferajn“ dem Fang der Deutschkatholiken zu, um sich mit ihnen zum Kampfe gegen uns Polen zu vereinigen. Und ihre Anstrengungen werden häufig von günstigem Erfolg gekrönt, da die Hakatisten vorgeben, es handle sich einzig und allein um einen Kampf gegen die Polen. Daß es ihnen aber nicht nur darum geht, beweist die Rede des Oberregierungsrats Beyer aus Zoppot, die er am 11 v. M. in der Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Hamburg gehalten hat, in der er betont hatte, daß der Kampf gegen das Polentum in der Ostmark des preußischen Staates auch gleichzeitig ein Kampf gegen Rom, also gegen unseren katholischen Glauben sei.

Wenn doch unsere deutschen Glaubensgenossen erkennen möchten, in welcher Gefahr sie sich befinden, und wenn sie doch aus dem „Ostmarkenverein“ austreten möchten. Das genügt aber noch nicht; sie müssen

auch ihre unaufgeklärten Landsleute über die Ziele dieses Vereins aufklären.

Zu diesen traurigen Verhältnissen unter den hiesigen Polen hat auch der Umstand beigetragen, daß sich unser Abgeordnete Herr von Wolszlegier wenig um uns kümmert. Wozu haben wir denn Abgeordnete? Beruht denn ihre Haupttätigkeit nur darin, sich nicht zu zeigen und damit den bei uns herrschenden traurigen Verhältnissen aus dem Wege zu gehen? Warum veranstaltet Herr v. W. hier keine Versammlungen, um sich persönlich zu überzeugen, wie die Dinge hier liegen? Solche Versammlungen müßten hier übrigens öfter abgehalten werden, wodurch die hiesigen Polen ganz gewiß zur Gründung eines polnischen Vereins aufgemuntert werden würden.

Es sollte hier auch eine polnische Bank gegründet werden, aber es blieb beim guten Willen. Vielleicht tragen die vorstehenden Zeilen dazu bei, daß dieser Gedanke in die Tat umgesetzt, oder irgend ein in dieser Sache besser erfahrener Herr aus Polen hierher gesandt wird, damit er sich unserer annehme.

Ein neuer Abonnent der Gazeta Grudziadzka vom IV. Vierteljahr 1905, früherer Abonnent des neidischen Pielgrzym.

Aus Nr. 130 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 31. Oktober 1905:

Berent.

In „Tunkowska Huta“ (?) hat die hakatistische Brüderschaft eine deutsche Bibliothek angelegt, und deren Verwaltung dem Lehrer Krause übertragen. Das hakatistische Hauptbureau aus Berlin hat 378 Bände überwiesen. Diese Bücher werden jedenfalls die Schulkinder erhalten, damit sie deutschen Geist einatmen. Wir machen die polnischen Eltern darauf aufmerksam.

Wer in der Lage ist, der kaufe den Kindern eine Geschichte des polnischen Volkes, oder nützliche polnische Geschichten, damit die Kinder durch die Heldentaten ihrer Vorfahren im Geiste gestärkt werden; dann werden sie auch Polen bleiben, wenn die Hakatisten auch Tausende derartiger Bibliotheken im polnischen Lande anlegen.

Pastor Mühlschadt und Lehrer Krause beabsichtigen in diesem Winter auch sogenannte „Unterhaltungsabende“ oder Germanisationsabende zu veranstalten, in denen Konzerte verbunden mit deutschen Vorträgen, Gesängen u. ausgeführt werden sollen. Der Oberpräsident beabsichtigt für diese Abende einen besonderen Fonds zu bestimmen.

Es wäre besser, wenn dem polnischen Volke bei der Veranstaltung von polnischen Volksversammlungen, Versammlungen und Vergnügen keine Schwierigkeiten gemacht werden würden. Aber eine solche Kultur, die in jeder möglichen Art und Weise unsere Nationalität ausrottet, und uns das Deutschtum ausdrängt, können wir nicht achten.

Außerdem werden diese Abendunterhaltungen in öffentlichen Lokalen und in später Abendstunde abgehalten werden. Dorthin können wir unsere Kinder nicht schicken. Denn wir wollen es doch nicht haben, daß sie sich schon in frühester Jugend das Trinken angewöhnen. Die körperliche und moralische Gesundheit der Kinder ist uns lieber als alle Germanisationsabende.

Aus Nr. 131 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. November 1905:

Aus der Löbauer Grenzgegend

schreibt man uns:

Die Ansiedelungskommission umgibt uns mit einem immer stärker werdenden Ring deutscher Ansiedler, indem sie die angrenzenden Vorwerke aufkauft. So hat sie z. B. Babalice im Kreise Rosenburg, Blowenz im Kreise Strassburg, Babki, Kowaliki, Carnosz usw. im Kreise Graudenz aufgekauft. Der erste Pole, der es zuließ, daß sich die Ansiedelungskommission bei uns einmischte, war Herr Wysocki aus Partenczyn, da er sein vom Vater ererbtes 800 Morgen großes Gut an die Ansiedelungskommission verkauft hat. Daraufhin begab er sich nach Trautstadt, Provinz Posen, wo er wahnsinnig wurde — das war der Lohn für den den Landsleuten zugefügten Schaden. Der zweite Verschacherer war Herr Radziszewski, der sein 200 Morgen großes Grundstück an einen Fremden verkauft hat, um seine Kinder zu „Herren zu erziehen“. Aber auch ihm hat der Judasgroßchen keinen Segen gebracht, da es seinen Kindern alles andere denn gut geht. Trotz dieser sichtbaren Strafen Gottes hat sich noch ein dritter Verschacherer in der Person des Herrn Umerski aus Partenczyn gefunden. Er hat 260 Morgen in fremde Hände überliefert, wiewohl er zum Verkauf seines Grundes und Bodens nicht gezwungen war; seine einzige Tochter ist an Herrn Dr. Gorski verheiratet. So ist also in dem früher nur von Polen bewohnten Partenczyn jetzt nur noch ein Pole verblieben, und zwar Herr Grol. Aber auch er verhandelt mit der Ansiedelungskommission wegen Verkaufs seines 200 Morgen großen Grundstückes; ferner stehen wegen Verkaufs ihrer Grundstücke mit der Ansiedelungskommission in Unterhandlung: die Herren Tengowski (400 Morgen großes Vorwerk Richterhof) und Kochalski und Marzjewski aus Kuczwal.

Wenn sie sich es doch überlegen möchten, welchen Schaden sie unserem heiligen Glauben und unserer Nationalität zufügen würden, wenn sie ihre Grundstücke verkauften, und wenn sie doch ihre Absicht aufgeben möchten!

Wenn die Verschacherung des vaterländischen Bodens nicht aufhört, dann wird schließlich für unsere Gräber nicht mehr Boden genug bleiben. Und was wird dann mit unseren Kirchen geschehen? Die in der Umgegend älteste Kirche in Blowenz hat kaum noch einige Duzend Parochianen! . . . Die katholischen Kirchen werden infolge dieses verräterischen Vorgehens ruiniert werden, und an ihrer Stelle werden lutherische Gotteshäuser wie Pilze nach dem Regen emporwachsen.

Aus Nr. 131 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. November 1905:

Aus der **Starzewoer** Gegend wird uns mitgeteilt, daß unser aus der Konitzer Gegend stammende Landsmann Herr Jakob Kolbiecki von einem Deutschen, Herrn Krause in Neugrenzsdorf Nr. Danzig, ein 264 Morgen großes Grundstück mit gutem Bodenbestande für 41500 M. gekauft hat. — Dem neuen Besitzer ein Glück auf! Die Red.

Aus Nr. 254 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 5. November 1905:

Lubichowo.

Die hier neugegründete Volksbank entwickelt sich sehr gut. Zum Vorstande gehören der Herr Propst als Direktor, sowie die Herren Kaufmann Guzinski und Bäckermeister Brzostowski. Die Bank befindet sich bei Herrn Brzostowski und ist Dienstags und Freitags Nachmittag geöffnet; sie verleiht Gelder zu 5% und zahlt für Einlagen 4%. Die Adresse der Bank ist: Bank Ludowy, E. G. m. u. S. in Lubichowo. Gebe es Gott, daß die neue Bank für unser Volk viel Gutes schaffe.

Aus Nr. 45 der Praca (Posen)

vom 5. November 1905:

Die neue Teilung Ostpreußens,

die gegenwärtig bestätigt ist, wird am 1. November d. J. ins Leben treten. Hiernach wird der neue Regierungsbezirk Allenstein entstehen, sodaß Ostpreußen sich aus drei Regierungsbezirken zusammensetzen wird: Königsberg, Gumbinnen und Allenstein.

Es geschah dies zu dem Zwecke, das bedrängte Deutschtum zu retten, oder, um in verständlicher Sprache zu reden, um das Polentum noch mehr in den Staub zu treten. Im Regierungsbezirk Allenstein sind auf diese Weise fast alle polnischen Katholiken Ostpreußens vereint. Die Bevölkerung in diesem Bezirk ist zu etwa 70—80% polnischer Nationalität. Im Regierungsbezirk Gumbinnen sitzen die evangelischen Polen, die bisher die polnische Sprache noch nicht aufgegeben haben. In sieben Kreisen hat das polnische Element die Majorität, in manchen, wie zum Beispiel im Kreise Ortelburg, beträgt es 90% der Gesamtbevölkerung.

Da nun die Deutschen alle erdenklichen Dinge tun, um diese Gegenden zu verdeutschern, werden wir denn schließlich keine ernsthaften Anstrengungen machen, zur Unterstützung des zu Boden gedrückten Polentums? Vom Goniec Mazurski gehen uns undenkbbare Gerüchte zu. Seine Existenz ist nicht gesichert. Eine einmalige Hilfe führt ebenso wie alle halben Hilfsmaßregeln zu nichts. Sie verlängert nur das einstweilige Bestehen der Zeitung, erlaubt ihr aber nicht, sich zu entwickeln, tätig zu sein. Es ist Zeit, daß wir uns die Sache des masurischen Volkes zu Herzen nehmen, wenn wir nicht wollen, daß die künftigen Generationen deshalb einen Stein auf uns werfen sollen, dafür, daß wir ohne Verteidigungskampf tausende von Leuten aus polnischem Fleisch und Blut der teutonischen Herrschaft übergeben haben.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 130 des Katolik (Weuthen D.-S.)
vom 4. November 1905:

Bergarbeiter! Achtung!

Im Dezember sollen Wahlen stattfinden oder vielmehr sollen bereits Arbeiterausschüsse gewählt sein. Es ist also nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Die Arbeiter müßten sich deshalb jetzt schon der Sache eifrig annehmen und sie nicht aufschieben. Die Arbeiter kennen sich gegenseitig in jedem Schacht, sie müßten also aus ihrer Mitte solche Männer wählen, welche Vertrauen verdienen, von denen man weiß, daß sie ehrlich und tapfer ihre Mitbrüder verteidigen

werden. Es hat viel Mühe und einen großen Kampf in der ganzen preussischen Monarchie gekostet, bis es gelungen ist, die Regierung dazu zu bewegen, dem Landtage ein neues Bergwerksgesetz vorzulegen und es durchzubringen, die Arbeiter müssen deshalb mit allen Mitteln dafür eintreten und das verteidigen, was im Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist und sie dürfen es nicht aus den Händen lassen, um nicht auch diese uns zugestandene Kleinigkeit zu verlieren.

Bergarbeiter! Denket nicht, daß die bis jetzt in verschiedenen Wahlen davongetragenen glänzenden Siege genügen. Denket nicht, daß ihr damit schon alles getan habet. Nein, Brüder, das genügt noch nicht; das muß euch als Beispiel und Beweis dafür dienen, was ihr mit vereinten Kräften leisten könnt. Wenn die Arbeiterausschüsse für die Arbeiter nützlich und vorteilhaft sein sollen, dann müßten alle dahinstreben, sich zu einem Verbands zu organisieren. Die Arbeiterausschüsse müßten mit der Organisation Hand in Hand gehen, dann werden sie erst an Wert und Ansehen gewinnen.

Die Vertrauensmänner aus den Arbeiterausschüssen sind eure Vertreter und Vermittler zwischen euch und den Arbeitgebern. In ihrer Eigenschaft als solche sind sie oftmals der Ungnade der Beamten und Arbeitgeber ausgesetzt und es kommt oft vor, daß ein gewissenhafter Vertrauensmann, welcher seine Pflicht tun will, entschieden und tapfer für seine Kameraden eintreten muß, daß dies dann den Arbeitgebern mißfällt und sie einen solchen Arbeiter entweder sofort als einen Unbequemten aus der Arbeit entlassen oder ihn mit schwerer Arbeit und schlechter Bezahlung traktieren, so daß er gezwungen ist, die Arbeit aufzugeben und anderswo Brot zu suchen. So darf es nicht sein. Wenn die Bergarbeiter alle organisiert wären, würden die Arbeitgeber sich derartige Gesetzeswidrigkeiten nicht zuschulden kommen lassen, denn sie würden wissen, daß hinter dem Vertrauensmann alle seine Kameraden stehen, bereit, ihn zu verteidigen. Und dann erst würden die Arbeiterausschüsse für die Arbeiter ein wahrer Segen sein.

Ohne Organisation werden weder Arbeiterausschüsse noch Abgeordnete, und säßen ihrer auch 100 im Reichstage, noch sonst jemand den Arbeitern etwas helfen. Nehmet euch ein Beispiel an den Arbeitern im Westen und tuet daselbe: organisiert euch und tretet dem Unterstützungsverein bei.

Der Verbandsvorstand zur Unterstützung christlicher Bergarbeiter in Beuthen D.=S.

Aus Nr. 45 der Praca (Beuthen)
vom 7. November 1905:

Bergleute! Achtung!

Es naht der entscheidende Augenblick, in welchem ihr zeigen sollt, daß ihr eure Rechte zu verteidigen versteht. Nach dem neuen Berggesetz müssen jetzt die Arbeitgeber einen Plan der neuen Arbeitsordnung aushängen, damit die Arbeiter sagen oder schreiben können, was ihnen in dieser Arbeitsordnung gefällt und was nicht. Mögen die Bergleute diese für sie so wichtige Angelegenheit nicht geringschätzen, und mögen sie ihr Recht wahren, mögen sie sich überzeugen, welchen Inhalts die ausgehängten Verordnungen sind, und mögen sie dies nicht gleichgültig behandeln, denn wenn sie es jetzt vernachlässigen, so mögen sie es nachher nicht bedauern und sich nicht beklagen, daß die Arbeitsordnung schlecht und für sie nachteilig ist. Daher müssen die Arbeiter jetzt streng darauf achten, daß dies nicht geschehe. Vor allem müssen die Arbeiter von

den Arbeitgebern verlangen, daß die Arbeitsordnung neben der deutschen auch in polnischer Sprache ausgehängt werde. Die Arbeitgeber sollten dies in ihrem eigenen Interesse tun, um von vornherein den Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, den Inhalt der Arbeitsordnung zu verstehen, und um dadurch etwaige Vergehen und Übertretungen der Vorschriften zu vermeiden.

Sollten es die Arbeitgeber vernachlässigen, den Arbeitsplan auszuhängen, so mögen dies die Arbeiter entschieden verlangen. Wenn den Arbeitern nicht genügend Zeit und Gelegenheit geboten werden sollte, sich mit dem Plan der Arbeitsordnung hinreichend bekannt zu machen, so mögen sie sich mit einer Beschwerde an den Bergschöffen (przysięgly gorniczy) oder an irgend eins unserer Bureaus in Beuthen, Zabrze oder Kattowitz wenden. Die erfahrenen Arbeiter sollten ihre unaufgeklärten Kameraden befehlen, worum es sich handelt, damit einer wie der andere wüßte, woran sie sich zu halten haben. Dagegen sollten alle Arbeiter einer jeden Grube hinsichtlich der Zusammenstellung der Arbeitsordnung einer Meinung sein und zusammenhalten. Es sollte unter ihnen keinen einzigen geben, der sich als gar zu „loyal“ zeigen und mit einem solchen Plan der Arbeitsordnung, der für die Arbeiter wie für ihn nachteilig wäre, einverstanden sein wollte, um als „besserer“ Arbeiter zu gelten wie die anderen. Was schlecht, unbequem ist, das berührt jeden; es müssen daher alle in gleicher Weise auf einer Verbesserung und Beseitigung des Bösen bestehen.

Unter den vier Gegenständen, die in dem Entwurf der Arbeitsordnung erörtert sein werden, d. i. 1. die Länge der Schicht; 2. Ding (?) (dyng) und Lohn; 3. das Rullen der Wagen und die Strafen, wird sich auch 4. die Wahl der Vertrauensleute in den sogenannten Arbeiterauschuß befinden. Arbeiterausschüsse bestanden bisher nur auf fiskalischen Gruben seit dem Jahre 1890 und auf manchen Privatgruben, jedoch in sehr seltenen Fällen. Von jetzt ab fordert das neue Gesetz solche Einrichtungen in allen Gruben ohne Ausnahme. Solche Ausschüsse könnten manches verbessern, wenn nur die Arbeiter überall geschickt dabei ans Werk gingen. Ein Beweis hierfür war der Widerstand am Anfange des laufenden Jahres seitens der Arbeitgeber während der Landtagsverhandlungen über das neue Berggesetz, denn gerade wegen der Einführung der Ausschüsse bereiteten diese Herren der Regierung und den Parteien, die eine Änderung der Arbeiterverhältnisse verlangten, die größten Schwierigkeiten. Daraus folgt, daß sich die Arbeiter mit dieser Angelegenheit sorgfältigst befassen und zeigen sollen, daß sie eine für sie so wichtige Sache zu schützen wissen.

Im Dezember sollen die Wahlen stattfinden, oder es sollen vielmehr schon die Arbeiterausschüsse gewählt werden. Es ist also nicht mehr viel Zeit zu verlieren, daher müßten sich die Arbeiter schon jetzt mit dieser Angelegenheit lebhaft befassen und sie nicht verschieben. In jeder Grube kennen die Arbeiter einander, sie sollten daher nach gegenseitiger Verständigung nur solche Männer wählen, die Vertrauen verdienen und von denen bekannt ist, daß sie ihre Mitbrüder treu und mutig verteidigen werden. Viel und große Arbeit und Kampf hat es die Arbeiter in der ganzen preussischen Monarchie gekostet, bis es gelungen ist, die Regierung dazu zu bewegen, dem Landtage den Entwurf eines neuen Berggesetzes vorzulegen, und wiewohl es schwierig war, das an sich noch ungeeignete Gesetz im Landtage durchzubringen, so sollen die Arbeiter dennoch mit allen Mitteln wenigstens das verteidigen, was im Landtag beschlossen wurde, und man darf es nicht aus den Händen lassen, um nicht auch dieser uns zugestandenen Kleinigkeit verlustig zu gehen.

Vergleute! Glaubet nicht, daß euch die bei verschiedenen Wahlen davon getragenen glänzenden Siege schon genügen. Glaubet nicht, daß ihr damit schon alles getan habt. Nein, Brüder, das genügt noch nicht, das soll euch nur als Beispiel und Beweis dafür dienen, was ihr mit vereinten Kräften zu vollbringen vermöget. Wenn die Arbeiterausschüsse erfolgreich sein und den Arbeitern wenigstens zum Teil den erwünschten Vorteil bringen sollen, so müssen alle danach streben, sich in einem Verbande zu organisieren. Die Arbeiterausschüsse müssen mit der Organisation Hand in Hand gehen, dann erst gewinnen sie an Wert und Ansehen.

Die Vertrauensmänner der Arbeiterausschüsse sind eure Vertreter und Vermittler zwischen euch und den Arbeitgebern. In ihrer Eigenschaft als solche sind sie oft der Ungnade der Beamten und Arbeitgeber ausgesetzt und es geschieht oft, daß ein gewissenhafter Vertrauensmann, der seiner Pflicht Genüge leisten will, entschieden und mutig seine Kameraden in Schutz nehmen muß, was häufig den Arbeitgebern nicht gefällt; einen solchen Arbeiter werfen sie sofort als einen unbequemen aus der Arbeit heraus oder sie geben ihm schwere Arbeit und schlechten Lohn, sodaß er gezwungen ist, die Arbeit niederzulegen und anderswo Brot zu suchen. So darf es nicht sein. Wenn unsere Arbeiter insgesamt organisiert wären, würden sich die Arbeitgeber solche Ungefehrlichkeiten nicht so leicht herausnehmen, wissend, daß hinter dem Vertrauensmann alle seine Kameraden bereitstehen, ihn zu schützen. Dann erst wären die Arbeiterausschüsse ein wahrer Segen für die Arbeiter.

Ohne Organisation also werden weder die Arbeiterausschüsse noch die Abgeordneten, wenn ihrer auch hundert im Reichstage wären, noch irgendjemand den Arbeitern etwas helfen, wenn diese nicht organisiert sein werden. Nehmt euch ein Beispiel an den Arbeitern im Westen und tut wie sie: organisiert euch, tretet dem „Verbande gegenseitiger Hilfe“ bei.

Der Vorstand des Verbandes gegenseitiger Hilfe für christliche Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen.

Aus Nr. 182 des Katolik (Beuthen D.-S.).

vom 31. Oktober 1905:

Aus Rozdzin.

Geehrte Brüder und Landsleute!

Ich habe in einem Blatte gelesen, wie sich unsere Brüder in der Fremde in Vereine zusammenschließen und wie viele deren sie schon gegründet haben. Und was tun wir hier in unserem polnischen Schlesien? Ich muß leider zugeben, daß wir sehr wenig tun, daß wir fast schlafen. Auch ich schlage mich an die Brust, denn auch ich bin einer von den Trägern — doch bis hierher und nicht weiter! Auch ich war zehn Jahre lang Mitglied eines hiesigen Vereins, doch ich fand Gefallen an dem deutschen „verein“ und trat ihm bei, denn ich dachte mir, ich würde dadurch „feiner“ werden. Nach kurzer Zeit jedoch trat ich aus dem „verein“ aus. In mir erwachte das Gewissen, ich will mich deshalb bessern und zwar aus dem Grunde: ich traf mit meinem früheren Kameraden, mit dem ich den Verein besuchte, zusammen; wir gingen zum Glase Bier und bei der Unterhaltung kamen wir auf den Verein zu sprechen; er fing an, mir wegen meiner Trägheit Vorwürfe zu machen, mich an die früheren, angenehm verlebten Stunden zu erinnern und sich darüber zu beklagen, daß der Verein sich in einem beweinenswerten Zustande befinde, so daß mich Scham und Reue ergriff. Ich beschloß deshalb, aus dem deutschen Verein auszutreten.

Nun rufe ich, sehen wir uns doch die Deutschen an, sie haben immer mehr Vereine, nehmen wir uns die Protestanten zum Muster, nicht viele gibt es ihrer und doch haben sie ihren „Verein“ und gehören ihm, vom Reichsten bis zu dem Ärmsten an und besuchen fleißig die Versammlungen. Es ist ja richtig, daß zu ihren Versammlungen der Pastor erscheint, aber trägt denn der hiesige polnische Verein die Schuld daran, daß unsere Geistlichen nicht kommen, als ob sie sich unter das polnische Volk nicht mischen wollten!

Von einigen Polen, die dem Kriegerverein angehören, erfuhr ich, daß sie dort wenigstens hundert Mark Sterbegeld erhielten. Ach Brüder! Denken wir doch nur, wenn der polnische Verein wenigstens 500 Mitglieder zählte (der hiesige Kriegerverein soll über 900 Mitglieder haben), könnte er da nicht einen gleichen Betrag geben? Und das Geld bliebe dann wenigstens in polnischen Händen!

Es gibt viele unter uns, die am Sonntag lieber drei oder vier Stunden bei dem Gläschen in der Kneipe zubringen, als sich zusammen in einer Gesellschaft zu unterhalten und sich gegenseitig zu belehren; sie ziehen es vor, schmutzige Schimpfworte sich anzuhören, als die Zeit nützlich und christlich zuzubringen. Ich kann wohl dreist und offen behaupten, daß der Verein viel Mitglieder haben würde, wenn er ein Orchester Alkohols zum Besten gäbe.

Wir haben noch eine Klasse von Menschen, welchen wir Trunksucht oder Nachlässigkeit in polnischen Sachen nicht zum Vorwurf machen können, aber in ihnen steckt Abneigung, gewissermaßen Haß gegen den Verein und zwar aus geringfügigen Gründen, manchmal aus Mißverständnis oder irgend eines begangenen Fehlers wegen; von diesen gehörten vielleicht schon Neunzehntel dem Vereine an, doch sie nahmen irgend etwas übel und kehrten ihm den Rücken.

Brüder! ich wende mich an Euch, sollen wir erlauben, daß der Verein untergehe, welcher bereits 20 Jahre besteht? Was würde der Gründer des Vereins, der hochwürdige Pfarrer Demboczyk dazu sagen? Anderswo würden sie gern einem Verein angehören, doch können sie es nicht, während bei uns, anstatt sich zu vereinigen und zusammenzuschließen, sie anderen, wie ich erfahren habe, abraten. Von dem erwähnten Kameraden erfuhr ich auch, daß, wenn wegen irgend einer Kleinigkeit ein Mißverständnis vorgekommen sei, die Mitglieder scharfweise aus dem Verein ausgetreten seien. Wenn ein Mitglied austrat, so zog es 20 andere nach sich.

Brüder! legen wir unsere Reizbarkeit ab, vertragen wir uns, schaden wir nicht unserer Sache und uns selbst. Sollen wir denn ewig ein so verbohrtres Volk bleiben? Wir sehen ja, wie das polnische Volk überall erwacht, deshalb wollen auch wir uns die Bruderhand reichen, uns zusammenschließen und dem Verein wieder beitreten, so wie ich das jetzt tun werde . . .

Mancher wird vielleicht denken: „ich möchte umkehren, aber ich schäme mich.“ Nein, Brüder, auch ich werde die Scham beiseite legen und vom ersten d. Mts. ab dem Vereine beitreten. Ein anderer sagt wieder: „ich werde lieber das Geld, welches ich dort einzahlen soll, vertrinken.“ Du irrst, Bruder, von den 25 Pfg. monatlich wirst du nicht fett werden, dabei aber noch mehr, vielleicht Leib und Seele, verlieren. Fort deshalb mit allen Entschuldigungen; mögen unsere Freunde und Feinde sehen, daß auch wir verstehen, uns zu vereinigen, uns zu unterhalten und zu belehren und die Zeit in christlicher Weise zuzubringen.

Aus Nr. 44 der Praca (Posen)

vom 31. Oktober 1905:

Aus Michowiz.

An die Brüder Arbeiter.

Seit dem Erscheinen meines letzten Berichts in der Praca, welcher Euch sicherlich gefallen hat, ist schon eine längere Zeit verfloßen. In dieser Zeit habe ich viel Stoff gesammelt, welcher zum Teil im Druck erscheinen wird.

Zunächst will ich die jüngsten Ereignisse in Oberschlesien, nämlich die Wahlen, berühren. Es war dies ein großer Kampf, in welchem nicht die Kaktisten, sondern wir die Sieger blieben. Das Wahlergebnis war ein glänzendes, obwohl es ohne Übergriffe dabei nicht abging. Jeder gab seine Stimme dem Abgeordneten, welchem sein Herz entgegenschlug, jeder wählte nach eigenem Willen und Gutdünken.

In letzter Zeit wurden in einigen Gruben die Löhne etwas aufgebessert, und zwar mit Recht, denn die Teuerung wird immer größer, der Arbeiter ist daher nicht imstande, seine Bedürfnisse mit seinem elenden Verdienst zu decken. An anderen Stellen, wo die Arbeitgeber und die Beamten unbarmherzig sind, erhielten die Arbeiter keine Aufbesserung, die Arbeit aber blieb dieselbe, ja sie wurde sogar noch größer, denn im Winter, wenn es viel Bestellungen gibt, muß noch schwerer gearbeitet werden. Wiewohl auch dort Bittgesuche um Aufbesserung der Löhne überreicht wurden, so wurden sie doch nicht berücksichtigt.

Der große Herr empfindet den Mangel an Lebensmitteln, namentlich an Fleisch nicht, denn seine Einnahmen sind so groß, daß er gar nicht merkt, wiewohl er ebenso teuer, wie wir, bezahlen muß. Wenn man ihm die Sache noch so gut vorstellt, alles ist meist erfolglos und ohne Anerkennung.

Stellen wir uns eine aus acht Köpfen bestehende Bergarbeiterfamilie vor, welche sämtlich von der Arbeit zweier Hände leben. Der Vater verdient täglich 4 Mark, es kommen also 50 Pfg. auf die Person. Davon muß sich die Familie befüttern und bekleiden, was bei der größten Sparsamkeit unmöglich ist. Der Arbeiter jedoch, welcher nirgends Kredit hat, hilft sich, wie er kann, er spart, hungert und kommt auf seine Rechnung. Die großen Herren aber sprechen von hohen Löhnen! Sie sagen, der Arbeiter verstehe nicht zu sparen, ohne zu überlegen, was sie selbst täglich verbrauchen. Es sind dies nicht 4 Mark, sondern einigemal so viel und doch hält der Arbeiter ihnen das nicht vor. Was sollen wir da zu dem Verhalten der großen Herren sagen? O, sehr viel kann man davon denken und sprechen!

Dem gegenüber mögen die Arbeiter stets und überall das verlangen, was ihnen zukommt, worauf sie ein heiliges Recht haben. Mögen sie nicht befürchten, sie würden die Arbeit verlieren. Wir haben unsere Organisation, an welche sich alle wenden müssen. Möge jeder dem Beuthener Verbände beitreten, dann werden unsere Reihen immer größer und die Organisation immer stärker sein. Je zahlreicher wir sein werden, desto mehr werden wir erreichen. Verlasset Euch nicht auf einander, sondern arbeitet selbst an der Verbesserung Eurer Lebenslage. Niemand wird Euch helfen, wenn Ihr nicht selbst Euch helfet. Auch Geschrei und Lärm werden Euch nichts nützen, sondern lediglich die stille, mühevollen Arbeit. Dies möge Eure Losung und Euer Streben sein.

Aus Nr. 131 des Katolik (Beuthen)

vom 7. November 1905:

In welcher Sprache sollen polnische Kinder zu der ersten Beichte und hl. Kommunion vorbereitet werden?

Zum polnischen Katechismusunterricht, zum polnischen Vorbereitungsunterricht schicket, ihr polnischen Väter und Mütter, Eure Kinder!

Die Zeit der Vorbereitung Eurer Kinder zur Beichte und hl. Kommunion hat schon begonnen; das ist für Eure Kinder ein sehr wichtiger Unterricht!

Jeder Vater und jede polnische Mutter, welche wünschen, daß ihre Kinder den hl. katholischen Glauben lieb gewinnen und christliches Leben lernen, überlege es und sei dessen eingedenk, daß der Priester die Herzen der Kinder für Gott und den Glauben nur dann vollständig gewinnen kann, wenn er es in der Muttersprache anreden wird; es genügt nämlich nicht, daß die polnischen Kinder den deutschen Katechismus papageimäßig auswendig kennen; dadurch werden sie ihren hl. katholischen Glauben noch nicht lieb gewinnen: mit Herz und Verstand soll das Kind die hl. Glaubenswahrheiten begreifen und durchdringen, und das ist für das polnische Kind nur mit Hilfe der polnischen Sprache möglich.

Es ist ein großes Unglück für das obereschlesische Volk, daß es die Preußen sogar mit Hilfe des Schulunterrichts in der hl. Religion germanisieren wollen. Ein solcher Unterricht entzieht dem Kinde nicht nur die Sprache, sondern er schwächt auch den hl. Glauben. Der in einer fremden Sprache erteilte Religionsunterricht zeitigt sehr, sehr wenig gute Früchte.

Katholische Eltern! Überlegt es Euch, warum Ihr Eure Kinder in den polnischen Vorbereitungsunterricht schicken sollt? Saget, würde ein deutsches Kind den polnischen Katechismusunterricht besuchen, selbst wenn es polnisch verstünde? — Nie und nimmer! Niemand würde es von den deutschen Eltern verlangen, ihre deutschen Kinder zum polnischen Katechismusunterricht zu schicken. Ist es davon nicht vernünftig und natürlich, wenn Ihr Eure polnischen Kinder in die polnische Katechismusstunde schicket, da Euch doch Geistliche, vernünftige Leute und katholische Zeitungen so oft darlegen, daß es Eure hl. Pflicht ist, Eure Kinder in den polnischen Unterricht zu schicken? Saget, geliebte Eltern, wer ist es denn, der Euch ermahnt, daß sich Eure Kinder zur ersten hl. Beichte polnisch vorbereiten sollen?

Die Geistlichkeit ermahnt Euch dazu, die Geistlichkeit, welche vom Gott die Berufung und Aufgabe hat, das Volk und die Jugend im hl. Glauben und im christlichen Lebenswandel zu unterweisen.

Ihr entsetzt Euch vielleicht noch, was vor nicht so langer Zeit der hochwürdigste Erzbischof von Posen angeordnet hat. Er hat die Geistlichkeit angewiesen, daß jedes Kind den Vorbereitungsunterricht in seiner Muttersprache empfangen soll; der hochwürdigste Herr Erzbischof schreibt nämlich: „Mein Kind ist imstande, in einer fremden Sprache sich gehörig auf jene wichtigen Augenblicke vorzubereiten, wie es die erste hl. Beichte und die erste hl. Kommunion sind, noch weniger in einer fremden Sprache und aus Zwang die tiefsten Herzensgeheimnisse zu beichten.“

Ihr entsetzt Euch vielleicht noch, daß fast die gesamte katholische Geistlichkeit Oberschlesiens im Jahre 1899 an den Kultusminister eine Bitte überreichte, daß der Religionsunterricht sogar in den Schulen in polnischer Sprache für die Kinder polnischer Abstammung erteilt werde, und daß die polnischen Kinder in der Schule polnischen Religionsunterricht

empfangen möchten, und zwar deshalb, damit die polnischen Kinder aus dem Vorbereitungsunterricht größeren Nutzen zögen, auf daß sie später den Glauben nicht verlären und nicht unter die Gottlosen und unter die schlimmsten Sozialdemokraten gerieten.

Wer von Euch hat die berühmte Broschüre des Geistlichen Skowronski vergessen, der ausführlich und nachdrücklich gezeigt hat, daß es hl. Pflicht der polnischen Eltern ist, ihre Kinder in den polnischen Vorbereitungsunterricht zu schicken, da sonst die Kinder großen Schaden an der religiösen Erziehung erleiden werden.

Ihr laßt gewiß den Brief des Herrn Pfarrers G. aus W., eines Deutschen, in welchem er den Beweis führt, wie er seine Parochianen angespornt und ermahnt hat, ihre Kinder die polnische Katechismusstunde besuchen zu lassen? Warum handelt jener brave Priester so, wiewohl er weiß, daß dies den Germanisatoren, Sakatisten und der preussischen Regierung ganz und gar nicht gefallen wird? Deshalb, weil er wünscht, daß seine Parochianen gute Katholiken würden.

Ein anderer Pfarrer gebietet in einem Gebetbuch bei der Gewissenserforschung sich zu fragen: „Habe ich die Kinder das Gebet, den Katechismus, das Lesen in der Muttersprache gelehrt?“ Er schreibt weiter: „Die Mutter soll die Lehrerin ihrer Kinder sein, sie soll sie zu Hause polnisch lesen, schreiben lehren, mit ihnen den Katechismus, die Bibel lesen und angelegentlichst darauf achten, daß die am Vorbereitungsunterricht der Beichte und hl. Kommunion teilnehmenden Kinder zu Hause das lernen, was ihnen der Priester aufträgt.“

Warum reden Priester so zu Euch polnischen Eltern? Erhalten sie dafür von der Regierung etwa einen Orden? O nein! Sie ermahnen Euch deshalb, weil es diesen braven Priestern darum zu tun ist, daß Eure Kinder von dem Vorbereitungsunterricht möglichst großen Nutzen hätten! Ihr müßt also zugeben, daß die katholische Kirche und Geistlichkeit wünschen, daß Eure Kinder die Religion in der Muttersprache lernen.

Geliebte Eltern, saget, ob Ihr aus fündhaftem Hochmut Eure Kinder in die deutsche Katechismusstunde schicken werdet, weil Euch die deutsche Sprache „feiner“ erscheint? Werdet Ihr in einer so wichtigen religiösen Angelegenheit nicht der Kirche und Eurer Geistlichkeit gehorchen, die wünschen und ermahnen, daß die polnischen Kinder polnischen Vorbereitungsunterricht empfangen sollen? Vergesst Ihr, welche furchtbare Verantwortung Ihr vor Gott übernehmet, wenn durch Eure Schuld der Glaube in den Herzen Eurer Kinder abnimmt?

Und was schreiben schließlich unsere polnischen Zeitungen über diese Angelegenheit?

Mit Ausnahme der Gazeta Robotnicza, welche will, daß Ihr und Eure Kinder ohne Glauben wäret, legen Euch alle Eure polnisch-katholischen Blätter die unumgängliche Notwendigkeit dar, daß Eure Kinder den Vorbereitungsunterricht in polnischer Sprache erhalten müssen.

Sogar ein verständiger und gerechter Deutscher wird gern zugeben, daß der Religionsunterricht, wenn er nutzbringend sein soll, in der Muttersprache erteilt werden müsse.

Ich rufe daher aus: Bei Gott! Wacht auf! Verteidigt den hl. Glauben bei Euren Kindern. Hört, was schon längst der brave Deutsche Schorlemer gesagt hat: „Germanisierung ist zugleich Lutheranismus.“ Dieser Wahrheit hat in diesen Tagen auch ein evangelischer Pastor in der Versammlung des

evangelischen „Bundes“ in Hamburg zugestimmt, indem er sagte, „daß das polnische Volk zuerst germanisiert werden müsse, um es dann desto leichter zu lutheranisieren“.

Man will also Eure Kinder zuerst germanisieren, damit sie später um so leichter den katholischen Glauben abstreifen. Und so lehrt die Erfahrung; zahlreiche Polen, die nach Berlin, Brandenburg, Sachsen und in andere lutherische Gegenden ausgewandert sind, haben sich zuerst germanisiert und sind dann zum evangelischen Glauben übergetreten.

So geschieht es auch in Ober- und Mittelschlesien! Hier ist schon mancher germanisierte Pole von seinem hl. Glauben abgefallen. Der hl. Augustinus hat gesagt, daß es keinen größeren Reichtum und keinen kostbareren Schatz gibt als den katholischen Glauben. Diesen Schatz muß jeder Katholik sich und seinen Kindern erhalten. Ein Katholik, der ein überzeugter und guter Pole ist, der seine polnische Abstammung und seine polnische Sprache achtet, wird auch den von den Vätern erbten katholischen Glauben achten. Wer seine Abstammung und seine Sprache verleugnet, der kann auch leicht den hl. Glauben verleugnen. Der Geistliche Ricot hat gesagt: Das Volk wird solange katholisch bleiben, als es polnisch sein wird. Jeder, der zur Germanisierung des polnischen Volkes beiträgt, leistet auch der Lutheranismierung des polnisch-katholischen Volkes Vorschub.

Ihr Eltern trägt zur Verdeutschung Eurer Kinder bei, wenn Ihr sie nicht polnisch lesen lehrt, wenn Ihr sie nicht in den polnischen Vorbereitungsunterricht schickt. Auf diese Weise schwächt Ihr den hl. Glauben Eurer Kinder; auf diese Weise richtet Ihr, meine Lieben, in der katholischen Kirche großen Schaden an, wenn Eure im hl. Glauben nicht gründlich unterrichteten Kinder später entweder schlechte Katholiken oder Sozialdemokraten werden, oder wenn sie von ihrem hl. Glauben abfallen. Ihr habt daher vor Gott eine große Verantwortung in Sachen der religiösen Erziehung Eurer Kinder.

Bemüht Euch daher angelegentlichst darum, daß Eure Kinder den polnischen Katechismusunterricht besuchen. Niemand kann Euch zwingen, Eure Kinder zum deutschen Vorbereitungsunterricht zu schicken. Es kommt vor, daß Lehrer polnische Kinder für den deutschen Katechismus eintragen. Dieses Recht haben sie nicht; denn die Schule und den Lehrer geht der Vorbereitungsunterricht nichts an, sondern nur der Bischof und die katholische Kirche. Wenn der Lehrer durch irgend eine Drohung Euer Kind zwingt, den deutschen Unterricht zu besuchen, dann muß an den hochwürdigsten Herrn Bischof in Breslau eine dahin gehende Beschwerde eingereicht werden, daß sich der Lehrer in Kirchenangelegenheiten und Elternrechte einmischt, und der Herr Bischof wird sich für Euch verwenden müssen; denn es ist Sache der Bischöfe zu wachen, daß die Rechte der Kirche nicht verkürzt werden.

„Die Vorbereitung zu den hl. Sakramenten ist eine rein kirchliche Angelegenheit, die nur meiner geistlichen Gewalt untersteht: Daher halte ich es bei den bevorstehenden Unterrichtsstunden für meine Pflicht zu warnen, es möge diese im Leben jedes katholischen Kindes jedweder Nationalität hochheilige Zeit nicht zur Erstrebung anderer Zwecke mißbraucht werden.“ So schrieb unlängst an seine Geistlichkeit der hochwürdige Herr Erzbischof von Posen.

Verteidigen wir entschieden, aber ruhig und ohne Haß gegen die Deutschen, unsere heiligen Rechte und den katholischen Glauben! Schämten wir uns

nicht, verleugnen wir unsere polnische Abstammung nicht!

Ihr lieben Leser, leset diese Worte den polnischen Eltern vor, die ihre Kinder in den deutschen Vorbereitungsunterricht schicken, damit sie ihren Fehler erkennen und ihn wieder gut machen! Und Ihr selbst sollt nicht zu denen gehören, die sich als Polen betrachten und dabei die Germanisierung ihrer Kinder zulassen. Eure Kinder können und sollen die deutsche Sprache lernen, sie sollen sich aber nicht germanisieren, sie müssen den Vorbereitungsunterricht polnisch empfangen, und sie sollen wie Ihr Polen bleiben.

Mütter, polnische Frauen, erwachet vom Schlaf Eurer Gleichgültigkeit, denn es ist nicht „alles eins“ (wie Ihr häufig jaget), ob Euer Kind den polnischen oder den deutschen Katechismusunterricht besucht.

Mein Wunsch ist, auch andere polnische Zeitungen möchten diese Worte abdrucken und verbreiten, und die Leser unaufhörlich aufklären, daß der Vorbereitungsunterricht in der Muttersprache erteilt werden muß. — Man muß vorstellen, ermahnen, belehren ohne Unterlaß, beharrlich, jahraus jahrein, bis sich die Verhältnisse zum Bessern wenden.

Geistlicher Kotulinski, ein Altpole.

(Unter Altpolen ist Schlesien zu verstehen. — Die Red. des Gesamtüberblicks.)

Aus Nr. 253 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)

vom 2. November 1905:

Aus Mittelschlesien.

Gewöhnlich sagen die Hafatisten, daß sie nicht die Absicht hätten dem polnischen Volke seine Muttersprache und die polnischen Sitten und Gebräuche zu nehmen. Sie wollen angeblich nur, daß wir Polen uns als Preußen betrachten und preußisch fühlen.

So sprechen sie, doch die Taten lehren uns, daß überall dort, wo kein polnisches Selbstbewußtsein herrscht, wo kein Widerstand gegen derartige hafatistische Gellüste vorhanden ist, die polnische Bevölkerung sich verdeutscht, ihre polnische Sprache, polnischen Sitten und Gebräuche einbüßt und vollständig deutsch wird. Man kann nämlich nicht deutsch fühlen und gleichzeitig sich die polnische Sprache und die polnischen Sitten erhalten.

Unlängst meldeten hafatistische Blätter mit großer Freude, daß in Rowalewis in Mittelschlesien (Kreis Namslau) ein Lehrer Dlugon lebe, welcher seit beinahe 50 Jahren schon das Dorf germanisiere und es germanisiert habe, so daß die hafatistischen Blätter ihn als den „Pionier des Deutschtums“ bezeichnen.

Vor 50 Jahren sprach niemand in dem Dorfe deutsch; das Dorf war beinahe rein polnisch. Aber dem Volke fehlte das Nationalbewußtsein, niemand klärte die dortigen Polen auf und der Pionier des Deutschtums, Dlugon, germanisierte alle in der Schule so, daß heute leider das ganze Dorf bereits germanisiert ist. Nur sehr selten kann man in dieser Gemeinde noch ein polnisches Wort hören.

Dies ist recht traurig, um so trauriger, als der Germanisator einen unalten polnischen Namen trägt. Daraus können wir jedoch die Lehre entnehmen, daß wir uns von der Germanisierung durchaus hüten müssen, wir dürfen nicht dem ersten Besten Blindlings folgen, sondern wir müssen die Jugend polnisch und katholisch erziehen. Wir dürfen nicht die von den Lehrern veranstalteten Vergnügungen besuchen und auch nicht

unsere Kinder dort hinschicken, denn fast alle Lehrer germanisieren. Seien wir vorsichtig den Lehrern gegenüber!

Aus Nr. 129 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 2. November 1905:

Aus Oberschlesien.

Polnische Eltern! Es rückt wiederum die Zeit heran, in welcher unsere Kinder den Vorbereitungsunterricht zum Empfang der heiligen Sakramente erhalten sollen. Es ist dies der wichtigste und heiligste Augenblick im dem Leben eines Menschen. Es ist dies eine Sache der Seele und des Herzens.

Polnische Eltern! An Euch wende ich mich heute und bitte dringend: nehmet Euch Eurer Kinder aufrichtig an! Es handelt sich nicht um irgend ein weltliches Ziel, um ein Prahlén mit dem Deutschtum, sondern um die Zukunft der Seelen Eurer Kinder.

Polnische Eltern! Werdet Ihr in einer so wichtigen Angelegenheit gestatten, daß sie sich in einer fremden, für sie unverständlichen Sprache vorbereiten? Wie viele polnische Eltern werden da noch gleichgültig dieser Sache gegenüber stehen? Gott gebe, daß es keine gäbe. Solche Kinder, welche zu Hause polnisch sprechen und beten, dürft Ihr unter keinen Umständen in den deutschen Unterricht schicken. Die polnischen Kinder müssen den Vorbereitungsunterricht in ihrer Muttersprache, d. i. in der polnischen Sprache, erhalten.

Liebe Eltern! Hierin hat Euch die Schule nichts zu befehlen. Dieses bishen Freiheit ist uns noch geblieben, halten wir deshalb fest an ihr, werden wir nicht zum Judas und verkaufen wir nicht die Herzen unserer Kinder an die Germanisierung.

Ich höre, daß in einer der Schulen in Rudanamentlich die Lehrerinnen die polnischen Schulkinder zum deutschen Unterricht drängen, indem sie ihnen vorreden, daß sie doch im deutschen Reiche lebten und unser Kaiser sehr gut wäre und wünsche, daß alle deutsch seien.

Polnische Kinder! Beachtet derartige Reden der Lehrer nicht; tut Eure Pflicht. Vielleicht will jene Lehrerin die Ostmarkenzulage erhalten.

In einer Klasse der dortigen Schulen forderte die Lehrerin diejenigen zum Aufstehen auf, welche den polnischen Katechismus besuchen wollten. Hierauf erhoben sich alle Mädchen von ihren Plätzen (Ehre sei ihnen dafür! Red.), mit Ausnahme von dreien. Der Lehrerin paßte die Erklärung gar nicht, sie fing deshalb an, vom „Vaterland“ Moral zu predigen, aber die Mädchen blieben standhaft. Ehre sei ihnen dafür und Ehre den Eltern, daß sie ihre Kinder polnisch erziehen.

Lehren wir die Kinder polnisch lesen und schreiben, das müßte die Lösung für alle polnischen Eltern sein. Lassen wir nicht unsere Kinder ein Raub der Germanisierung werden, sondern erziehen wir sie zu guten Söhnen und Töchtern unseres unglücklichen Vaterlandes.

Mit dem Beginn des Winters werden wieder verschiedene Unterhaltungsabende stattfinden, in welchen die Lehrer und Lehrerinnen ihre Schulkinder wieder werden verführen wollen. Polnisch-katholische Eltern! Auch nicht ein polnisches Kind darf bei solchen Vergnügungen zugegen sein. Die Kinder müssen in die Kirche und nicht in den Wirtschaftssaal geführt werden, wo sich doch ihre Seelen anstecken können. Polnische Eltern! Wollet Ihr in Eurem Alter glückliche Augenblicke haben, so ge-

stattet Euren Kindern nicht, daß sie, auf Zureden der Germanisatoren in ihrer Jugend die Zeit in den Kneipen zubringen, denn was werdet Ihr dann, wenn sie erwachsen sind, für eine Freude an ihnen haben? Dann wird es zu spät sein denn:

„Wird der Kufuf auch noch so alt,
Er schreit immer dasselbe Lied in den Wald!“

Aus Nr. 84 des Polak (Rattowig)

vom 9. November 1905:

Die Auflösung des Reichstags

wird sehr ernsthaft für den Frühling künftigen Jahres vorausgesetzt. Die Regierung wird dem Reichstag auf einmal vier Sachen zur Beratung vorlegen und zwar: den Etat, die Reform der Reichsfinanzen oder richtiger neue Steuern, die man uns auferlegen will, das Militärpensionsgesetz und die Vorlage betreffend die Vermehrung der Flotte. Die Regierung hat die Hoffnung daß der Reichstag ihr sofort neue Abgaben und die zur Verstärkung der Flotte notwendigen Gelder bewilligen wird. Was den letzten Punkt anbetrifft, so irrt sich die Regierung und zwar mächtig. Im Reichstag befindet sich eine ansehnliche Anzahl Abgeordneter, die alle Kräfte daransetzen werden, daß die Regierung keine neuen Mittel zu Flottenzwecken erhält. Die Regierung will durchaus neue Kriegsdampfer haben und begründet dies damit, daß Deutschlands Weltmachtstellung sich verschlechtert hat und das Reich auf einen Krieg vorbereitet sein muß. Man kann sich schließlich auch gar nicht mehr wundern, daß Deutschland immer mehr Feinde hat, wenn der Kaiser auf eigene Hand kriegerische Reden hält und der ganzen Welt droht. Die Pflicht des zukünftigen Reichstages wird es sein, dem Kanzler zu fragen, ob er Kenntnis von diesen Reden gehabt und sie gegengezeichnet habe, bevor sie gehalten wurden. Bekanntlich ist der Kaiser für sie nicht verantwortlich, sondern für seine politischen Handlungen ist der Minister verantwortlich, und dies ist der Reichskanzler.

In jedem Falle wendet die Regierung alle Mittel an, um Gelder zu neuen Dampfern zu bekommen. Wenn der Reichstag ihr die Mittel verweigert, — nach unserer Ansicht müßte er dies tun — dann beabsichtigt die Regierung den Reichstag aufzulösen und neue Wahlen auszusprechen. Wir müssen uns also auf alle Fälle vorbereiten und die Vorbereitungen zu neuen Kämpfen treffen. Die Wahlorganisation muß verbessert werden, und man muß in jeden Winkel greifen. Vor allen Dingen muß unser Wahlkomitee sich diese Sachen angelegen sein lassen und mit den Vorbereitungsarbeiten beginnen. Die Vandsleute dürfen ebenfalls mit der Agitation nicht aufhören und müssen mit voller Kraft an der Erweckung des Selbstbewusstseins der trägen und verführten Mitbrüder arbeiten. Wenn der Reichstag im künftigen Jahre aufgelöst werden würde, dann denkt alle daran, daß wir aus Oberschlesien nach Berlin nicht einen, sondern mindestens 5—6 nationale Abgeordnete senden müssen, die dann in die polnische Fraktion eintreten werden.

Um dies zu erreichen, ist vor allen Dingen nationale und politische Aufklärung notwendig. Infolge des Saalmanuels und der polizeilichen Schikanen können wir keine Versammlungen abhalten. Deshalb bleibt uns nur ein einziger Weg übrig: Die Verbreitung polnischer Zeitungen und besonders die des Polak. Der Leser des Polak weiß, wie man für

die nationale und die Volkssache arbeiten muß, wie man die anderen aufklären und über unsere nationalen und religiösen Rechte belehren muß. Deshalb, geliebte Brüder, agitiert für den Polak, wo Euch sich nur immer Gelegenheit bietet, damit wir um so schneller die deutschen Blätter aus den polnischen Häusern verdrängen, diese Blätter, die das Volk nur verführen und verdummen.

Werbet neue Leser für den Polak, damit sich die Reihen der Nationalen zu Zehntausenden vermehren und zwar solcher Leute die stets bereit sind, unsere Rechte zu verteidigen.

Aus Nr. 252 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 31. Oktober 1905:

Ein neuer Sieg in Oberschlesien.

Aus Myslowitz wird uns geschrieben:

In der Pfarochie Schoppinitz-Rodzina (im Kreise Rattowig) wurden zu Vertretern der katholischen Kirchengemeinde, wie auch zu Mitgliedern des Kirchenvorstandes ausschließlich Polen gewählt. Es ist dies die erste Pfarochie Oberschlesiens, in der Kirchenvorstand und Gemeindevorstellung aus lauter Polen bestehen.

Die Gemeinde Schoppinitz-Rodzina zählt etwa 30 000 Einwohner, und es könnte so mancher Pole, der in der Provinz Posen kimmerlich sein Dasein fristet, dort, wie auch im nahen Myslowitz ein gutes Fortkommen finden. Es gibt in Myslowitz bereits einen polnischen Rechtsanwalt, der zugleich auch das Notariat ausübt, ferner ein polnisches Café und seit einigen Tagen einen polnischen Apotheker, der die hiesige Drogerie erworben hat, und allen diesen Herren geht es sehr gut. Es fehlen uns nur noch Handwerker; auch ein Zahnarzt oder Zahntechniker hätte hier eine gesicherte Existenz. Was hilft der Ruf: „Jeder zu dem Seinen!“ wenn es uns an den Unsrigen fehlt, bei denen man seine Bedürfnisse befriedigen könnte!

Vor den Deutschen brauchen wir uns nicht zu fürchten, wir wissen, daß in unserer Stadt bei den Wahlen, welche vor zwei Wochen stattfanden, Herr Korstanty 750 Stimmen erhielt. Und von wem haben sie dann schließlich hier? Doch nur von den Polen welche aus Galizien oder aus dem Königreich kommen und die, ob sie es wollen oder nicht, ihr Geld zu den Fremden hintragen.

Sitzen wir deshalb nicht einer dem andern auf dem Halse, denn hier in Schlesien läßt sich noch vieles machen!

Aus Nr. 82 des Polak (Rattowig)

vom 4. November 1905:

Deutsche Beamte.

Der Hakatismus feiert immer neue Triumphe. Er hat heute nicht nur die Kreise privater Leute durchdrungen, sondern auch die Staatsbeamten, die sogar den Schatten der Parteilichkeit meiden sollen, machen aus ihrer hakatistischen Gesinnung kein Geheim, ja sie rühmen sich dessen sogar. So oft dies ein höherer Beamte in Gegenwart eines unteren Beamten tut und ihn zur Verteidigung des „bedrohten“ Deutschtums anspornt, sieht der untergeordnete Beamte, der sich häufig wieder durch Kenntnis der Gesetze, noch durch Bildung auszeichnet, solche Ermahnungen seines Vorgesetzten als eine Aufforderung an, die polnische Bevölkerung zu kränken und zu schikanieren.

Unlängst vergaß sich in Westpreußen ein Richter soweit, daß er polnischen Wirten eine Predigt hielt, sie möchten sich germanisieren und das Deutschtum verbreiten. Zu solchen Richtern kann die polnische Bevölkerung absolut kein Vertrauen haben, denn sie muß sie stets als parteiisch, d. i. als solche Richter betrachten, welche die Polen mit einem anderen Maß messen als die Deutschen. Und daß es so geschieht, wissen wir z. B. aus dem, von unseren polnischen Redakteuren angestrebten Prozessen, daß sie sie nämlich häufig mit einem anderen Maße messen als die Deutschen und ihnen weit strengere Strafen auferlegen als deutschen Redakteuren. Wie oft gehen doch die Gerichte deutschen Redakteuren recht, daß sie als Deutsche berechnigte Interessen verteidigt haben, wenn sie gegen die Polen feindselig vorgingen. Polnischen Redakteuren dagegen werden solche mißverständliche Umstände niemals zuerkannt.

Aber auch Verwaltungsbeamte scheinen zu vergessen, da sie bei dem Volke nicht den Verdacht erwecken sollen, sie seien parteiisch. Leider ist dem nicht so. Im verfloffenen Woche wurde in der neuen Gemeinde Zabrze der neue Gemeindevorsteher eingeführt. Unlänglich dessen wurde ein großes Fest gegeben, an welchem verschiedene Beamte kleine Gelegenheitsreden hielten. Allgemeine Aufmerksamkeit erregte die Rede des Landrats Herrn Ziller aus Zabrze, der nach deutschen Blättern u. a. folgendes gesagt haben soll: „Oberschlesien, welches früher ein gut preussisches und deutsches Land war, ist heute infolge gewissenloser Agitation für das Deutschtum fremd, zum Gegenstand des Kampfes zwischen dem deutschen und polnischen Element geworden. Die letzte Reichstagswahl hat selbst dem Einfältigsten die Augen geöffnet, in welcher Gefahr sich hier das Deutschtum befindet. Man kann nicht erwarten, daß die polnische Bewegung in den nächsten Tagen und Jahren nachlassen wird, Oberschlesien wird lange Jahre hindurch ein Feld des Kampfes sein. Daher hat unsere Gemeinde das Recht, eine Feste gegen das Polentum zu sein und das Deutschtum zu unterstützen. Für die deutschen Bürger müssen nationale Rücksichten entscheidend sein.“

Der Herr Landrat scheint gänzlich vergessen zu haben, daß Zabrze eine polnische Gemeinde ist, daß man die Deutschen daselbst an den Fingern zählen kann; ferner, daß nicht nationale Rücksichten für die Tätigkeit der Gemeinde und ihrer Beamten entscheidend sein sollen, sondern ausschließlich Rücksichten auf das Gesetz, das für alle gleich sein soll, Rücksichten auf das öffentliche Wohl und auf die Gerechtigkeit. Es ist auch zum mindesten sonderbar, daß es der Herr Landrat wagt, sich öffentlich über eine gewissenlose polnische Agitation auszulassen.

Unsere Agitation ist nicht gewissenlos, im Gegenteil, sie ist ein Kampf mit der Bedrückung, ein Kampf um Rechte und Güter, welche für jede Nation heilig sind. Oberschlesien war im übrigen nie ein deutsches Land, es war und ist polnisch, der Herr Landrat aber hat sich es wohl träumen lassen, daß Oberschlesien jemals deutsches Land gewesen sei.

Kurz gesagt, wir drücken unsere Verwunderung darüber aus, wie ein höherer Staatsbeamter solche Reden halten kann. Er hat dadurch weder sich, noch dem neuen Gemeindevorsteher einen Dienst erwiesen, denn nach dieser kriegerischen Rede kann das polnische Volk weder ihm, noch dem Gemeindevorsteher Vertrauen entgegenbringen.

Aus Nr. 256 des Gornoślazak (Kattowitz)

vom 7. November 1905:

Wer ist der wahre Freund des Arbeiters?

Zaborze.

Am verfloffenen Montag hatten die Vertrauensmänner der Königin Luise-Grube eine Sitzung, in welcher Bergrat Salzbrunn die Satzungen der Arbeitsordnung verlas und zugleich die Versammelten aufforderte, sie zu unterzeichnen, d. h. daß sich die Versammelten als Vertreter mit allem einverstanden erklären sollten, was diese Ordnung enthält. Was sie enthält, das wissen alle Arbeiter aus den Zeitungen, und wenn sie auf diese Arbeitsordnung eingehen, so werden sie aus dem Regen in die Traufe gelangen. Obwohl die Arbeitsordnung mit ihren Satzungen aus den Arbeitern Sklaven macht, haben sie alle mit Ausnahme des Herrn Galonzka unterschrieben. Und diese „Vertreter“ und „Verteidiger“ der Arbeiter, die die Arbeiter in so furchtbarer Weise verkauft haben, sind alle Anhänger der Sozialdemokratie. Nur Herr Galonzka, welcher der christlichen Organisation angehört, ist für die Arbeiter eingetreten und hat sich dadurch der Ungnade der Brotgeber ausgesetzt.

Arbeiter! Hat Euch das alles die Augen nicht geöffnet? Ihr selbst habt es gehört, wie während des Streiks alle Sozialdemokraten schrien, daß nur sie Beschützer der Arbeiter seien, wie alle den Beuthener Verband verunglimpften, indem sie ihn den „Verband vergeblicher Hilfe“ nannten! Heute nun könnt Ihr Euch überzeugen, daß diese sozialdemokratischen „Verteidiger“ Euch bei der ersten besten Gelegenheit schändlich verraten, um nur die Gunst der Herren zu gewinnen. Der einzige Galonzka nahm die Arbeiter in Schutz und, indem er alle Verkäufer auf ihr schändliches Verhalten aufmerksam machte, forderte er von dem Bergrate, er möge noch eine Sitzung einberufen, indem er darlegte, daß er, ohne die einzelnen Paragraphen erwogen zu haben, nicht sofort eine Antwort erteilen könne. Dadurch hat sich Herr Galonzka die Ungnade der Herren zugezogen und er muß auf das gefaßt sein, was den Herren Byka und Schworc begegnet ist.

Brüder, Arbeiter! Wenn dieses Los Herrn Galonzka wirklich treffen sollte, so dürfen wir ihn nicht unkommen lassen, sondern wir müssen uns gegenseitig die Hand reichen und für ihn eintreten, wie er es für uns getan. Wir werden für ihn aber nur dann eintreten, wenn wir alle Mitglieder des „Verbandes gegenseitiger Hilfe“, dessen Mitglied er ist, werden wollen.

Brüder! Die Sozialdemokraten müssen wir meiden, denn sie können nur schreien und schelten, wenn sie aber für die Arbeiter eintreten sollen, so sind sie nicht zu finden, da hat der Teufel ihren Mut geholt.

Brüder! Nicht der ist Euer Freund, der beim Bier den Freund spielt (und so sind die Sozialdemokraten), sondern derjenige, der die Trunksucht bekämpft und die Arbeiter im nüchternen Zustande verteidigt, und ein solcher ist der Vertrauensmann und das Mitglied des Beuthener Verbandes Silvester Galonzka.

Brüder! Verlassen wir uns nicht auf die Sozialdemokraten, denn diese üben nur Verrat an uns und helfen uns nichts, wir müssen uns vielmehr selbst helfen, indem wir alle wie ein Mann dem Verbande gegenseitiger Hilfe beitreten. Für Zaborze und Umgegend nimmt Meldungen für den Verband Herr Karl Piecha entgegen. Ein Arbeiterfreund.

Aus Nr. 255 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 5. November 1905:

Z a b r z e.

Der Zeitartikel in Nr. 240 des Gornoslazak unter der Überschrift „Was nun?“ hätte unter denkenden Menschen großes Interesse erwecken müssen. Obgleich der Verfasser des Artikels die Leser bittet, in der berührten Angelegenheit das Wort zu ergreifen, hat außer dem Gleiwitzer Hanswurst (Intelligenzblatt) aus dem breiteren Publikum in dieser Sache niemand das Wort ergriffen.

So ist es. Die Wahlen sind nur ein Mittel, das uns zum Ziele führt. Vernachlässigen dürfen wir sie nicht. Um so mehr aber müssen wir die kulturelle Seite unseres sozialen Lebens im Auge behalten. Als Nation, die durch ihre glänzende geschichtliche Vergangenheit bekannt ist und mit eigener Brust die Kirche und die westliche Zivilisation vor asiatischen Eindringlingen geschützt hat, können wir nicht im Meere der Germanisation untergehen, noch eine Beute der nichtswürdigen Giftmischer der Gesellschaft, der Sozialisten, werden; wir müssen uns durchaus kulturelle Unabhängigkeit als Grundlage unseres selbständigen Lebens und selbständiger Entwicklung erkämpfen. Heute denkt niemand mehr an einen bewaffneten Aufstand, es wäre doch geradezu Selbstmord, sich mit der Waffe in der Hand auf starke Kriegsscharen zu stürzen, — unser wartet eine andere Arbeit, die Arbeit an der Hebung der heimatischen Kultur und der Aufklärung, denn heute ist Arbeit unsere Waffe, Licht und Verstand unsere Kelle, Verstand und Wort unser Schwert. Heute können wir nicht mit bloßer Begeisterung kämpfen, die Zeit der Klagen und Lieder ist schon vorüber — „es ist Zeit, eine andere Saite zu berühren, den Stahl der Taten“. Wir müssen um unsere Rechte, unsere Erde, unsere Sprache kämpfen — und zwar still müssen wir kämpfen —, indem jeder an der Umgebung arbeitet, sie liebt, die Seelen für unsere nationale Sache gewinnt.

Laßt uns Licht gewinnen und laßt uns verstehen, dreist unseren Willen kundzugeben! Unsere Pflicht ist es, unsere Gegner in jeder Hinsicht zu überflügeln — und dazu tut uns Wissen und Charakterbildung not. Und dies alles können wir erreichen, wenn wir die Ausgaben für die überflüssigen alkoholischen Getränke verringern, den ersparten Groschen dagegen zum Ankauf geeigneter Bücher hingeben. Besonders die Jugend muß man an die Anschaffung guter Bücher gewöhnen. Diese Jugend, die so viele deutsche Bestandteile besitzt, ergötzt sich der Trunksucht, schwelgt, und zwar Dank dem Besen schlechter deutscher Bücher, Romane und anderer sogenannter kultureller Schmierchriften. Halten doch die Deutschen treu zu den Grundsätzen ihres Propheten Luther, welcher lehrte: „Weiß, Wein und Gesang.“ Wenn unsere Jugend dieser deutschen Devise unterliegen wird, so laßt uns nicht hoffen, daß wir uns von unserem Fall erheben werden. Sich mit der Jugend befassen und sie aufklären, das ist unsere wichtigste Aufgabe. Der Landmann, welcher eine gute und reichliche Ernte haben will, wählt zur Saat das beste Saat Korn. Ähnlich verhält es sich mit der Jugend! Entreißen wir sie dem deutschen Rot, weisen wir ihr den Weg zum Leben, zur Jugend und Wissenschaft, und unsere Zukunft wird heiterer sein. Die Jugend ist unsere Zukunft, die Grundmauer und das Fundament des großen Gebäudes unserer Volksgemeinschaft. — Unwillkürlich kommt mir jener griechische Greis in den

Sinn, der schwieg, wenn andere Staatsmänner über die Hebung ihres gesunkenen Vaterlandes Beratungen pflogen. Als in den Greis gedrungen wurde, seine Meinung zu äußern, warf er auf die Erde einen verfaulten Apfel, der in einen Brei zerfiel. Als man den Greis bat, diese Erscheinung zu erklären, sagte er: Der Apfel ist verfault, der Kern aber ist gesund, bewahret ihn vor dem Verderben, pflanzt ihn, und eine gute Frucht wird aus ihm emporsprossen. Dieser Kern ist unsere Jugend — und darum ruft der Verfasser des Artikels „Was nun“ mit Recht aus: „Die Fibel, die Fibel!“

Ba — Ry.

Anmerkung der Redaktion:

Dem geehrten Korrespondenten danken wir herzlich für die schöne Zuschrift. Leider mußten wir viele Abschnitte auslassen, denn sie waren so scharf, daß wir uns zweifellos einen Brozok zugezogen hätten, wenn wir sie ihrem ganzen Inhalte nach veröffentlicht hätten. — Schließlich bitten wir, der geehrte Herr möchte unserer im Zukunft nicht vergessen; wir bitten jedoch um kürzere und öftere Aufsätze. Herzlichen Gruß!

Aus Nr. 251 des Glos Slaski (Gleiwitz)

vom 31. Oktober 1905:

Chropaczow.

Auf Veranlassung und auf Kosten der Kohlengrube „Schlesien“ wurde hier ein sogenanntes „Zugendheim“ für Kinder eröffnet. Es ist allgemein bekannt, daß alle solche „Heime“ den Zweck haben, die polnischen Kinder zu germanisieren, weshalb die polnischen Eltern ihre Kinder nicht in die „Heime“ schicken dürfen; keiner kann sie auf irgend eine Weise zwingen, ihre Kinder in das Heim zu schicken. Polnische Eltern, denkt daran, daß es nicht genügt, wenn ihr selbst euch als Polen fühlt, sondern vor allem müßt ihr eure Kinder in nationalem Sinne erziehen. Anstatt sie in das „Heim“ zu senden, heißt euren Kindern die Fibel in die Hand zu nehmen und lehret sie polnisch lesen und schreiben. Bewahren wir vor allen Dingen unsere Jugend vor der Germanisierung.

Aus Nr. 42 der Praca (Beuthen D.-S.)

vom 17. Oktober 1905:

Bericht über die Tätigkeit des „Verbandes gegenseitiger Hilfe“ für den Monat September 1905.

Rechtshilfe wurde erteilt und folgende Zahl von Angelegenheiten erledigt:

im Bureau zu Beuthen	540
„ „ „ Zabrze	231
„ „ „ Gleiwitz	29
„ „ „ Kattowitz	155
„ „ „ Rybnik	60
zusammen	1015

Aus der Begräbniskasse wurden an freiwilligen Beihilfen in 14 Todesfällen 515 Mk. ausgezahlt.

Der Vorstand

des Verbandes gegenseitiger Hilfe
christlicher Arbeiter in Oberschlesien.
Krolit.

Aus Nr. 45 der Praca (Beuthen)

vom 7. November 1905:

Angelegenheiten des Verbands gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter Oberschlesiens.

Achtung! Arbeiter! Schon seit längerer Zeit bemühen sich einige Herren, in unserem Oberschlesien den sogenannten „Berliner Verband“, der zunächst nur für deutsche Arbeiter gegründet worden war, auszubreiten. Sie veranstalten häufig Versammlungen, wobei ihnen weder die Gastwirte, noch die Polizeibehörden irgendwelche Schwierigkeiten bereiten, denn er ist ja ein durch und durch deutscher Verband, es ist ihm also manches erlaubt, während die Behörden die Entwicklung unserer Organisation hemmen und ihr verschiedene Hindernisse in den Weg legen.

Wir haben nichts dagegen, wenn diese Herren zu Gunsten ihres Verbandes agitieren, und wir denken nicht daran, ihnen darin in irgend einer Weise hinderlich zu sein, mögen sie dies jedoch nicht auf Kosten unseres Verbandes tun. Wir taten so etwas bisher nicht, nämlich wir bemühten uns niemals, durch unrichtige Darstellung von Tatsachen Mitglieder des „Verbands“ in unseren Verband hineinzuziehen. Indes erlaubt sich ein Beamter des „Verbands“, fast in jeder Versammlung Unwahres zu sprechen, nämlich daß der „Berliner Verband“ oder der „Beuthener Verband“ ein und dasselbe seien, denn der letztere werde sich sowieso früher oder später mit dem „Verbande“ verschmelzen. So geht Herr Musiol, der Sekretär des Berliner „Verbands“, ehemals Aufseher in einer Kohlengrube, vor. Schon einmal wurde er seitens des Vorstands ermahnt, dies zu unterlassen, nichtsdestoweniger aber redet er den Leuten in Versammlungen Unwahrheiten vor; augenscheinlich ist dies für ihn ein sehr beliebtes Thema, über das er vor Arbeitern spricht. Daher rufen wir aus: Achtung! Arbeiter! Laßt euch nicht betören und glaubet nicht, wenn Herr Musiol sagt, daß der „Verband gegenseitiger Hilfe in Beuthen“ eine Verschmelzung mit dem „Berliner Verband“ anstrebt. Wir erklären, daß wir nie an eine Verschmelzung mit irgend einem deutschen „Verbande“ dachten, noch denken.

Was könnte uns übrigens an dem „Berliner Verbande“ gelegen sein, da wir unsere eigene Organisation haben? Wenn der „Verband“ nach seinem neuesten Flugblatte seine Wohltaten preist, so kann man ihm darauf entschieden in der Weise antworten, daß ihr euch für eure eigene Organisation christlicher Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen erklärt und ihr möglichst zahlreich beitreten. Wozu in Berlin Hilfe suchen, wenn wir sie hier in Hülle und Fülle bequem erlangen können? Wenn es diesen Herren wirklich um das Wohl des polnischen Arbeiters zu tun wäre, so hätten sie sich schon längst gemeinsam mit uns die Stärkung unseres Verbandes angelegen sein lassen, der doch auf christlichen und katholischen Grundsätzen beruht. Wozu meiden sie uns daher und tun so, als ob wir Heiden oder Sozialdemokraten wären? Warum drängen sie sich uns hier mit ihren „deutschen Verbänden“ auf? Wir wissen es, und wenn diese Verbandsagitatoren nicht aufhören werden auf Kosten unseres „Verbands“ zu agitieren, so werden wir nicht verfehlen, ausdrücklich zu erklären:

Arbeiter! tretet zahlreich eurer eigenen Organisation, der polnischen Organisation bei, die euch die gleichen, oder noch größere Vorteile sichern kann, als irgend ein deutscher „Verband.“ Der Landsmann zum Landsmann!

Der Vorstand des Verbands gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter Oberschlesiens.

Aus Nr. 132 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 9. November 1905:

Von Herrn Musiol erhalten wir eine Berichtigung des vom Vorstand des „Verbands gegenseitiger Hilfe“ erlassenen Aufrufs. Nach Streichung der beleidigenden Worte lautet sie wie folgt:

1. Es ist nicht wahr, daß der „Verband der katholischen Arbeitervereine mit dem Sitz in Berlin“ durch und durch deutsch ist; außer den polnischen Mitarbeitern, die in der Bewegung der katholischen Arbeiter tätig sind, hat der Verband für die Polen das polnische Blatt Robotnik.

2. Es ist nicht wahr, daß die Herren dieses Verbandes auf Kosten des „Verbands gegenseitiger Hilfe“ zu Gunsten einer Verschmelzung der Verbände agitieren.

3. Es ist nicht wahr, daß ich den Leuten in Versammlungen Unwahres vorrede. Ich verlange Widerruf dieser meinen Ruf und meine Ehre verletzenden Beleidigung, denn das, was ich in Versammlungen spreche, kann ich jederzeit durch Tatsachen beweisen. Ich bin Arbeiter (und kein Beamter, was ich längst hätte werden können, wenn ich in das „Horn der Herren“ blasen wollte), und in meiner 27-jährigen Arbeit habe ich mir im Bereiche des Arbeiterwesens praktisches Wissen angeeignet, um den katholischen Arbeitern ohne Unterschied der Nationalität und Sprache zu einer Besserung ihres schweren Loses auf zeitgemäßem Wege zu verhelfen. Welche Organisation für die Arbeiter in Oberschlesien mehr ausrichten wird, das wird uns die Zukunft zeigen, und diese Taten wird kein Verband, kein Vorstand, sondern allein das Arbeitervolk nach seiner Erfahrung beurteilen. Ob es mir wirklich um das Wohl des polnischen Arbeiters zu tun ist, das weiß mein eigenes Gewissen und Gott, der mich für meine Taten richten wird.

Josef Musiol,
Vorsitzender der Gewerkschaften der Berg- und Hüttenleute des „Verbands katholischer Arbeitervereine“
(mit dem Sitz in Berlin).

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 251 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 30. Oktober 1905:

G l a d b e c k.

Hier selbst ist ein Gesangs- und Musikverein unter dem Namen „Wanda“ gegründet worden, zu dessen Vorsitzenden Herr Joseph Witecki gewählt wurde.

Den neuen Sängern viel Glück! — Ehre dem polnischen Liede.

Ein Freund des Gesanges.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)

vom November 1905:

Vom Gau X erhielten wir nachfolgendes Schreiben:

Richtigstellung des Berichtes über den Sokoltag in Winterswijk, veröffentlicht in Nr. 10 des Sokół.

Der Sokoltag, der am 24. September d. J. in Winterswijk stattfand, wurde nicht vom IX. Gau arrangiert, wie in dem Berichte fälschlich angegeben wurde, sondern vom Gau X, wogegen die Gaue VII und IX nur eingeladen wurden. Sowohl um die Erlaubnis der holländischen Behörden, als auch um den Saal usw. bemühte sich eine Kommission, die aus

der Mitte des Ausschusses gewählt war und zu welcher gehörten: der Gauvorsitzende Kamerad Johann Baranski und der Gauturnwart Kamerad Stanislaus Kochowicz aus Wanne. Erst nach Beseitigung sämtlicher Schwierigkeiten setzten wir den Termin des Gautages fest und luden die benachbarten Gaue ein.

Was den weiteren Inhalt des vorerwähnten Berichtes anbetrifft, so weist er viele Ungenauigkeiten auf, was uns allerdings nicht allzusehr wundert, weil der Kamerad Zmudzinski erst $\frac{1}{2}$ 1 Uhr Nachmittags eintraf und daher den Verlauf nicht kennen kann.

Unsererseits, also seitens des arrangierenden Gaues, berichten wir über den Verlauf folgendes:

Die Beteiligung der Kameraden unseres Gaues kann man befriedigend nennen. Alle Vereine unseres Gaues, Steele ausgenommen, folgten unserem Rufe und stellten sich in einer Zahl von 300 Kameraden. An den Freiübungen, die von dem Gauturnwart Kameraden Kochanowicz entworfen waren, nahmen 104 Kameraden teil. — (Der Bericht über die Geräteübungen wird noch von dem Kameraden Kochanowicz mit technischen Anmerkungen erstattet werden.) Der Gesamteindruck war ein sehr günstiger; überall konnte man guten Willen und Begeisterung für die Sache sehen. Der erste Zug, zu welchem der Gauvorstand offiziell einige Eisenbahnwagen bestellt hatte, verließ Wanne früh 4 Uhr 53 M.; um 6 Uhr 30 M. Vorm. befanden wir uns auf holländischer Erde in Winterswijk. Auf dem dortigen Bahnhofe erfuhren wir niedliche Sachen. Ein angesehener Bürger, der Hotelbesitzer Jding, trat an den Kameraden Baranski heran und teilte ihm mit, daß uns die preussische Polizei auf telegraphischem Wege als gefährliche Revolutionäre usw. beschrieben habe. Eine entsprechende Versicherung des Kameraden Baranski beruhigte Herrn J. und ebenso wurde auch das übrige zuschauende holländische Publikum durch das durchaus musterhafte Benehmen der Kameraden beruhigt.

Auf das Kommando des Gauturnwarts Kameraden Kochanowicz stellten wir uns zu Vieren auf und marschierten, mit dem flatternden Banner an der Spitze, nach dem Übungsplatz. In kurzer Zeit waren die Geräte aufgestellt und verteilt und nach einem kleinen Frühstück, währenddessen Kamerad Baranski erklärte, daß alkoholhaltige Getränke nicht ausgeschenkt würden, begannen die Geräteübungen. Während der Übungen wurde Mitteilung von der Annäherung des zweiten Zuges gemacht. Wir entsandten das Banner und eine Abteilung Kameraden zur Begrüßung der Ankommenden, die sich hauptsächlich aus Gästen des IX. Gaues zusammensetzten. Sie wurden nach dem Übungsplatz geführt, wo Kamerad Kochanowicz die übrigen Kameraden auf beiden Seiten zu Vieren aufgestellt hatte, die das Banner salutierten und die Ankommenden begrüßten. Darauf begaben wir uns auf das Kommando des Vorsitzenden des Sokoltages, Kameraden Baranski, in Reih und Glied, das Banner an der Spitze, in die Kirche, die vom Altar bis zum Ausgang von Reihen zu 4 Mann angefüllt war. Nach dem Gottesdienst folgte das Mittagessen, währenddessen Kamerad Baranski eine herzliche Rede hielt, in welcher er uns zu musterhafter Ordnung und zu ausdauernder Arbeit aufforderte. Außer ihm sprachen die Kameraden Kochanowicz, Michael Kwiattowski, Zmudzinski, Kwasniewski, Jankowski und Nowak. Die zwei letzten Kameraden hielten entsprechende Deklamationen.

Nach dem Mittagessen machten wir uns an die Arbeit, d. h. an das Turnen. Die Holländer sahen den Übungen mit sichtlicher Sympathie und mit Interesse zu, sparten auch nicht mit Zeichen ihrer Anerkennung. Es muß noch erwähnt werden, daß den Turnübungen die vom Vorstand besonders eingeladenen Personen,

bessere Bürger wie z. B. Redakteure, Ärzte, Lehrer usw., bewohnten. Indessen war der Bürgermeister, wie Herr Zmudzinski berichtet hatte, nicht da. Um 8 Uhr Nachmittags brachten wir mit einer Musikkapelle, die national-polnische Weisen spielte, den IX. Gau zur Bahn. Nach Rückkehr der zurückgebliebenen Kameraden begann die Polonaise, die vom Kameraden B. Lenartowski aus Herne angeführt wurde, und es entwickelte sich dann ein sehr harmonisches Vergnügen, an dem viele holländische Damen Anteil nahmen. Das Vergnügen dauerte bis 3 Uhr früh, d. h. bis zu der Zeit, wo wir zum Zuge gehen mußten, um mit lieben Erinnerungen und mit neuem Mut zu weiterer Arbeit in das Land „der Ordnung und Gottesfurcht“ zurückzukehren.

Zum Schluß drücken wir unsern herzlichsten Dank aus: dem Kameraden Michrzynski für das Spenden eines schönen Bildes als ersten Preis, der Firma Ganowicz u. Wleklinski aus Posen für die übersandten 100 Mark, der Firma W. Kasprowicz in Gnesen für die übersandten 50 Mark. Wir fordern die Kameraden auf, daß sie dafür stets daran denken und immer die Losung beherzigen: „Der Landsmann zum Landsmann!“

Al! Heil!

Der Vorstand des X. Gaues.

Johann Baranski, Johann Kwiattowski,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)

vom November 1905:

Rechenchaftsbericht vom 9. September 1904 bis 10. September 1905.

Altstaden.

Unser Verein zählte 16 Mitglieder. Im Laufe des Jahres waren wir gezwungen 4 Mitglieder wegen Nichtzahlens der Beiträge aus dem Mitgliederverzeichnis zu streichen. Wir hielten 12 Versammlungen ab, darunter zwei Generalversammlungen und zwei außerordentliche Versammlungen. Die Einnahmen in dieser Zeit betrugen 391,84 Mk., die Ausgaben 292,10 Mk., sodaß in der Kasse 99,74 Mk. verblieben. Der Verein besitzt eine Lustbühne, 14 Stangen, 10 Stäbe, Reck und Barren, auf die er noch 80 Mk. schuldig ist. Unser Verein beteiligte sich an vier Stiftungsfeiern und an dem Sokoltage, an welchem fast alle zugegen waren. Ebenso veranstalteten auch wir vier Vergnügungen, bei welchen stets gymnastische Übungen vorgeführt wurden. Am Sonntag, den 10. September fand eine Generalversammlung, zugleich auch die Wahl des Vorstandes statt. Die Zahl der Kameraden wuchs in der Generalversammlung auf 20 an und dies verdanken wir dem Verein Oberhausen, II. Abteilung, dessen ganzer Vorstand beitrug, um den Verein aus seiner Trägheit wachzurütteln. In den Vorstand wurden nachfolgende Personen gewählt: Vorsitzender: Dr. Stanislaus Kusnierek, Vertreter: Josef Lazarewicz, Schriftführer: Johann Bendasz, Vertreter: Vincent Czwojbrat, Schatzmeister: Michael Orzelczyk, Vertreter: Fr. Kerek, Turnwart: Ignaz Piaszczyński, Beisitzer: Johann Horola und Bartholomäus Bajta.

Sämtliche Briefe, die den Verein betreffen, bitten wir an den Vorsitzenden zu senden.

Stanislaus Kusnierek,
Polnische Buchhandlung,
Oberhausen, Marktstr. 99.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)
vom November 1905:

Alteneffen.

Rechenchaftsbericht

über die Tätigkeit unseres Vereins von seiner Gründung, d. h. vom 27. September 1903 ab.

Der Vorstand wurde in der Sitzung vom 4. Oktober 1903 gewählt. Im Laufe des Vierteljahrs traten dem Verein 10 Kameraden bei, sodaß am Schluß des Jahres 1903 die Zahl der Kameraden 28 betrug. In diesem Vierteljahr waren 6 Sitzungen abgehalten worden. Am 10. Januar 1904 fand eine Generalversammlung statt, in welcher ein neuer Vorstand gewählt wurde. Diesem Vorstand gehörten folgende Kameraden an:

Vorsitzender: Valentin Nowak,
Vertreter: Ignaz Lis,
I. Schriftführer: Joseph Nowak,
II. Schriftführer: Johann Tomczak,
I. Schatzmeister: Mathias Becelowski,
II. Schatzmeister: Joseph Szejepaniak,
Kassenrevisor: Johann Banaszak,
Kassenrevisor: Roch Wawrzyniak,
Turnwart: Anton Blazczyk,
Vertreter: Johann Tomczak.

Im Laufe des Jahres 1904 fanden 18 gewöhnliche und eine Generalversammlung statt, bei einer Beteiligung von durchschnittlich 25 Kameraden. Die Zahl der Kameraden wuchs in diesem Jahre von 28 auf 78 an. Es wurden während der Sitzungen 13 Vorträge gehalten. Der Inhalt jener Vorträge festigte in unserm Verein den Sokolgeist und die Liebe zum Turnwesen. Die Zahl der Kameraden fiel am Schluß des verflossenen Jahres von 78 auf 47 und zwar aus Gründen, für die der Vorstand nichts konnte, so z. B. infolge Rückkehr nach der Heimat, Eintritt in das Heer, Arbeitswechsel, auch wegen Nichtzahlens der Monatsbeiträge. Der Sokoltag der hiesigen zwei Gaue, der sich angelegen sein ließ, den Sokolgeist zu wecken, als auch die Verbote und Schädigungen seitens der preussischen Behörden während des Posener Sokoltages bewirkten, daß nach dem Sokolstage sich unser Verein besser als jemals zu entwickeln begann. Bis zum August v. J. hatten wir 33 zahlende Kameraden, für die wir auch die Beiträge an den Verband abführten.

Aktive Kameraden hatten wir 25. Zu den Übungen, die wir einmal wöchentlich abhielten, fanden sich regelmäßig 13—14 Kameraden ein. Im Laufe dieser 5 Vierteljahre wurden folgende Übungen durchgeführt:

Im Jahre 1903: Freiübungen (Lemberger) und Übungen mit Stangen.

Im Jahre 1904: Übungen mit Stangen, Fährchen, Stäben, Lanzen, Trapez. Außerdem Gesellschaftsspiele: Labyrinth, Tag und Nacht, die reitende Nadel, dritten abschlagen. Im Laufe dieses Jahres beteiligte sich unser Verein an acht Sokolfesten, wobei er öffentlich auftrat.

Die Einnahmen des Vereins betrugen 330,87 Mk., die Ausgaben 307,30 Mk., sodaß für das Jahr 1905 ein Bestand von 23,57 Mk. verblieb. Der Wert der Geräte und Utensilien beträgt 127,00 Mk.

Im vergangenen Jahre hatten wir 3 Vergnügen. Am Sokoltag in Dortmund nahmen wir mit 15 Kameraden teil. Die Generalversammlung fand in diesem Jahre am 8. Januar statt und es wurde an

diesem Tage der neue Vorstand gewählt, dem folgende Kameraden angehören:

Johann Przybylski, I. Vorsitzender,	
Michael Wasielewski, Vertreter,	
Peter Nowak, I. Schriftführer,	
Thomas Cegielski, Vertreter,	
Joseph Malecki, I. Schatzmeister,	
Valerian Szymkowiak, Vertreter,	
Jan Banaszak	} Kassenrevisoren,
Joseph Nowak I	
Joseph Nowak II	} Beisitzer.
Johann Adamek	
Franz Schlagowski	
Anton Matujczak	

Zum Schluß berichte ich, daß während dieser Zeit den übenden Kameraden kein Unfall zugefallen ist, ausgenommen unsern früheren Vorsitzenden, Kameraden Valentin Nowak, den eine schwere Krankheit schon den zweiten Monat an das Krankenlager fesselt. Für seine eifrige, fleißige Arbeit und seine pöhlige Aufopferung für die Sokoliden rufen wir ihm ein herzliches „Gott vergelt's“ zu.

Alt Heil!

J. Przybylski, Vorsitzender.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)
vom November 1905:

Herne.

Noch immer über den Sokoltag in Holland.

Ich hätte nicht das Wort ergriffen und besonders nicht so spät, jedoch zwang mich hierzu der in unserm Organ über den 3. Sokoltag veröffentlichte Bericht. Der Anfang sowie auch der Schluß des Berichtes strotzen von Parteilichkeit, strotzen sozusagen vor Einbildung. Man muß erwähnen, daß einzig infolge der Bemühungen des X. Gaues der Gautag stattfinden konnte, und daß einzig der Vorstand des X. Gaues die Hand ans Werk gelegt hat, um den Gautag ins Leben zu rufen. Ferner ist es zum mindesten überflüssig gewesen, sich so breit über jene auszulassen, die während des Mittagessens das Wort ergriffen hatten; wenn aber schon einmal darüber gesprochen wurde, warum wurde dann nicht gesagt, daß der Kamerad M. Kwiattowski am kernigsten und am hervorragendsten gesprochen hatte, warum wurde denn der Kamerad Kwasniewski vergessen, der ebenfalls auf herzliche Weise einige Ausführungen wichtigen Inhalts zum Vortrag gebracht hat? Zu den Freiübungen des IX. Gaues muß ich bemerken, daß das laute Aufstampfen in Fällen wie es dort mit voller Kraft geschah, verboten ist.

Ich habe vorstehende Worte nicht geschrieben, um eben nur geschrieben zu haben, sondern ich hatte das allgemeine Wohl im Auge.

Alt Heil!

Ein Sokol.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)
vom November 1905:

Altendochum.

Am 27. August haben wir einen neuen Verein gegründet. Wir haben 27 Kameraden.

Valentin Wascefi.

Essen.

Mit Rücksicht auf die neue Aufgabe des Sokolturns beschloß auch unser Verein in der letzten Monats-

sitzung am 8. Oktober nach längerer Diskussion, zwei Versammlungen im Monat abzuhalten. In der einen besprechen wir laufende und Sachangelegenheiten, in der zweiten hören wir Vorlesungen und Vorträge, die jeden zweiten und vierten Sonntag nach dem Ersten stattfinden sollen.

Wir machen uns mithin aufrichtig an die soziale Arbeit, das Leben und die Idee des Sokol anzuregen. Schlimmer ist es bei uns mit dem Turnen bestellt, wiewohl wir Geräte haben. Zu den Turnübungen finden sich wenig Kameraden ein, überwiegend junge, die älteren haben sich mit Unrecht zurückgezogen.

Die Generalversammlung soll am 12. November im Saale des Herrn Post, Stendorferstraße, um 5 Uhr nachmittag stattfinden. Tagesordnung: Wahl des neuen Vorstandes und Bericht über die ganzjährige Tätigkeit unseres Vereins. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Aus Nr. 11 des Sokol (Posen)

vom November 1905:

Wanne I.

Am 15. Oktober d. Js. fand die jährliche Generalversammlung statt, in welcher der neue Vorstand anwesend war. Unser geehrter Vorsitzender, Kamerad Kochowicz, hat Wanne verlassen und den Vorsitz niedergelegt. Der neu gewählte Vorsitzende ist Kamerad Barthel Marciniak, sein Vertreter Ludwig Angler, Schriftführer Ignaz Kulski, Schatzmeister Anton Musielak, Turnwart Johann Dziubala. Zugleich teile ich mit, daß unser Sokol sich im Lokale des Kameraden Homburg, Schulstraße, befindet. Es ist dies das Lokal, wo auch die Sozialdemokratie verkehrt. Unser alter Gastwirt Marzina hat uns das Lokal unter dem Druck der hochloblichen Polizei, die uns vernichten wollte, gekündigt. Kein Gastwirt wollte uns das Lokal zur Verfügung stellen.

Barthel Marciniak, Vorsitzender
Stückstraße 18.

Ignaz Kulski, Schriftführer
Feldstraße 40.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 85 der Gazeta Robotnicza (Rattowitz)

vom 28. Oktober 1905:

Die Ansiedelungskommission in Oberschlesien.

Die preußische Ansiedelungskommission, deren Zweck der Ankauf von Grund und Boden aus polnischen Händen und die Ansiedelung deutscher Kolonisten ist, wurde i. Zt. nur für das Großherzogtum Posen und für Westpreußen, jedoch nicht für Schlesien bestimmt.

Trotzdem, so schreiben die Now. Raciborskie, existiert in Schlesien eine Ansiedelungskommission, wenn auch nicht eine staatliche, so doch eine private, die die gleichen Zwecke verfolgt, nämlich den Ankauf von Grund und Boden aus polnischen Händen. Dieses Institut ist die hakatistische Berliner Landbank. Sie kann ganz dreist Güter aufkaufen, denn wenn sie wirklich einmal eins zu teuer bezahlt und für ihre Parzellen keine deutschen Ansiedler findet, dann hat sie noch immer den preußischen Fiskus hinter sich, der ihr das Gut abnimmt, es ihr noch gut bezahlt und es zu einer königlichen Domäne macht.

Die Landbank stößt beim Ankauf von Gütern nie auf Verluste, und deshalb verkauft sie auch an Polen keine Parzellen. Der Grund und Boden da-

gegen, der in den Besitz der Landbank übergegangen ist, ist für ewige Zeiten für den polnischen Mann verloren gegangen.

Die Berliner Landbank besitzt bereits im Ackerbaudistrikt mehrere Güter, die sie im Ganzen, natürlich nur an Deutsche, verkauft oder unter Ansiedler aufgeteilt hat, die sogar aus Ungarn hergeholt worden sind.

Vor einer Woche kam eine aus mehreren höheren Ministerialbeamten bestehende Kommission hier an, um diese Ansiedelungen zu besichtigen.

Diese Herren besuchten also das Gut Krenzendorf im Kreise Plesch, welches in 13 Parzellen von 12 bis 20 ha Größe aufgeteilt ist und auf dem bereits acht deutsche Familien, die aus Ungarn herstammen, angesiedelt sind. Natürlich hat ihnen die Landbank zunächst ordentliche Gebäude aufgebaut und das nötige Vieh gekauft.

Wenn der polnische Mann auf seinem Grund und Boden eine Hütte bauen will, so muß er erst vor dem Beamten Bücklinge machen und ihn um Erlaubnis bitten, und er kann lange warten bis er sie erhält, wenn sie überhaupt erfolgen sollte. Indessen geht in einem solchen Falle (d. h. dann, wenn man den Ansiedlern Häuser baut) alles gleichsam wie geschmiert. Ehe man es sich versieht, ist die Erlaubnis da, bald steht auch das Haus.

Außerdem besitzt die Landbank noch mehrere Güter in den Kreisen Rybnik und Plesch.

Mancher unserer Leser wird fragen: „Weshalb kamen denn eigentlich diese Herren aus Berlin hierher, um die Parzellen eines Privatunternehmens zu besichtigen; was ist denn in Wirklichkeit die Berliner Landbank?“

Die Antwort ist nicht schwer zu finden. Schon seit längerer Zeit streben die Hakatisten danach, die staatliche Ansiedelungskommission möchte ihre Tätigkeit auch auf Schlesien ausdehnen, sie möchte sich auch bei uns bemühen, den polnischen Leuten soviel Grund und Boden wie möglich abzukaufen. Und hierzu sammelt die preußische Regierung jetzt Material. Dies tut sie aus dem Grunde, um ein neues Ausnahmegesetz einzubringen, welches folgenden Inhalt haben wird: den Polen ist es nicht gestattet, Grund und Boden zu erwerben!

Es wird uns also ein neues Unrecht zugefügt werden. Ein neues, gegen das polnische Volk gerichtetes Ausnahmegesetz wird möglicherweise in Kürze im Abgeordnetenhaus von den preußischen Junkern angenommen werden. Das neue Gesetz wird ein neues Unrecht sein, gegen das man energisch protestieren muß. Aber auch hieran können wir uns überzeugen, wie notwendig der Sieg der sozialistischen Grundsätze ist. Wir Sozialisten streben danach, daß der Grund und Boden gemeinsames Eigentum der ganzen Nation werden soll, ebenso auch die Fabriken, Kohlengruben und Hütten. Wer könnte uns den Boden entreißen, wenn er unser gemeinsames Eigentum wäre? Wie würde es sein, wenn hinter einem jeden Stückchen Grund und Boden nicht eine einzelne Person, sondern das ganze organisierte Volk stehen würde?

Die heutige hakatistische Politik entspricht den eigennützigen Interessen des preußischen Junkertums.

Mit Hilfe der neuen Ansiedlungsfonds wurde der Bodenpreis künstlich in die Höhe geschraubt und mancher bankerotte Edelmann dadurch gerettet, daß man ihm für teures Geld sein bankrottet Gut abkaufte.

Früher oder später wird die siegreiche Sozialdemokratie die politische Macht des preußischen Junkertums zu Boden treten, die Macht, die im Abgeordnetenhaus so beleidigend auffällt.

Der Sozialismus ist bestrebt, den nationalen Haß zu beseitigen. Der Sozialismus erstrebt die Brüderlichkeit freier und glücklicher Nationen. Deshalb wird auch der Sieg des Sozialismus der letzte Atemzug der nationalen Bedrückung und der Fall der verdammten hakatisichen Politik sein.

Aus Nr. 86 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 1. November 1905:

Der Standpunkt der P. P. S. gegenüber der Reichsduma.

Es hat eine Parteiberatung oder vielmehr eine Zusammenkunft von Vertretern sämtlicher Parteiorganisationen der polnischen sozialistischen Partei im russischen Anteil stattgefunden. Nach längerer Diskussion wurden folgende Resolutionen angenommen:

„Der Rat empfiehlt, die Duma und alle Parteien in unserm Lande, die an den Wahlen teilnehmen, möglichst scharf zu bekämpfen. Der Rat empfiehlt dem Zentral-Komitee der Arbeiter:

1. Die Entwicklung einer möglichst regen Agitation zur Aufklärung über den ganzen Charakter der Duma, und er empfiehlt, ihr unsere Lösung gegenüberzustellen: Die Umstürzung des Zarats und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung (gesetzgeberischer Landtag) in Warschau, aufgrund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts; die Herausgabe von Aufrufen über diese Angelegenheit ist unverzüglich notwendig.

2. Die Entfaltung der Agitation unter den Landsleuten, die das Wahlrecht haben, um die Duma zu boykottieren, die Aufrufe in dieser Angelegenheit müssen unverzüglich erlassen werden.

3. Das Arrangieren einer Reihe von Massenversammlungen und Massendemonstrationen, um gegen die Duma und die Wahlen zu protestieren.

4. Den Wahlen nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten.

5. Im Falle die Duma sich versammeln sollte, einen ständigen Protest gegen diese Institution zu organisieren, ebenso auch gegen alle Parteien unseres Landes und alle Persönlichkeiten, die an den Arbeiten der Duma Anteil nehmen werden.

Die Ausführung der Details empfiehlt der Rat dem Zentral-Komitee der Arbeiter.“

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 41 des Kraj (Petersburg)

vom 14. (27.) Oktober 1905:

Eine Sokolsage.

Die polnischen Sokols in Galizien wurden vielfach in der uns feindlichen Presse als ein „maskiertes polnisches Heer“ dargestellt, welches, unter dem Schutze der Habsburgischen Monarchie seine Reihen fortwährend vermehrend, nur auf den geeigneten Augenblick wartet, um aus den galizischen Städten und Städtchen geschlossen ins Feld zu rücken. Diese kriegerische Stimmung argwöhnten in unseren Sokols die deutschen und russischen Chauvinisten, welchen das Gespenst der „Polengefahr“ geradezu unentbehrlich zum Leben ist, und wir müssen zugeben, daß auch unsere ruthenischen Brüder gern bereit waren, sobald sie nur konnten, persönlich die Wahrheit dieser edlen Anzeige zu bestätigen. Die Sage von der Sokolbereitschaft hat endlich ihr Ende erreicht.

Es war im Frühjahr dieses Jahres. Als das Kriegsunglück Rußlands einerseits, die eifrige revolutionäre Propaganda und die Gemütsaufregung im Königreich andererseits den Höhepunkt erreichten, verfiel eine Handvoll Bahnwitziger, unter denen sich hervorragende Anhänger der „Polnischen sozialdemokratischen Partei“ befanden, auf den Gedanken, einen bewaffneten Aufstand unter der schwülstigen Etikette der „Revolution“ hervorzurufen. Geheimnisvolle Gestalten von Emissären irgend eines unterirdischen Komitees fingen an, Galizien zu durchziehen, und obwohl von einer Revolution keine Rede sein konnte, so hatte doch die Agitation, wie dies heute von dem Slowo Polskie bestätigt wird, einen sehr gefährlichen Charakter und konnte in der Folge fatal werden, denn, nachdem sie die politisch unreifen Elemente zu unüberlegten Auftritten angeregt hatte, konnte sie eine bewaffnete Einmischung Preußens herbeiführen, welches sich offen dazu vorbereitete. Nun trat gegen die finsternen Machenschaften die öffentliche Meinung in Galizien energisch und entschieden auf, und unter anderen Stimmen des Protestes und der Verurteilung befand sich auch die Stimme des „Verbandes der polnischen Sokolvereine“, dessen Ausschuß in dem Lemberger Przewodnik gimnastyczny, seinem Organ, eine entsprechende Erklärung brachte.

Natürlich fand sich eine Handvoll Querköpfe, welchen dieses Auftreten gegen den Strich ging. In einigen geheimen Versammlungen sprachen sie, hingerissen von der Leidenschaft des Redners, laut von „Verrat“, von „Targowiza“. Die Unzufriedenen beschloßen, den Verbandsausschuß des Sokols vor ein Delegiertengericht, als ein breiteres Forum, zu laden.

Dieses Gericht fand vor einigen Tagen in Lemberg statt.

Die Delegiertenversammlung ging mit einer riesigen Stimmenmehrheit von 95 Stimmen gegen 18 über den, den Verbandsausschuß verdamnenden Antrag zur Tagesordnung über. Und die Legende von dem maskierten polnischen Heere zerfiel, sicherlich zum lebhaften Bedauern ihrer untröstlichen Urheber, wie ein Rebel. —

Aus Nr. 488 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 22. Oktober 1905:

Aus dem Lande der Bedrückung.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Wenn den Grund und Boden nicht ein Deutscher kauft, so soll ihn die Regierung kaufen, der Pole dagegen darf ihn nicht erwerben.“

In ähnlicher Weise üben alle anderen Blätter von diesem Zuschnitt einen Druck auf die preussische Regierung aus, und es ist angesichts der von ihnen entwickelten großen Agitation durchaus nicht ausgeschlossen, daß dieselbe Regierung, welche einst die Ansiedlungs-Kommission geschaffen hat, einen Schritt weitergehen und die bisherigen antipolnischen Brotkorbgesetze geradezu durch Fesselgesetze ersetzen wird, wie sie ähnlich kein anderes Volk der Welt besitzt und zu welchen sogar die russischen Zaren in der Zeit der größten Bedrückung des Polentums sich nicht entschlossen haben.

Außer dem Ergebnis der schlesischen Wahlen läßt die Hakatisten auch die Nachricht von dem Übergange einiger deutscher Landgüter in polnische Hände nicht ruhig schlafen. Demgegenüber verbreiten die deutschen Blätter das lächerliche Märchen, daß die Polen den Grund und Boden für das Geld erwürben, welches ihnen von den aus Frankreich vertriebenen Ordens-

niederlassungen geliefert werde. Selbstverständlich werden derartige Märchen sogar von Deutschen nicht ernst genommen und die polnischen Errungenschaften anderen Ursachen zugeschrieben. So schreibt darüber z. B. die Weserzeitung folgendes:

„Auf der ganzen Linie macht das Polentum Fortschritte, das Deutschtum dagegen geht zurück. Der große Plan, für 100 Millionen polnischen Grundbesitz anzukaufen, mißlang. Und die Ansiedelungskommission kauft schon seit dem Jahre 1886, bereits 350 Millionen sind für sie bewilligt worden, davon sind bis zum Jahre 1904 209 Millionen ausgegeben worden. Und das Ergebnis? Der in den polnischen Händen befindliche Grundbesitz in den Provinzen Posen und Westpreußen hat sich nicht nur nicht verringert, sondern wächst im Gegenteil auf Kosten des deutschen Besitzstandes. Bis Ende 1902 haben die Deutschen 33 000 Hektar mehr eingebüßt, als sie erworben haben. In den beiden letzten Jahren hat sich das Verhältnis noch verschlimmert, denn in dieser Zeit hat die Ansiedelungskommission meist von deutschen Besitzern gekauft. . . . Und sie muß von den Deutschen den

Grund und Boden kaufen, weil er sonst in polnische Hände übergehen würde.“

Und anstatt den Fehler, welche die deutsche Regierung begangen hat, indem sie die Ansiedelungskommission ins Leben rief, einzusehen und sich aus dem gefährlichen und unmenschlichen Spiel, nämlich aus der preußischen Politik, uns von unserer heimatlichen Scholle zu vertreiben, zurückzuziehen, ersinnt der Hakateverein, Schulter an Schulter mit den Berliner Herren gehend, immer neue und immer grausamere Mittel gegen uns und bahnt ihnen in der öffentlichen deutschen Meinung die Wege. Doch mögen sich die Herren nicht darin täuschen, daß diese neuen Mittel uns vernichtet werden; sie werden viele Existenzen brechen, die frischen Wunden an dem Körper unseres nationalen Organismus vertiefen und verbreitern, aber den Geist werden sie nicht brechen, und früher oder später muß die Zeit kommen, wo die hakatistischen Fesseln bersten, die noch blutenden Wunden unter dem Hauche des polnischen Geistes vernarben werden und von dem uralten polnischen Boden für ewig, so Gott will, die preußische Giftsaat verschwinden wird. —

